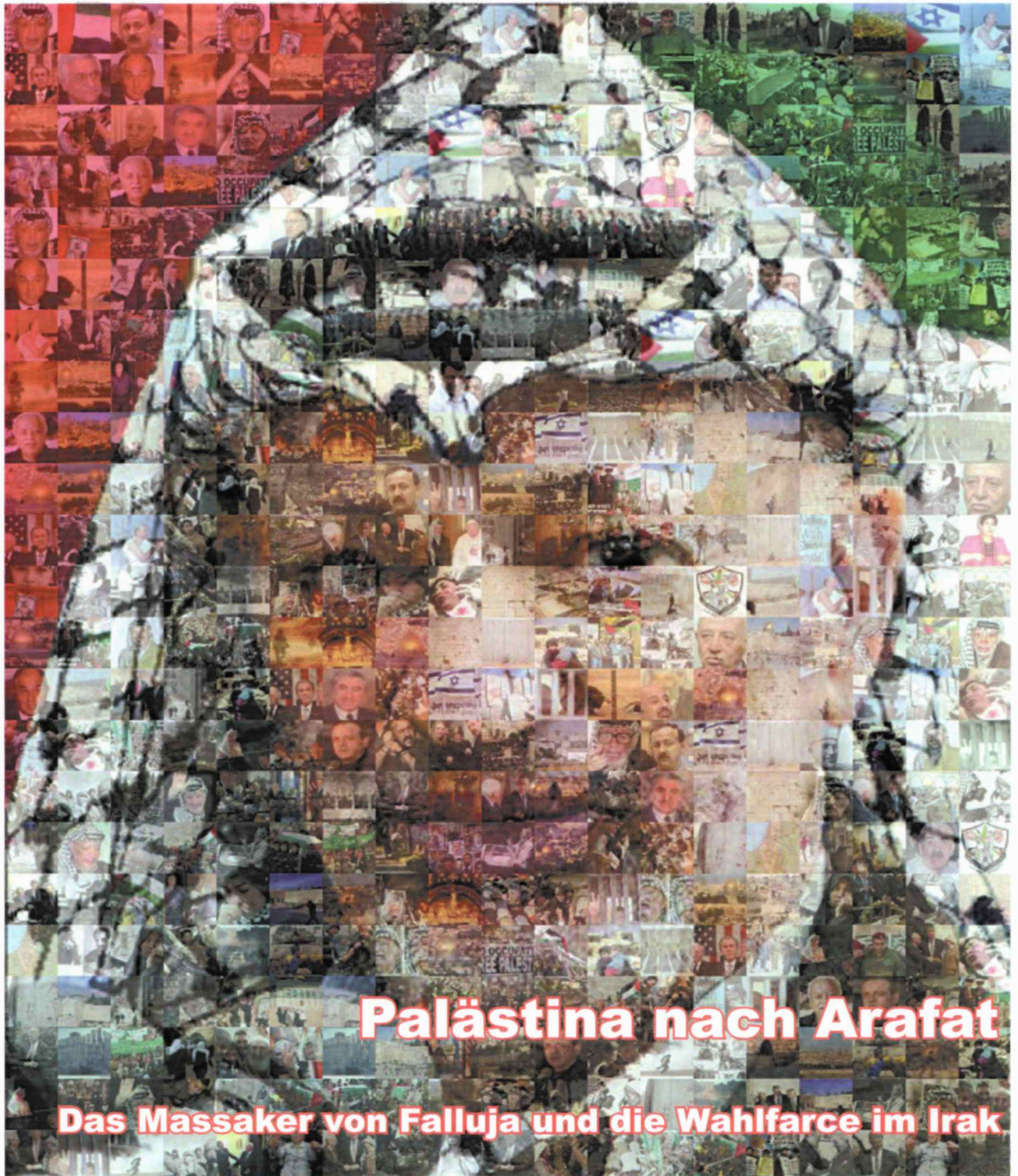


Palästina

INTIFADA

Solidarität mit Palästina

Nummer 18 Januar 2005 Preis: € 2,-



Palästina nach Arafat

Das Massaker von Falluja und die Wahlfarce im Irak

Antiglobalisierungsbewegung in der Krise

Inhalt

Palästina im Umbruch	4
Die palästinensische Befreiungsbewegung nach Arafat	
Operation „Tage der Buße“	8
Die israelische Militäroffensive im Gazastreifen	
Michael Tarazi zur Einstaatenlösung	9
Die Apartheidmauer in Palästina	10
Das Massaker in Falluja und die US-inszenierten Wahlen	12
Die Perspektiven des Widerstands	
Verschwunden	14
Verbleib Tausender Besatzungsgegner unbekannt	
Das Massaker von Falluja und die Wahlfarce	15
Interview mit Sammi Alaa	
„Ruhe, sonst rufe ich die Demokratie!“	17
Zur Situation der irakischen Frauen unter US-Besatzung	
Indische Linke	19
Der Kampf der indischen Armen zwischen Institutionen und Guerilla	
Kurzmeldungen	21
Hungerstreik von palästinensischen inhaftierten Frauen	23
Alltag der Gewalt in Nablus	24
Irak-Konferenz in Deutschland	25
Risse in der Mauer	26
Solidaritätsreise nach Palästina	
Aktionstag gegen die Besatzung	27
Demonstration in Wien gegen das Massaker im Irak	29
Aufruf zu einer Kundgebung gegen Wahlfarce im Irak	29
Stoppt das Massaker im Irak!	30
Florentiner Kongress unterstützt irakischen Widerstand	31
Zum Angriff auf Falluja	32
Wiener islamische Führungen beim gemeinsamen Ramadan-Essen mit dem CIA	
Zwischen Widerstand und Kooperation	33
Ein Bericht über die ESF-Konferenz in London	
Verfahren gegen „Islamistenkongress“ eingestellt	34
Solidarität mit dem irakischen Volk!	35
Erklärung des Deutschen Solidaritätskomitees Freier Irak	
Offener Brief an die Medien	36
von Mohammed Abu Dhess	
Strafprozess gegen Palästinenser in Deutschland	37
Ägypter verliert Stipendium infolge von „Antisemitismus-Vorwurf“	38
Palästinenser in Wien krankenhausreif geschlagen	39
Zur Krise der Antiglobalisierungsbewegung	40
Eine Analyse aus antiimperialistischer Sicht	
Vertiefung oder Normalisierung der Revolution?	41
Eine Analyse der aktuellen Situation in Venezuela	
„Alle Menschen sollten Palästinenser sein“	43
Interview mit Mufid Nehme	
Irak – Der Widerstand Auge in Auge mit den Besatzern	45
Ein Buch von Mohammed Hassan und David Pesticau	
Palästina im Film	45

Kontakt und Abo

www.antiimperialista.org
aik@antiimperialista.org

Antiimperialistische Koordination
Postfach 23, 1040 Wien, Österreich

Bank: PSK (1018 Wien)
Kto-Nr. 92 125 137
Bankleitzahl: 60 000
BIC: OPSKAT WW
IBAN: AT 646 000 000 092 125 137

Hinweis: Für Überweisungen auf Konten innerhalb der EU in Euro kommen dieselben Entgelte wie im Inland zur Anwendung, wenn:

- BIC und IBAN korrekt angegeben sind
- Auftraggeber und Empfänger die eigenen Inlandsentgelte übernehmen.

Intifada-Abonnement:

5 Zusendungen – 10 Euro

Institutionen bzw. Förderabo:

5 Zusendungen – 20 Euro

Redaktion

Margarethe Berger, Doris Höflmayer, Georg Kreisel, Willi Langthaler, Elisabeth Lindner-Riegler, Mohamed Abouros, Sonja Tschurlovits

Cover: Michaela Mayer

Rückseite und Illustrationen im Blätternen: Kais

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Redaktion: Antiimperialistische Koordination (AIK), Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien; Verlags- und Herstellungsort: Wien; Druck: PRINTFACTORY, Wien. *Offenlegung gemäß §25 Mediengesetz der Republik Österreich:* Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Verlag „Edition Der Keil“, Gußhausstraße 14/3, 1040 Wien. Grundlegende Richtung: Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten.

Kreuzzug gegen den Islam

Die antiislamische Hetze in Europa ist im Begriff einen historischen Höhepunkt zu erreichen. Für Politiker, Medien und liberale Feministinnen sind die Ereignisse in Holland der willkommene Anlass, um das angeblich antiemanzipatorische Wesen des Islam zu entlarven und an den Pranger zu stellen – etwa durch den hysterisch vorgebrachten Hinweis, dass unter Diaspora-Muslimen das Phänomen der Zwangsverheiratung existiert. Unabhängig davon, dass dieses Phänomen nicht repräsentativ ist: Zwangsverheiratungen gab es auch schon vor zehn, zwanzig und dreißig Jahren. Warum aber werden sie gerade jetzt „entdeckt“? Warum wird Islamfeindlichkeit gerade jetzt massiv geschürt?

Die Wertegemeinschaft der freien Welt führt drei Kriege gegen islamische Länder. Europa ordnet sich hierbei den USA völlig unter. In den Fällen, in denen dies nicht mit einem militärischen Beitrag erfolgt, steht die politische Unterstützung letztlich außer Frage, dies gilt auch für Deutschland. Bei allen Partikularinteressen, die es geben mag, sind sich in der EU linke wie rechte Liberalisten einig: „Wenn die USA im Irak verlieren, verlieren auch wir!“ Da der westliche Feldzug nichts mit Demo-

kratie und Emanzipation zu tun hat, benötigt er einer das Gegenteil vorgebenden propagandistischen Legitimation an der Heimatfront, um die eigenen Bevölkerungen bei Stange zu halten. Die Saat geht vorerst auf: Laut einer aktuellen Umfrage des *Wall Street Journal* nehmen beispielsweise 61% der Deutschen mittlerweile eine islamfeindliche Position ein.

In der diese Zahlen verursachenden Kampagne spielen vermeintlicher Antifaschismus und vermeintlicher Feminismus eine herausragende Rolle: Die *Welt* vom 18. Dezember 2004 zitiert die dänische Schriftstellerin Karen Blixen: „Einige Dinge in *Mein Kampf* gleichen Kapiteln im Koran. Welche der beiden Mentalitäten die gefährlichere ist, ist schwer zu sagen.“ Wem das noch nicht genügt, kann mit der deutschen Feministin Alice Schwarzer geholfen werden; gegenüber dem Schweizer *Sonntagsblick* vom 14. November 2004 erklärte Schwarzer: „Ich halte die Islamisten für noch gefährlicher als die Nazis, weil sie wirklich im Weltmaßstab operieren. Der deutsche Flächenbrand hatte ja noch Grenzen.“ Im *Spiegel* vom 15. November verbreitete Schwarzer außerdem, dass in Deutschland lebende Türkinnen „völlig entrechtet“ würden – und dass

bisher nichts dagegen unternommen worden sei, da jedes Anprangern dieses Missstands „sofort als Rassismus gebrandmarkt“ werde.

Wir erleben, dass unter Zuhilfenahme feministischen Renommees der Islam rechts von der NSDAP verortet wird, ganz im Interesse der Berliner und Brüsseler Eliten, die einen Schmusekurs mit der USA suchen. Abgerundet wird dieses Bild dadurch, dass zentrale deutsche Exponenten wie Josef Fischer immer und immer wieder mit moralischem Zeigefinger auf die Situation der Frauen unter dem gestürzten Taliban-Regime verweisen. Worum es wirklich geht, ist die faschistoide Geopolitik der USA zu rechtfertigen.

Es gilt, die „antifaschistischen“ und „feministischen“ Lügen zu entlarven. Die Kampagne gegen den Islam ist ein imperialistisches Projekt wider die weltweite Emanzipation. Dies zu bekämpfen, setzt voraus, die Einforderung des sofortigen Abzuges der US-geführten Besatzungstruppen aus dem Mittleren Osten und Zentralasien mit einer entschiedenen politischen Unterstützung der angegriffenen europäischen Muslime zu verbinden.

Dimitri Tsalos
Initiativ e. V., Duisburg

In eigener Sache

Die *Antiimperialistische Koordination* (AIK) ist ein Zusammenschluss verschiedener antiimperialistischer Kräfte, der zur Koordinierung des Kampfs dient und jedes Jahr ein internationales antiimperialistisches Sommerlager organisiert. Unmittelbar nach Ausbruch der neuen Intifada im September 2000 gründete sich die *Antiimperialistische Koordination für Palästina* als Unterkomitee zum Zweck einer ständigen Solidaritätskampagne.

Die AIK sieht in der Errichtung eines einheitlichen, demokratischen Staates auf dem Gebiet des historischen Palästina, der allen EinwohnerInnen, unabhängig von Herkunft oder Religionszugehörigkeit, gleiche Rechte garantiert, die einzig mögliche langfristige und dauerhafte Lösung des Konfliktes. Sie stellt sich damit in die Tradition der palästinensischen Befreiungsbewegung und von Teilen der antizionistischen israelischen Linken. Die AIK betrachtet sich dennoch als Teil jener Solidaritätsbewegung, die sich nach Ausbruch der Zweiten Intifada auf Grundlage der palästinensischen Forderungen nach Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, Abbau aller israelischen Siedlungen, Rückkehrrecht für alle vertriebenen Palästinenserinnen und Palästinenser sowie Errichtung eines souveränen palästinensischen Staates im Westjordanland und Gaza-Streifen mit Jerusalem als Hauptstadt mobilisierte. Auch wenn diese Forderungen – wie die Erfahrung der Oslo-Abkommen gezeigt hat – keine dauerhafte Lösung ermöglichen, ist eine Zusammenarbeit auf dieser Basis möglich und wünschenswert.

Die AIK versteht die Zeitschrift *Intifada* als Forum für Information und Diskussion und will damit einen Beitrag zur Zusammenarbeit der mit der palästinensischen Bewegung solidarischen Kräfte im deutschsprachigen Raum leisten. In diesem Sinne nehmen wir gerne Diskussionsbeiträge zur Veröffentlichung entgegen. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen daher nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

Palästina im Umbruch

Die palästinensische Befreiungsbewegung nach Arafat

Wenige Wochen nach Arafats Tod ist zwar die zunächst erwartete innerpalästinensische Eskalation ausgeblieben, dennoch ist unklar, wie die offiziellen Vertreter der Palästinenserinnen und Palästinenser und wie die palästinensische Befreiungsbewegung mit der neuen Situation umgehen wird. Arafat hinterlässt in jedem Fall ein Machtvakuum, das einerseits Verschiebungen in der innerpalästinensischen Machtkonstellation zu Gunsten des palästinensischen Widerstandes ermöglichen, andererseits vom israelischen Besatzer in dessen Interesse genützt werden könnte.

Arafats Machtbasis – der Balanceakt

Der Tod Arafats bedeutet für die palästinensische Bevölkerung und Befreiungsbewegung den Verlust eines umstrittenen doch geliebten Vaters. Arafat verkörperte für alle, Anhänger wie Gegner, den Widerstand des palästinensischen Volkes und die nationale Einheit im Kampf gegen die israelische Besatzung. Arafats Tod ist jedoch auch das Ende einer ganzen politisch-historischen Periode, deren politische Bedeutung analysiert werden muss, will man versuchen die Zukunftsaussichten der palästinensischen Befreiungsbewegung zu verstehen.

Arafats Politik muss in ihrem historischen Kontext betrachtet und verstanden werden. So, wie dies häufig bei Führern von kolonialen Befreiungsbewegungen der Fall ist, war er zugleich Erhalter und Unterdrücker der palästinensischen Nationalbewegung. Aus dem Befreiungskampf kommend, wandte er sich später einer Politik des versuchten Kompromisses mit Israel zu. Diese stand zwar im Gegensatz zu seinem Kämpfermythos, doch tat sie letzterem keinen Abbruch. Im Gegenteil, geschickt und im Interesse seines Machterhaltes verstand es Arafat über Jahrzehnte hinweg einen Balanceakt zu vollführen – bereit zu Zugeständnissen an Israel und dessen Schutzmacht USA, doch nicht bereit, die Widerstandsbewegung, aus der er seine Autorität schöpfte und als dessen Führer er nach wie vor akzeptiert wurde, zu liquidieren.

Arafat verfügte als einziger palästinensischer Politiker tatsächlich über die Macht, alle Teile der Widerstandsbewegung unter Kontrolle zu halten. Er war unantastbar, weil das Volk ihn als Führer und als Symbol des Widerstandes ansah. Und doch war er es gewesen, der die Kompromisspolitik mit Israel eingeleitet und umgesetzt hatte. Bereits in den 70er Jahren hatte er der historischen For-

derung der palästinensischen Befreiungsbewegung nach einem demokratischen säkularen Staat in ganz Palästina den Rücken gekehrt und mit dem Konzept der Zweistaatenlösung den Oslo-Prozess vorbereitet.

Als seine Kompromisspolitik im Jahr 2000 in die Sackgasse geführt hatte, sichtbar für die gesamte Bevölkerung keine Verbesserungen, dafür aber eine korrupte Klasse von palästinensischen Neureichen geschaffen hatte, war er klug genug, den letzten Schritt nicht zu machen. Er hielt dem Druck Clintons und Baraks stand und weigerte sich die Prinzipien der palästinensischen Befreiungsbewegung im Austausch für vage Versprechungen zu verraten. Das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge, Jerusalem als Hauptstadt eines palästinensischen Staates sind nicht nur die politischen Grundpfeiler der palästinensischen Befreiungsbewegung. Beide Forderungen haben höchsten symbolischen Wert. Die Vertreibung der Palästinenser 1948, die Nakba, hat für das palästinensische Volk insgesamt Identitätsfunktion. Sie ist zu so etwas wie einem nationstiftenden historischen Ereignis geworden, denn was die Palästinenser von den anderen arabischen Völkern unterscheidet, ist die traumatische Erfahrung der Nakba. Jerusalem als Hauptstadt hingegen hat nicht nur höchsten politischen Stellenwert, sondern als drittheiligste Stätte des Islam auch religiösen. Diese beiden Forderungen auf dem Verhandlungstisch aufzugeben hätte bedeutet, die nationale und die religiöse Identität des palästinensischen Volkes zu verraten. Arafat wusste, was auf dem Spiel stand, und er war klug genug, seinen eigenen Mythos vom Befreiungskämpfer nicht zu zerstören.

Arafat verließ Camp David für den Westen als Spielverderber, doch er behielt seine Autorität unter dem Volk und damit seine eigentliche Machtbasis. Je mehr Israel ihn angriff



und demütigte, umso mehr wurde er zum Symbol des palästinensischen Widerstandes und der nationalen Einheit. Das mussten auch jene Organisationen zur Kenntnis nehmen, die im Laufe des Oslo-Prozesses und in Opposition zur herrschenden Fatah entstanden waren. Die Organisationen des politischen Islam, Hamas und Jihad, waren die eigentlichen Erben der ersten Intifada, denn sie waren die einzigen, die den Kampf gegen die israelische Besatzung nicht aufgaben. Obwohl sie einige Zeit lang von Israel unterstützt wurden, um der palästinensischen Linken den Wind aus den Segeln zu nehmen, gelang es ihnen die Enttäuschung und Wut der Bevölkerung über die leeren Versprechungen von Souveränität und Aufschwung zu kanalisieren. Doch Arafats Unantastbarkeit mussten auch seine politischen Gegner, sowohl die palästinensische Linke als auch die Organisationen des politischen Islam, akzeptieren. Opfer seines undemokratischen Führungsstils, waren sie angesichts der permanenten israelischen Offensive dennoch dazu gezwungen, die nationale Einheit zu bewahren und seine Führerschaft anzuerkennen.

Das war der Grund, warum Arafat trotz zahlreicher Versuche ihn durch hörigere Marionetten zu ersetzen, bis zuletzt de facto Ansprechpartner des Westens blieb. Tatsächlich waren es weder die undemokratischen Seiten von Arafats Regime noch die Korruption, die ihn die Gunst Israels und der USA verlieren ließen. Im Gegenteil, es war ein Teil des israelischen Planes aus Oslo-Zeiten gewesen, eine korrupte Schicht von Neureichen zu schaffen, die bereit wären, mit Israel zu kollaborieren. Arafats Weigerung, die Widerstandsbewegung zu liquidieren, machte ihn in den westlichen Medien zur persona non grata. Doch der Westen brauchte Arafat, allen Demütigungen und Beschimpfungen als Terrorist zum Trotz. Denn Arafat war eine Garantie dafür, dass die nicht kompromissbereiten Teile des Widerstandes sich nicht durchsetzen, dass die Intifada nicht eskalieren würde. Arafats politische Stärke

lag darin, den Volksaufstand gleichzeitig zu kontrollieren und ihn zu schützen. Hätte er die gesamte Widerstandsbewegung entwapnet und inhaftiert, so wäre damit auch unabdingbar seine eigene Machtbasis verloren gegangen.

Neuverteilung der Macht

Arafat hinterlässt ein Machtvakuum. Seine potentiellen Nachfolger verfügen keineswegs über sein Charisma und seine moralische Autorität. Unter den palästinensischen Organisationen herrscht Klarheit darüber, dass es in aller Interesse liegt, eine Neuverteilung der Macht ohne militärische Auseinandersetzung zu Stande zu bringen. Ein innerpalästinensischer Bürgerkrieg wäre zweifellos das von Israel bevorzugte Szenario zur Lösung des Nahostkonfliktes.

Die Interessenslage in der gegenwärtigen Situation ist unterschiedlich. Das Ziel der oppositionellen Organisationen des Widerstandes, der islamischen Hamas und Jihad sowie der linken *Volksfront zur Befreiung Palästinas* (PFLP) ist es, einerseits eine ihrem politischen und sozialen Gewicht besser entsprechende Machtverteilung zu erreichen, vor allem jedoch eine einheitliche nationale Führung einzusetzen. Damit geht es vor allem um die Verhinderung einer israelischen Lösung, d. h. einer politischen Struktur, welche die Zersetzung der nationalen palästinensischen Einheit festschreibt. Wie mit dem Rückzugsplan aus Gaza bereits angedeutet, zielt Israel darauf ab, die palästinensischen Gebiete in Bantustans aufzuteilen, um jene urbanen Konglomerate herum, die es mit seinen Siedlungen bereits fast umzingelt hat. Diese Bantustans sollen nach Möglichkeit von Männern angeführt werden, deren politische Qualifikationen nicht über die Bereitschaft zur Kollaboration hinausgehen müssen. Für Gaza ist Israels Wunschkandidat Mohammed Dahlan, ehemaliger Sicherheitschef des Gaza-Streifens und, dem Vernehmen nach, ein in ganz Palästina bekannter Kollaborateur.

Um dem Wunsch nach einer demokratischeren Neuordnung Aus-

druck zu geben, verzichten die oppositionellen Organisationen auf eine Kandidatur bei den bevorstehenden Präsidentschaftswahlen. Präsidentschaftswahlen allein, ohne eine allgemeine Neuordnung der palästinensischen Institutionen und Vertretungsstrukturen und vor allem unter den Bedingungen militärischer Besatzung lehnt die Opposition als Wahlfarce ab. Dennoch scheint der Erhalt der nationalen Einheit für die Organisationen des Widerstandes mehr Gewicht zu haben, als eine politische Kampagne in diesem Sinne durchzuführen. Dementsprechend ruft auch keine der Organisationen zur Wahlenthaltung auf, sondern man beschränkt sich lediglich darauf, keinen eigenen Kandidaten zu nominieren.

Anders als bei der Opposition ist die Interessenslage in der Fatah-Mehrheitsströmung. Präsidentschaftskandidat Mahmud Abbas gehört zwar als Arafats Kampfgefährte der Gründergeneration von Fatah und PLO an, verfügt aber weder über dessen Charisma noch Popularität. Er ist Wunschkandidat der US-Administration, doch gerade deshalb nicht dazu geeignet Arafats geschicktes Machtspiel zwischen Israel und der Intifada weiterzuspielen. Er wird nicht in der Lage sein die Widerstandsbewegung in gleicher Weise hinter sich zu vereinigen und zu kontrollieren, wie dies Arafat vermochte. Es ist daher fraglich, ob die Organisationen des Widerstandes Marionetten wie Abbas als Vorsitzenden der Autonomiebehörde akzeptieren werden. Denn viel mehr als die Fatah oder zumindest der Regierungsflügel stehen diese Organisationen unter dem Druck ihrer eigenen Anhängerschaft, die, verarmt, gedemütigt und im permanenten Kriegszustand lebend, keinen wie auch immer gearteten Kompromiss mit Israel hinnehmen wird.

Ein interessantes Indiz in der gegenwärtigen Lage ist das widersprüchliche Verhalten Marwan Barghuti, Führer der oppositionellen Fatah-Strömung und derzeit in israelischer Isolationshaft. Barghuti kündigte zweimal seine Kandidatur bei

den kommenden Präsidentschaftswahlen an, zog sie jedoch letztendlich zurück. Während die Fatah-Mehrheitsströmung eine Kampagne gegen Barghuti losgetreten hat, die seiner Kandidatur unlautere Beweggründe unterstellen wollte, scheint es vielmehr tatsächlich der Druck von Barghuti Basis gewesen zu sein, die ihn zu diesem Schritt bewogen hatte, um dem immer offensichtlicher werdenden Kollaborationskurs der Fatah-Führung etwas entgegen zu setzen.

Die Gründe für Barghuti's endgültigen Verzicht auf die Kandidatur sind unklar. Augenscheinlich ging es zwar darum, die Spannungen innerhalb der Fatah nicht auf die Spitze zu treiben und sicherlich wollte sich Barghuti dem vorprogrammierten Konflikt mit den Vertretern des Kollaborationskurses nicht stellen. Andererseits jedoch verlautbart er immer wieder seine Bestrebung, den Wahlen, die tatsächlich weder auf eine Demokratisierung der palästinensischen Gesellschaft noch auf eine Sammlung und Neuordnung des Widerstandes gegen die Besatzung ausgerichtet sind, keine Legitimität zu verleihen. Letztendlich scheint jedoch Barghuti den Druck der aufgebrauchten Basis, der sich in kleineren Konflikten bereits in den Sommermonaten entladen hatte, insofern weiter geben zu wollen, als er seinen Rückzug an Bedingungen knüpfte, die den Kollaborationskurs Abbas' wenn nicht aufhalten, so doch zumindest verlangsamen wollen. Zu den 18 Bedingungen zählen so etwa die Bekenntnis zur Intifada, die Fortsetzung des Widerstandes und bewaffneten Kampfes als grundlegende Prinzipien neben Verhandlungen, die Erzielung eines Einverständnisses aller palästinensischen Strömungen sowie die Beendigung der Besatzung als Vorbedingung für Verhandlungen.

Es ist fraglich, ob es Abbas gelingen wird sich ungeachtet der Tatsache, dass er weder tatsächliche Reformen anstrebt noch dem Wunsch der Bevölkerung nach einer Fortsetzung des Widerstandes zugetan ist, als nationaler Führer zu behaupten. Unklar ist auch das Verhalten Israels im Fal-

le von zukünftigen Entwicklungen in Palästina, die den israelischen Interessen zuwiderlaufen.

Israels Chance?

Die instabile palästinensische Situation und eventuelle innerpalästinensische Konflikte könnten für Israel ein willkommener Vorwand sein, um das mit einem Schlag zu vollbringen, was es seit Jahren auf Raten versucht: die endgültige Vernichtung des palästinensischen Widerstandes. Am israelischen Staat sind vier Jahre Intifada nicht spurlos vorüber gegangen. Die Wirtschaftsdaten sind so schlecht wie nie zuvor, die soziale Unzufriedenheit wächst, die Einwanderung nimmt ab und der zionistische Konsens in der Bevölkerung scheint sich langsam, in politisch unkohärenter

Weise aber dennoch aufzuweichen. Sharons Gaza-Rückzugsplan ist zwar nichts anderes als der Versuch, die militärische Besatzung des Westjordanlandes festzuschreiben, eine politische Lösung vom Tisch zu wischen und stattdessen den Weg der Bantustan-Lösung zielstrebig zu beschreiten. Dennoch drückt dieses Manöver bis zu einem gewissen Grad politische Schwierigkeiten des Regimes aus.

Die Aufgabe der Siedlungen in Gaza – zumal es sich keineswegs um eine tatsächliche Souveränität handeln würde – hätte zwar keine militärische Schwächung Israels zur Folge, wohl aber hätte sie innenpolitische Implikationen, von denen auch die Armee betroffen wäre. Seit einigen Jahren stützt sich die israelische Armee wesentlich auf einen Mit-



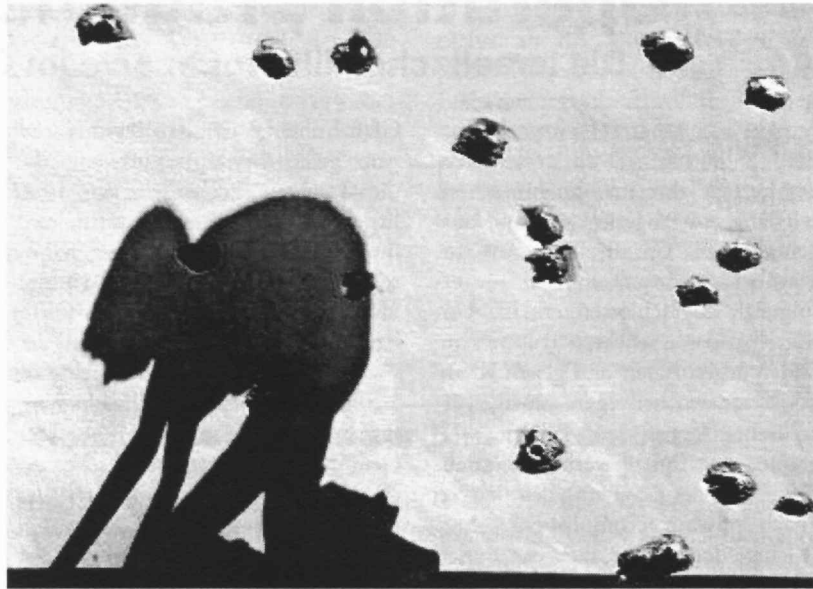
telbau aus religiösen Zionisten (nicht Orthodoxen), für die jegliche Aufgabe vermeintlichen jüdischen Bodens einem Verrat an Glaubensgrundsätzen gleichkommt. Manche Beobachter sehen die Spannungen zwischen der Regierung auf der einen und der rechtsradikalen Siedlerbewegung bzw. ihren Verbündeten in der Armee auf der anderen Seite als so ernsthaft an, dass sie von potentiellen Bürgerkriegsszenarien sprechen. Dies scheint zwar höchst unwahrscheinlich, zumal die bevorstehende Koalition mit der Arbeitspartei das Regime auf eine noch stabilere Basis als bisher stellt, dennoch könnten an diesen Entwicklungen tendenzielle Erschütterungen der Strukturen der israelischen Gesellschaft abgelesen werden.

Die Umbrüche in den palästinensischen Gebieten könnten für das israelische Regime einen unverhofften Ausweg bieten. Ohne sich auf riskante politische Manöver einlassen zu müssen, hätte es die Möglichkeit der palästinensischen Widerstandsbewegung einen entscheidenden Schlag zu versetzen.

Chance für die palästinensische Befreiungsbewegung

Arafat war ein Symbol der palästinensischen Befreiungsbewegung. Mit ihm stirbt ein Stück ihrer historischen Identität. Sein Tod birgt das große Risiko einer israelischen Generaloffensive, welche, die Gunst der Stunde ausnützend, versuchen könnte, die Widerstandsbewegung endgültig zu zerstören. Die antiimperialistische und demokratische Bewegung in aller Welt ist aufgerufen, sich dieser Gefahr mit Entschlossenheit entgegenzustellen, das palästinensische Volk, sein physisches Überleben und seinen politischen Widerstandskampf zu verteidigen.

Andererseits jedoch, so widersprüchlich wie Arafats Politik war, so stellt auch sein Tod nicht nur eine Gefahr für die Widerstandsbewegung dar, sondern eröffnet ihr auch eine Chance. Der Glassturz des Balanceakts, der moralische und politi-



Der Schatten eines palästinensischen Jungen wandert über eine von Einschusslöchern übersäte Hauswand.

sche Imperativ der nationalen Einheit unter der Führung eines letztendlich kompromissbereiten Machthabers hat eine Weiterentwicklung der Widerstandsbewegung verhindert. Zweifellos liegt es auch nach Arafats Tod im Interesse des Widerstandes einen Bürgerkrieg, der alle Beteiligten zu Gunsten Israels schwächen würde, zu vermeiden. Das Wegfallen des Glassturzes eröffnet jedoch die Möglichkeit einer Vereinigung der konsequenten Widerstandskräfte, von der Linken bis zum politischen Islam, in einer gemeinsamen Front. Das politische Ziel einer solchen Front müsste es sein, den Kampf der Befreiungsbewegung wieder auf ihre historische Forderung und, wie sich inzwischen auch in der Praxis bewiesen hat, einzig mögliche Lösung des Nahostkonfliktes, die Schaffung eines demokratischen Staates in ganz Palästina, auszurichten. Ob es einer solchen Front gelingen kann, die so stark vernachlässigte politische Ebene des palästinensischen Befreiungskampfes wiederzubeleben und die stagnierenden Kräfteverhältnisse zu verschieben, wird von einer Reihe unterschiedlicher Faktoren abhängen. Wesentlich wird sein, ob die Interessen des Widerstandes die Oberhand über innere Machtkämpfe behalten werden

können. Darüber hinaus wird auch die Frage eine Rolle spielen, ob sich die pro-zionistische Einheit des Westens weiter festigt, oder im Gegenteil ob sie zu bröckeln beginnt. Zu den entscheidenden Faktoren wird allerdings die Entwicklung des irakischen Widerstandskampfes zählen und im Allgemeinen die Solidarität der arabischen Massen außerhalb der palästinensischen Gebiete, deren bisherige Passivität nicht nur die Stärke ihrer jeweiligen korrupten Regime ausmacht, sondern auch die des israelischen und amerikanischen Imperialismus.

Margarethe Berger

14. Dezember 2004

Margarethe Berger ist Mitglied der *Intifada*-Redaktion.

Operation „Tage der Buße“

Die israelische Militäroffensive im Gazastreifen

Am 29. September 2004 begann eine der schlimmsten Militäroffensiven der letzten Jahre im ohnehin schon seit längerem abgeriegelten und ausgehungerten Gazastreifen. Am 16. Oktober wurde sie offiziell für erfolgreich abgeschlossen erklärt. Unmittelbar darauf rückten Truppen im Süden gegen Rafah und gegen Khan Yunis vor, wo bei einem einzigen israelischen Angriff zwölf Palästinenser getötet und fünfzig verletzt wurden. Der Alltag der Besatzung geht weiter – nach „mission accomplished“.

Tage der Sühne? Tage der Buße? Wofür mussten die Palästinenser im Gazastreifen büßen? Unmittelbarer Anlass war der Abschuss einer Qassam-Rakete auf die israelische Stadt Sederot, bei der zwei Kinder getötet wurden. Der Angriff auf Sederot muss im Kontext der Besatzung gesehen werden als Teil des legitimen Kampfes gegen diese. Der Tod der beiden Kinder, der so traurig und bedauernswert ist wie der Tod von Zivilisten im Krieg überhaupt, wurde der Weltöffentlichkeit jedoch als singuläres Ereignis präsentiert, als Akt des Terrorismus, um jedes nachfolgende Mittel der Rache zu rechtfertigen, denn Kinder dürfen nicht getötet werden.

Kinder dürfen nicht getötet werden? In den 17 Tagen der Militäroffensive, in Gazas „Rotem Oktober“, wurden über 140 Palästinenser getötet, unter ihnen nach offiziellen israelischen Angaben zehn Kinder unter vierzehn Jahren. (Die israelische Tageszeitung *Ha'aretz* berichtet am 17. Oktober 2004 von über dreißig getöteten Kindern.) Ist dies eine andere Kategorie von Kindern, deren Tod als „Kollateralschaden“ abgehakt werden kann? Nur wenige Tage nach dem Angriff auf Sederot, am 30. September, wurden acht palästinensische Kinder unter siebzehn getötet, als eine Panzergranate in eine überfüllte Straße abgefeuert wurde. „Eine Granate aus der Entfernung von nur wenigen Metern abzufeuern ist zur

Gewohnheit geworden, legitim und ganz gefechtsmäßig, denn jene, die die Granaten abschießen, sind Israelis, geschützt in ihren Panzern, und die Ziele sind Palästinenser in ihren nackten Betonhäusern.“ (Amira Hass in der *Ha'aretz* vom 13. Oktober 2004)

Ein israelischer Offizier stellte öffentlich in einer Fernsehdiskussion fest: „Alles was sich in der Zone (der Gefahrenzone) bewegt, und sei es ein dreijähriges Kind, muss getötet werden.“ (*Aljazeera Net*, 28. November 2004) Was eine Gefahrenzone ist, ist nicht immer bekannt. Wann immer es den Soldaten opportun erscheint, können sie jedes Gebiet zur „closed military area“ erklären, die dann eine Gefahrenzone darstellt.

Am 5. Oktober wurde das verwundet am Boden liegende 13jährige palästinensische Mädchen Iman Alhamas aus nächster Nähe von einem israelischen Soldaten mit mehreren Schüssen getötet. Der Fall wurde von einer Untersuchungskommission der israelischen Armee behandelt, die zu dem Ergebnis kam, der Offizier habe „nicht unethisch gehandelt“. Dazu schreibt Gideon Levy in der *Ha'aretz* vom 17. Oktober 2004: „Das Töten von Kindern ist nichts Besonderes mehr. ... Mehr als dreißig palästinensische Kinder wurden in den ersten beiden Wochen der Operation „Tage der Buße“ im Gazastreifen [von israelischen Soldaten] getötet.“

Das Flüchtlingslager Jabaliya sowie die benachbarten Orte Beit Lahiya und Beit Hanun waren das Zentrum der Offensive, um einen neun Kilometer breiten Korridor – so weit reichen die Qassam-Raketen an der Grenze zu Israel zu schaffen. Mit 60-Tonnen-Panzern und Apache-Hubschraubern ging die Armee zwei Wochen lang im Dauereinsatz gegen die 110 000 Einwohner von Jabaliya (eines der dicht besiedeltesten Gebiete der Erde) vor. Wer anders kann hier Opfer sein als Kinder, Zivilisten, Flüchtlinge, von denen viele in

diesen Tagen des Terrors wieder zu Flüchtlingen gemacht wurden?

Siebzehn Tage lang waren etwa 50 000 Menschen von der Außenwelt abgeschnitten, also auch von der Versorgung mit Lebensmitteln, von Elektrizität und teilweise auch von Trinkwasser. Wie die Uno mitteilte, sind 91 Gebäude, in denen 143 Familien wohnten, zerstört worden und mehr als vierhundert beschädigt. Mehr als 90 Prozent der Betroffenen sind Flüchtlinge. Sie erhöhen die Zahl der Palästinenser, deren Häuser während der wenigen Jahre der gegenwärtigen Intifada dem Erdboden gleich gemacht wurden. Laut Uno sind 17 594 Menschen bis zum Mai 2004 Opfer dieser Zerstörungen geworden.

Die *Frankfurter Rundschau* lässt Said Abunon stellvertretend für viele in einem Artikel mit der Überschrift „Kein Stein steht mehr auf dem anderen“ vom 19. Oktober 2004 zu Wort kommen: „Es war schlimmer als die Vertreibung von 1948. ... Damals waren wir nur vier Leute. Heute sind wir zwanzig in meiner Familie und haben wieder alles verloren.“

Der Abzugsplan Israels aus dem Gazastreifen

Vor dem Hintergrund dieses Terrors und der Zerstörungen wurde von der Sharon-Regierung ein Abzugsplan präsentiert, der der Welt den guten Willen Israels auf dem Weg zum Frieden mit den Palästinensern demonstrieren soll.

Was ist der Inhalt dieses Plans? Die Siedlungen im Gazastreifen (und als symbolische Geste drei kleine unwichtige Siedlungen im Norden des Westjordanlandes) sollen aufgelöst werden, die Armee soll sich zurückziehen und den Gazastreifen den Palästinensern überlassen. Da dies oberflächlich betrachtet den Forderungen der israelischen Friedensbewegung nach Rückzug aus den besetzten Gebieten entspricht, unterstützen Teile der Friedensbewegung Sharons Plan.

Für sie wäre die Maßnahme, 8200 Siedler aus dem Gazastreifen zu entfernen und somit 21 Siedlungen aufzulösen, ein Schritt in die richtige Richtung.

Unter der Oberfläche jedoch geht der Plan in eine gefährliche Richtung. An die vierzig Prozent der besetzten Gebiete insgesamt sind heute von Siedlungen und Siedlerstraßen, durchzogen und von Israel faktisch schon zu Israel gemacht worden. Es ist völkerrechtswidrig geraubtes Land, hauptsächlich im Westjordanland, wo der Großteil der 236000 Siedler lebt. Die Siedlungen im Gazastreifen machen nur 1,5 Prozent aus, ein Anteil, der im Sinne des größeren Plans geopfert werden könnte. Abgekoppelt von Friedensverhandlungen und der Frage der Besetzung des Westjordanlandes könnte die isolierte Entscheidung über den Gazastreifen letztendlich verheerende Folgen für die Palästinenser haben. Denn Sharons Entwurf, ganz (oder fast ganz) Eretz Israel in einen jüdischen Staat zu verwandeln, vom Jordan bis zum Mittelmeer, könnte hinter der Bühne des Abzugs aus dem Gazastreifen voran getrieben werden mit der Zementierung des bisherigen Landraubs im Westjordanland und verstärkter Vertreibung der Menschen dort. Wenn man sich ansieht, wie schnell dieser Prozess in den Jahren seit Beginn des Baus der Apartheidmauer im Jahre 2002 vorangeschritten ist, kann man erahnen, was ein bis zwei Jahre Aufmerksamkeit für Israels „gute Absichten“ im Gazastreifen für die Landnahme im Westjordanland bedeuten könnten.

Für den Gazastreifen selbst beinhaltet der Abzugsplan folgendes:

Die israelische Armee wird an der „Philadelpi-Achse“ als einer Barriere zwischen dem Gazastreifen und Ägypten festhalten und als Besatzungsmacht – denn das bleibt sie für Palästina nach wie vor – die Grenzen, die Küste und den Luftraum des Gazastreifens kontrollieren. Dadurch wird Israel auch die ökonomische und politische Kontrolle behalten. Im Bedarfsfall können jederzeit auch militärische Einsätze stattfinden,

wenn es die „Sicherheit“ Israels erfordert. Weiters sieht der Plan Häuserzerstörungen an der Grenze zu Ägypten vor, wenn es erforderlich sein sollte die Pufferzone zu vergrößern. Seit 2000 wurden hier 1600 Häuser zerstört und es gibt Forderungen in der israelischen Regierung die Pufferzone zu verdoppeln. Das würde die Zerstörung eines Drittels des Flüchtlingslagers von Rafah bedeuten (*Human Rights Watch*, 29. Oktober 2004).

Sharons Abzugsplan ändert also nichts an der entscheidenden Frage der Kontrolle über das Leben der Palästinenser – Israel will sie behalten und über die Hintertür des Abzugsplans aus dem Gazastreifen die militärische Besetzung im Westjordanland festschreiben.

Elisabeth Lindner-Riegler

Elisabeth Lindner-Riegler ist Aktivistin der *Antiimperialistischen Koordination* in Wien.

Michael Tarazi zur Einstaatenlösung

Michael Tarazi, Rechtsberater der PLO, hat Anfang Oktober in einem auf der Internetseite des offiziellen *Palestine Media Center* veröffentlichten Artikel zur Aussichtslosigkeit der Zweistaatenlösung Stellung genommen. Seiner Meinung nach sei klar, dass die Israelis unter der Führung Sharons zwar das Land, nämlich den Gazastreifen und die Westbank, vereinnahmen möchten, nicht jedoch die dort wohnenden Palästinenser – weder Moslems noch Christen. Die allgemein akzeptierte Lösung „zwei Völker – zwei Staaten“ wird deshalb unter den Palästinensern immer öfter hinterfragt.

Die israelischen Siedler, die laut Sharons Plänen von Gaza im Westjordanland umgesiedelt werden sollen, zählen mit den schon vorhandenen Siedlern auf palästinensischem Boden insgesamt rund 400.000. Diese Siedler besetzen nicht nur fremdes Territorium, sondern benützen auch die dem Westjordanland zugeteilten Wasservorräte. Währenddessen werden den rund 3,5 Millionen muslimischen und christlichen Palästinensern diese Rechte, die jüdische Siedler genießen, auf israelischen Territorium nicht gewährt. Dieser Zustand sei vergleichbar mit der Apartheidpolitik in Südafrika. Weiters nimmt der Mauerbau Land auf palästinensischem und nicht auf israelischem Territorium weg. Während der Zionismus in der Theorie die nationale jüdische Befreiungsbewegung war, müsse man heute erkennen, dass der Zionismus in der Praxis die Bewegung zur Vorherrschaft von Juden wurde.

Palästinenser sehen heute klarer als zuvor, dass die Zweistaatenlösung sie zur Abhängigkeit von Israel in wirtschaftlicher Hinsicht verdamme, obendrein sind sie dem Recht der Selbstverteidigung beraubt. Im praktischen Sinne scheinen sie ohnehin ein Staat zu sein: Einreise über israelische Flughäfen und Straßen, dasselbe Stromnetz, Verbindung der Kanalisation und Wasserzufuhr. Die Lösung kann demnach nur sein, das gesamte Land zur Verfügung zu stellen, also ein demokratischer Staat für alle Bürger, unabhängig von der jeweiligen religiösen und ethnischen Identität. Tarazi führt an, dass ein Viertel der palästinensischen Bevölkerung diese Lösung bevorzugen würde, obwohl noch kein palästinensischer Politiker sich offiziell dafür ausgesprochen hat. Seiner Meinung nach hat die Überwindung jeglicher Bevorzugung von einer Volksgruppe bzw. Religion oberste Priorität. Die Bewusstwerdung dafür scheint mit Tarazis Statement in der offiziellen palästinensischen Politik begonnen zu haben.

Der vollständige Artikel ist nachzulesen unter:

<http://www.palestine-mc.com/details.asp?cat=4&id=1353>

Die Apartheidmauer in Palästina und der Widerstand dagegen

Im Juni 2002 begann die Regierung Baraks mit dem Bau einer „Grenzmauer“ in den von Israel besetzten Gebiet. Als Rechtfertigung werden Sicherheitsgründe genannt. Selbstmordattentäter sollen keine Chance haben, nach Israel zu kommen. Die Fakten des Mauerbaus zeigen aber die wahre Intention: Höchstens elf Prozent verlaufen identisch mit der „grünen Linie“, der Waffenstillstandslinie von 1967. Die Mauer wird rund 687 Kilometer lang sein, und damit doppelt so lang wie die grüne Linie. Mindestens 14,5 Prozent des Westjordanlandes (ohne Ost-Jerusalem) wird de facto von Israel annektiert. Sie wird sich bis zu 16 Kilometer tief in palästinensisches Land hineinschlängeln. Genauere Angaben sind schwierig, da sich offizielle israelische Stellen mit Informationen zurückhalten.

Sicher ist, dass dies die größte Enteignungsaktion von PalästinenserInnen seit 1967 ist. Bei der Wahl der Route wurde darauf geachtet, dass möglichst viele der illegal in Palästina errichteten Siedlungen auf der israelischen Seite liegen. Ungefähr 142 000 jüdische Siedler, das sind 63 Prozent der Siedlerpopulation, werden so nach Israel „transferiert“. Auf der anderen Seite werden über 160 000 Menschen in zwölf Enklaven, die von allen Seiten von der Apartheidmauer umgeben sind, eingeschlossen sein. Ost-Jerusalem, das kulturelle und religiöse Zentrum Palästinas, wird für alle arabischen Nichtbewohner Jerusalems unerreichbar werden. Stattdessen wird es dort einen israelischen Korridor, gesichert durch Mauer und Siedlungen, nach Jordanien geben.

Die wahren Gründe für den Mauerbau dürften somit Land- und Wasserraub (Nordwestpalästina ist neben dem Jordantal die wasserreichste Gegend von Israel/Palästina), der Wunsch viele Siedlungen „israelisch“ zu machen und Jerusalem als rein israelische Hauptstadt sein. Sie dient nicht der Sicherheit, sie ist kein

Beitrag zum Frieden. Im Gegenteil, durch die Mauer und die rund 150 illegalen Siedlungen wird die Aufteilung Palästinas in „Bantustans“, voneinander getrennte Gebiete, in denen PalästinenserInnen leben „dürfen“, vorangetrieben.



Die Apartheidmauer ist neben den Checkpoints, den unzähligen Straßenblockaden, den Ausgangssperren, der Haft ohne Gerichtsverfahren u. a. ein weiteres Mittel zur Unterdrückung der PalästinenserInnen, ein weiteres Mittel zur Vertiefung der Besatzung. Die erste Phase, die im April 2003 abgeschlossen wurde, zeigt, welches Ausmaß die Zerstörung, die nur die PalästinenserInnen tragen müssen, die Mauer mit sich bringt. 145 Kilometer im Norden, von Zubaba bei Jenin bis Mas-ha im Salfit-Bezirk, wurden fertiggestellt. Das macht in etwa ein Fünftel der Gesamtlänge aus. 122 000 Dunum (vier Dunum entspricht einem Hektar) liegen nun zwischen der Mauer und der grünen Linie. Dreißig Kilometer Wasserleitungen wurden zerstört, 102 320 Bäume gefällt und nur für den Weg der Mauer wurden 14 680 Dunum konfisziert.

Allein in Nazlat 'Isa wurden 250 Geschäfte und sieben Häuser zerstört, sieben Häuser liegen jetzt auf der anderen Seite der Mauer. In Bethlehem

wurde ein 1500 Jahre altes Kloster beschädigt, in al-Ram musste eine Waisenschule schließen, da 95 Prozent der LehrerInnen und SchülerInnen auf der anderen Seite der Mauer wohnen. In Beit Awwa wird die Mauer durch den örtlichen Friedhof verlau-

fen. Qalqilya, eine Stadt mit 40 000 Einwohner, ist von allen Seiten von der Mauer umgeben und wurde so in eine Gefängnisstadt verwandelt. Zugang haben die Bewohner nur durch eine Straße im Osten, auf der israelische Soldaten einen Checkpoint errichtet haben.

Von den Verteidigern dieser Mauer ist oft zu hören, dass bloß ein kleiner Teil der Mauer wirklich eine Mauer ist. Die Mauer hat tatsächlich verschiedene Formen, undurchdringbar ist sie überall. In Qalqilya z. B. ist es eine acht Meter hohe tatsächliche Mauer, gesichert mit Wachtürmen und Videokameras, welche die Leute einsperrt. Auf unbebautem Gebiet besteht die Mauer aus zwei Reihen Stacheldraht, einem mit Strom geladenen Zaun, einer geteerten Straße nur für Militärfahrzeuge, Überwachungskameras und feinen Sand, damit Fußspuren sichtbar werden. Die ganze Anlage ist vierzig bis hundert Meter breit. Alle paar Meter sind Schilder angebracht, die das Land als militärisches Sperrgebiet ausweisen

und jeden, der sich nähert, warnen, dass dieser sein Leben gefährdet. Ein Kilometer dieser Hochsicherheitsanlage kostet unglaubliche zwei Millionen US-Dollar!

Trotz der existenzbedrohenden Tatsachen begann sich erst rund ein halbes Jahr nach Beginn des Mauerbaus eine Protestbewegung zu formieren. Dieser Widerstand ist gewaltlos, oft werden direkte Aktionen und Demonstrationen von palästinensischen, israelischen und internationalen Aktivisten gemeinsam gemacht. So versuchen Menschen etwa die Arbeiten an der Mauer aufzuhalten, indem sie sich Bulldozern in den Weg stellen. Oder sie seilen sich an von Abriss gefährdeten Häusern an und machen Sit-ins bei bedrohten Bäumen. Obwohl die Mauer sich unaufhaltsam immer weiter ins palästinensische Land hineinfrisst, gibt es für die Demonstranten einige Teilerfolge: In Jayyus konnte der Bau für ca. einen Monat aufgehalten werden. In Mas-ha wurde rund dreieinhalb Monate lang ein Friedenscamp abgehalten, in dem Palästinenser, Israelis und

Internationale gemeinsam gegen die Mauer protestierten. Ein akut vom Abriss gefährdetes Wohnhaus konnte so gerettet werden. In Budrus gab es in drei Monaten über vierzig Demonstrationen. So konnte der Bau nicht nur aufgehalten, sondern auch der Landraub durch die Mauer minimiert werden.

Doch Soldaten und Grenzpolizei reagieren hart auf die Demonstrationen. Sie verwenden Soundbomben, Tränengas, Gummigeschosse und scharfe Munition, um den Mauerbau voranzutreiben. Sie schrecken selbst vor Mord nicht zurück: So wurden bei Protesten in Biddu fünf Menschen und in Beitunya ein 19-jähriger Junge erschossen, in Mas-ha wurden einem israelischen Anarchisten zweimal gezielt in die Beine geschossen.

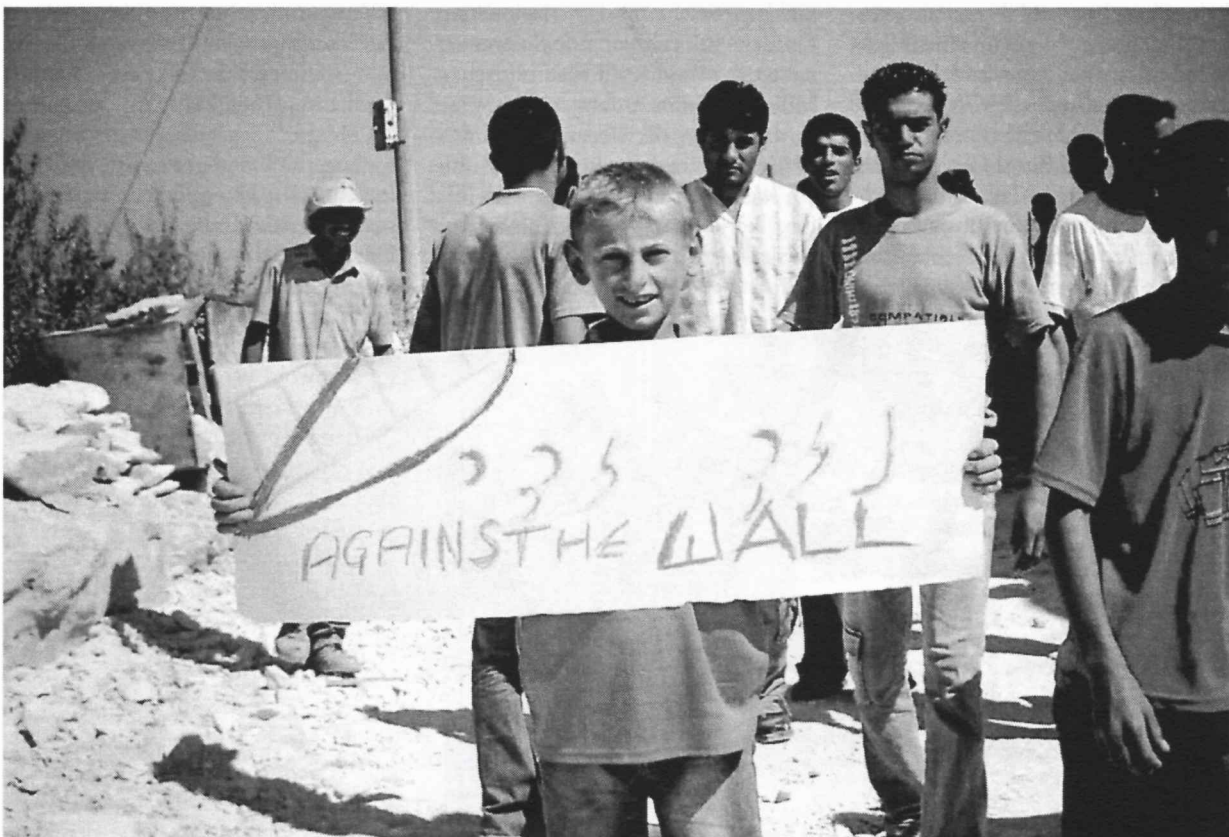
Doch der Widerstand geht weiter, nicht nur dort, wo die Mauer gebaut wird, sondern auch dort, wo sie schon steht. Diesen Sommer wurde ein "Freedom March" organisiert, bei dem PalästinenserInnen, Israelis und Internationale gemeinsam entlang der Mauer marschierten, demonst-

rierten und Aktionen durchführten. Einen anderen Erfolg konnten die PalästinenserInnen vor dem Internationalen Gerichtshof am 23. Februar in Den Haag erzielen. Dieser entschied, dass die Mauer illegal ist. Israel müsste sie laut Gerichtsbeschluss niederreißen und die Opfer zu entschädigen. Die internationale Staatengemeinschaft ist aufgefordert, alles in ihrer Macht Stehende zu unternehmen, um das Verbrechen des Mauerbaus zu verhindern.

Die Wirklichkeit schaut aber anders aus: Israel erkennt den Gerichtsbeschluss nicht an und ein Großteil der Welt schweigt dazu. Palästina bleibt als Opfer allein, obwohl es internationalen Schutz und Solidarität dringendst benötigt.

Franz Bortenschlager

Franz Bortenschlager lebt in Linz und brachte drei Monate als Aktivist in Palästina.



Das Massaker in Falluja und die US-inszenierten Wahlen

Die Perspektiven des Widerstands

Das Massaker, das die US-Besatzer im November 2004 anrichteten, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Eine unbekannte Zahl der Einwohner der belagerten Stadt, zumindest einige Zehntausend Zivilisten, wurden von der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln abgeschnitten, die medizinische Versorgung wurde unterbunden. Sie wurden mit Flugzeugen, Hubschraubern und schwerer Artillerie bombardiert und rund fünfzigtausend Gebäude wurden zerstört, häufig über den Köpfen der Bewohner. Die US-Truppen nutzten die absolute Übermacht ihrer Militärmaschinerie und wichen Straßenkämpfen feige aus. Wo immer sie auf Widerstand stießen, zogen sie sich zurück und forderten die Unterstützung der Luftwaffe an. Die USA schreckten auch nicht davor zurück, Phosphor und Napalm einzusetzen. Falluja wurde in eine High-Tech-Schlächtereier verwandelt, eine Stätte der industriellen Massenvernichtung menschlichen Lebens, die unweigerlich an Hiroshima erinnert. Es ist kein Zufall, dass selbst mehrere Wochen nach dem Blutbad ganze Stadtteile abgeriegelt blieben, um mögliche Zeugen fern zu halten.

Das Ziel dieses Völkermords war nicht nur die Vernichtung der bewaffneten Volksbewegung des Widerstands, die den USA im April letzten Jahres eine Niederlage beibrachte und Falluja zu einem Symbol für das ganze irakische Volk machte. Das Blutbad war als klares Signal an das irakische Volk und die arabisch-islamischen Massen, dass jeglichem Widerstand mit Ausrottung begegnet würde.

Doch die Tatsache, dass die Partisanen in anderen Städten wie Mosul weiter zuschlugen, und dass selbst in einigen Teilen von Falluja einige Kämpfer heldenhaft Widerstand leisteten, beweist, dass dieser Widerstand keineswegs militärisch und schon gar nicht politisch besiegt wurde. Im Gegenteil, das Massaker führt zu einem nahezu umfassenden Boykott der Wahlen, welche die US-Marionetten für den 30. Februar 2005 angesetzt haben – zumindest im sunnitischen Milieu, was von Anfang an klar war.

Nachdem die Versuche, das US-Marionettenregime in Bagdad mit ein wenig Unterstützung durch die Bevölkerung zu versehen (wie beispielsweise durch die lächerliche „Machtübergabe“), gescheitert sind,

stellen die Wahlen den letzten und wichtigsten Trumpf der Besatzer dar. Sie haben all ihre Hoffnung darauf gesetzt und dementsprechend viel steht auf dem Spiel.

Zwischen den Besatzern und dem schiitischen Klerus – allen voran Ayatollah Ali al-Sistani – besteht Übereinstimmung in dem Punkt, dass die Wahlen abgehalten werden sollen. Doch die politisch-gesellschaftliche Grundlage der Kollaboration sind die schiitischen Mittelschichten, die sowohl sozioökonomisch als auch politisch deutlich geschwächt wurden.

Die Bewegung der Unterklassen, geführt von Muqtada al-Sadr, hat nicht nur den Kampf der ärmsten Schichten gegen die Besatzung kanalisiert, sondern auch wichtige Teile der Mittelschichten angezogen und sogar die kulturellen Barrieren zwischen sunnitischen und schiitischen Bevölkerungsteilen überwunden, wie man während des Volksaufstands im April 2004 sehen konnte.

Dennoch spielte Muqtada von Anfang an eine zwiespältige Rolle. Zunächst lehnte er den bewaffneten Widerstand als „ba'histisch“ ab. Dann wurde er durch den direkten Angriff der USA auf seine Bewegung gezwungen zu reagieren und führte den Aufstand im April letzten Jahres. Obwohl er militärisch schwach und mit den Fähigkeiten des Widerstands, der sich um die ehemaligen Streitkräfte gebildet hatte, nicht mithalten konnte, machte ihn der politische Impuls des Aufstands zum unangefochtenen Führer der Unterschichten, die vorwiegend aber nicht ausschließlich schiitisch sind. Der Angriff der USA auf Najaf im August brachte seinen Kräften trotz der überwältigenden militärischen Übermacht der USA einen halben politischen Sieg, den al-Sadr in der Folge in eine halbe Kapitulation verwandelte. Er rief zur Aufgabe der Waf-



fen auf und versprach die Teilnahme am politischen Prozess, d.h. an den von den USA inszenierten Wahlen. Er verurteilte das Massaker in Falluja, doch im Gegensatz zum April rief er nicht zu einer allgemeinen Solidaritätsbewegung auf, um den Preis eines Gemetzels für die Besatzer möglichst zu erhöhen oder zu hoch zu machen. Er drohte zwar, die Wahlen zu boykottieren, doch hielt sich sehr zurück und es gibt Gerüchte darüber, dass er im Hintergrund mit al-Sistani über eine mögliche Teilnahme an den Wahlen verhandelt.

Al-Sadr schwankt zwischen den Interessen der Volksmassen, seines Klerus und des Irans und hängt sein Fähnchen nach dem Wind der politischen Konjunktur. Ob seine Bewegung an den Wahlen teilnimmt oder nicht, ist von entscheidender Bedeutung. Es ist nun in seiner Hand, den Wahlen Legitimität zu verschaffen oder nicht.

Es gibt auf jeden Fall auch im schiitischen Milieu bereits Stimmen für einen Wahlboykott, wie z. B. den Geistlichen Jawas al-Khalisi, der den konfessionsübergreifenden *Iraqi National Foundation Congress* leitet. Diese Stimmen üben Druck auf die Sadr-Bewegung aus. Da die Unterklassen keine organische Verbindung zum führenden Klerus haben, könnte eine zwiespältig Haltung Muqtadas neue, radikalere Kräfte aus dem islamischen Spektrum hervorbringen, die sich mit den Resten der linken und



kommunistischen Elementen verbinden könnten.

Es ist noch unklar, ob die Wahlen die Situation tatsächlich im Sinne der Besatzer stabilisieren werden. Unmittelbar nach den Wahlen könnte die Integration der schiitischen Mittelschichten die sunnitischen Widerstandskräfte etwas isolieren und eine politische Widerstandfront in weitere Ferne rücken lassen, so dass die Partisanenbewegung militaristischer agiert und sich die Kluft weiter verbreitert. Dieses Szenario geht Richtung Religions- oder Bürgerkrieg und ist eine Variante in den Plänen der USA. Die schiitischen Mittelschichten haben jedoch traditionell nie den Staat geführt. Bürgerliche Elemente aus diesem Milieu wander-

ten aus und bleiben Fremdkörper so wie Chalabi und nun Alawi. Sie haben keine organische Anhängerschaft und ihre Macht steht auf tönernen Füßen, selbst wenn sie in den Wahlen einige Unterstützung erhalten. Diese Aspekte sprechen alle gegen eine Stabilisierung. Außerdem sind die wirtschaftlichen Aussichten für diese Mittelschichten alles andere als rosig, da der Widerstand sicher weiter geht. Ihre Möglichkeiten, sich mit den Unterklassen zu verbinden, sie zu beherrschen oder zumindest zu neutralisieren, werden sich schon wenige Monate nach den Wahlen verringern. Das könnte zu einer Rückkehr und zu einem deutlicheren Bekenntnis der schiitischen Massen zum antiimperialistischen Widerstand in Verbindung mit einem sozial-revolutionären Impuls führen.

Antiimperialistische Koordination
5. Dezember 2004

Die Vollversion dieser Resolution ist abrufbar unter: www.antiimperialista.org



US-Soldaten vor dem Angriff beim Ben Hur-Spielen.

Verschwunden

Während die US-Amerikaner im Irak Wahlen inszenieren, ist der Verbleib Tausender Besatzungsgegner unbekannt

Viel steht für die Besatzungsmacht im Irak bei den für 30. Januar 2005 angesetzten Wahlen auf dem Spiel. Alle bisherigen Versuche den Widerstand mit militärischen Mitteln zu vernichten, haben sich als vergeblich herausgestellt. Im Gegenteil, trotz kolonialer Massaker wie jüngst in Falluja, hat der Widerstand seine Schlagkraft unter Beweis gestellt. Dies erweist sich nur dank einer festen Verankerung in der Bevölkerung als möglich.

Auch die neokonservativen Kriegstreiber haben begriffen, dass die Wahlen die letzte Möglichkeit darstellen, relevante Teile der Bevölkerung in ihr Regime einzubinden. Ebenso sind sie auf internationaler Ebene die einzige glaubwürdige Legitimation für die Besatzung. Darum tun die Besatzer alles, um den Urnengang als legitim, demokratisch und frei darzustellen. Doch das ist mehr als lächerlich:

Erstens können Wahlen unter fremder Besatzung per definitionem nicht frei und demokratisch sein. Zweitens befinden sich ganze Teile des Landes unter dem ständigen Bombardement der Besatzer. Das gilt nicht nur für die dem Erdboden gleichgemachten Widerstandshochburg Falluja, sondern für viele andere Gegenden einschließlich der Millionenstadt Mosul. Die Besatzer haben bereits angekündigt, dass sie Unruhezonen von den Wahlen ausnehmen wollen. Wahlrecht kommt also nur denjenigen zu, die nicht offen Widerstand leisten und die Fremdherrschaft zumindest passiv hinnehmen. Von freiem und allgemeinen Wahlen kann also keine Rede sein.

Drittens gibt es keine nur annähernd seriösen Wählerverzeichnisse. Die Aufzeichnungen aus der Ba'ath-Zeit wurden von den Besatzern vernichtet. Nun versuchen sie sich auf die Bezugslisten des UN-Programms „Öl für Lebensmittel“ zu stützen. Doch wenn es um das blanke Überleben geht, dann sind die Menschen

trickreich. Verstorbene Großeltern leben weiter, ein und dieselbe Person trägt sich an verschiedenen Orten ein, die Liste der möglichen Unregelmäßigkeiten ist lang, mit der sich Hungernde eine zusätzliche Essensration verschaffen. Wirklich umfassende Wählerverzeichnisse kann nur eine legitime, von der Mehrheit anerkannte Regierung anlegen.

Viertens wird der Wahlmodus von den Besatzern festgelegt, genauso wie die wahlwerbenden politischen Formationen von ihnen zugelassen werden. Wirklich demokratische Wahlen können eigentlich nur nach einer verfassungsgebenden Versammlung abgehalten werden, die die Modalitäten bestimmt.

Fünftens gibt es im Irak nach Schätzungen verschiedener Menschenrechtsorganisationen bis zu Hunderttausend politische und Kriegsgefangene, die als solche nicht anerkannt werden. Unter ihnen befinden sich nach Medienberichten auch zahlreiche Kinder, Frauen und alte Menschen. Dass in den Lagern gefoltert und gemordet wird, kann man sich nicht nur ausmalen, sondern dies musste selbst von den USA nach den Bildern aus Abu Ghuraib eingestanden werden. Es muss vermutet werden, dass es sich nur um die Spitze eines Eisberges handelt, um so mehr als die USA ihr Lager in Guantánamo rechtfertigen und es nur logisch ist, dass anderswo ähnliche Installationen eingerichtet werden. Diesbezügliche Berichte aus Afghanistan sind bekannt. Die Besatzer verletzen damit alle Bestimmungen des Kriegs- und Völkerrechts, sowie die entsprechenden Regelungen der Menschenrechtskonventionen. Das elementare Recht auf einen Prozess, so zweifelhaft die Justiz von Washingtons Gnaden auch sein mag, gibt es natürlich nicht.

Hinzu kommt das Problem der Verschwundenen. In Zusammenarbeit mit den von ihnen geführten ira-

kischen Truppen hält die US-Armee nach Belieben Menschen fest, über die sie niemandem, weder den Familien noch Menschenrechtsorganisationen, Auskunft erteilt. All das ähnelt frappant den von den USA unterstützten lateinamerikanischen Militärdiktaturen der 70er Jahre, wo zehntausende Oppositionelle bis heute verschwunden bleiben. Heute weiß man, dass sie über offenem Meer aus Hubschraubern gestürzt wurden, ihre Leichen eingemauert oder in Säure aufgelöst wurden und ähnliches mehr.

Der Fall Abduljabbar al-Kubaysi

Kubaysi, Vorsitzender der *Irakischen Patriotischen Allianz*, der eine vereinigte politische Front des Widerstands schaffen wollte, wurde am 3. September 2004 aus seinem Bagdader Haus von US-Truppen verschleppt. Nach wie vor ist sein Verbleib unbekannt. Obwohl seine Frau das Rote Kreuz beauftragt hat, von den US-Militärbehörden Auskunft über ihren Ehemann zu erlangen, verweigern diese bisher jegliche Auskunft – auch der Familie, ihren Anwälten und Journalisten gegenüber. Im November teilte das Rote Kreuz in Genf Frau Kubaysi sogar mit, dass sie für ihren Mann nichts mehr tun könnten.

Da Abduljabbar al-Kubaysi ein Jahrzehnt anerkannter politischer Flüchtling in Frankreich war, intervenierte ein lokales Solidaritätskomitee bei den Pariser Behörden ebenso wie beim Straßburger Europaparlament – bis jetzt ohne konkreten Erfolg. Weitere Versuche, wie beispielsweise eine parlamentarische Anfrage in Italien oder eine Vorsprache bei Amnesty International, sind geplant.

Willi Langthaler

Willi Langthaler ist Aktivist der *Antiimperialistischen Koordination* und freier Journalist in Wien.

Das Massaker von Falluja und die Wahlfarce

Interview mit Sammi Alaa

Sammi Alaa, 38, ist ein irakischer Kommunist, der wegen politischer Verfolgung ins Exil nach Dänemark gehen musste. Angesichts der Unterstützung der Irakischen Kommunistischen Partei (IKP) für das Embargo und die Kriege gegen sein Land brach er mit der Partei und schloss sich der Irakischen Patriotischen Allianz (IPA) an, welche die demokratischen und antiimperialistischen Kräfte in Opposition zu Saddam sammelte.

Ist das Massaker von Falluja den strategischen Zielen der Besetzung dienlich oder könnte es sogar nach hinten losgehen?

Die von den USA in Falluja begangenen Verbrechen übersteigen alles bisher im Irak Gesehene. Es handelte sich um keinen Kampf zur Zerschlagung der Guerilla, sondern

um die Auslöschung von Zehntausenden, die in der belagerten Stadt verblieben waren. Wohnvierteln wurden von Flugzeugen, Hubschraubern und mit schwerer Artillerie beschossen, während die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln sowie die medizinische Versorgung unterbrochen wurde. Wo die Marineinfanterie vor-

rückte und dennoch auf Widerstand stieß, versuchte sie dem Straßenkampf auszuweichen, zog sich zurück und setzte sogar Phosphorbomben und Nervengas ein. Das ganze war keine Schlacht, sondern eine Massenvernichtung von Menschen, ein kleines Hiroshima.

Die Besatzer haben dieses Kriegsverbrechen aus zwei Gründen begangen: Erstens um sich für die Niederlage zu rächen, die ihnen der Widerstand im April zugefügt hatte und die größte Demütigung seit Vietnam darstellen könnte. Zweitens um jene politischen Kräfte zum Schweigen zu bringen, die eine Teilnahme am so genannten politischen Prozess, sprich der Wahlfarce, ablehnen.

Aber das Signal wird das Gegenteil bewirken. Der Widerstand wird nicht nur überleben, sondern seine Kräfte sogar konsolidieren. Wir haben das bereits am Beispiel der Operation gegen Samarra im September gesehen. Heute sind die Partisanen in der Stadt wieder sehr aktiv. Auch die in Mosul zur Schau gestellte Fähigkeit am Höhepunkt des Gemetzels von Falluja zuzuschlagen, zeigt nicht nur die ungebrochene militärische Kraft des Widerstands, sondern auch die politische Unterstützung aus dem Volk. Andernfalls wäre es unmöglich aus einer so großen Stadt die bewaffneten Kollaborationskräfte zu vertreiben. Darüber hinaus hat der Angriff den Wahlboykott durch die *Vereinigung der Muslimischen Gelehrten* (AMS) und der Bewegung von Muqtada al-Sadr provoziert.

Was denkt die IPA über die Wahlen?

Jedwede von der Besatzungsmacht installierte Institution ist illegitim. Das gilt genauso für die von ihr durchgeführten Wahlen. Wir werden die Wahlen boykottieren und wir werden unser Bestes tun um so vie-



A. Kubaysi, Vorsitzender der Irakischen Patriotischen Allianz, im Juli 2003 während eines Vortrages in Wien.

le als möglich davon zu überzeugen nicht mit ihrer Stimmabgabe der Besatzung Legitimität zu verleihen.

Die IPA widmete sich dem Aufbau einer politischen Front der wichtigsten Kräfte des Widerstands. Offensichtlich hat das nicht funktioniert. Selbst einige Kräfte, die behaupten die Besatzung abzulehnen, haben ihre Teilnahme am Urnengang angekündigt.

Wir glauben, dass der Widerstand nicht nur auf der militärischen, sondern auch auf der politischen Ebene Fortschritte macht. Viele der panarabischen und linken Kräfte, die an den Wahlen teilnehmen wollten, konnten davon überzeugt werden sich der Boykottkampagne anzuschließen. Auch die AMS ist dazugekommen. Das sind gute Zeichen.

Diese Tendenz ebnet den Weg für die politische Front. Alle, die zum Boykott aufrufen werden für die Front angesprochen. Obwohl unser Sekretär Abduljabbar al-Kubaysi von den Besatzern verschleppt wurde und bis heute verschunden bleibt, gehen unsere Bemühungen weiter. Es ist klar, dass ohne eine solche Front die Befreiung von der fremden Besatzung unmöglich ist.

Gibt es Neuigkeiten von al-Kubaysi?

Die Besatzungsbehörde verweigert weiterhin jede Auskunft zu seinem Fall, sei es gegenüber seiner Familie, dem Roten Kreuz bzw. dem Roten Halbmond, geschweige denn gegenüber Journalisten. Während die USA also angeblich demokratische Wahlen in Szene setzen, lassen sie die politischen Repräsentanten des Volkswiderstands verschwinden. Sie diffamieren den Widerstand als Entführer und Terroristen während sie selbst entführen, foltern und das Volk terrorisieren – alles in Verletzung der entsprechenden Bestimmungen des Völkerrechts.

Wir werden die Solidaritätskampagne für Abduljabbar und alle politischen Gefangenen im Irak fortsetzen und bedanken uns gleichzeitig für die Unterstützung, die wir bisher von den verschiedenen antiimperialistischen Kräften aus Europa bekom-

men haben.

Einige arabische Medien behaupten indes, dass trotz al-Sadrs Verurteilung des Massakers von Falluja und seines Aufrufs nicht zu den Urnen zu gehen, er dabei ist mit al-Sistani eine Teilnahme an den US-gesteuerten Wahlen auszuhandeln. Diese Medien vermuten, dass dahinter ein Abtausch steht: Als Gegenleistung zu einer Milderung der US-Aggression gegen den Iran verpflichtet sich Teheran dazu die schiitischen Kräfte im Irak zur Teilnahme an den Wahlen zu bewegen.

Der Iran hat der US-Besatzung von Anfang an geholfen. Daher haben sich auch die pro-iranischen Parteien bereitwillig an den Marionettenregierungen beteiligt. Aber die iranischen Handlanger werden im Volk immer unbeliebter. Viele einflussreiche schiitische Gelehrte haben bereits zum Wahlboykott aufgerufen. Ich zweifle daher daran, dass die Behauptung, dass es Verhandlungen zwischen al-Sadr und al-Sistani gäbe, stichhaltig ist.

Es stimmt allerdings, dass al-Sadr unter großem Druck der USA und ihrer lokalen Werkzeuge steht. Al-Sistani wirbt zusammen mit den Amerikanern mit allen Mitteln für die Wahlen. So wurden die Büros al-Sadrs geschlossen, seine Funktionäre verhaftet und er selbst nach dem Blutbad von Falluja unter Hausarrest gestellt.

Ein viel sagendes Beispiel ist der schiitische Kleriker al-Husseini aus Karbala, der zum Wahlboykott aufrief. Einer seiner Anhänger montierte auf seinem Geschäft ein Transparent mit der Aufschrift „Nein zu den Wahlen“. Er wurde kaltblütig ermordet während al-Husseini in den Untergrund abtauchte. So wird verständlich, warum die Bewegung al-Sadrs sich zurückhält.

Wie kommentieren Sie den Boykottaufruf des Nationalen Gründungskongresses (NFC) von Jawad al-Khalisi, einem schiitischen Kleriker?

Das ist Teil der beschriebenen allgemeinen Tendenz. Wir heißen seine Entscheidung willkommen. Trotz-

dem sei uns die Frage erlaubt, warum es zur Entscheidung, sich aus dem so genannten politischen Prozess zurückzuziehen, des Massakers von Falluja bedurfte?

Die westlichen Medien behaupten immer wieder, dass ein mehrheitlich sunnitischer Boykott zu einem Bürgerkrieg mit den Schiiten führen könnte.

Sie wollen uns glauben machen, dass die Ajatollahs wirklich das Volk anführen. Tatsächlich wollen diese über das von den Besatzern installierte System von religiösen und ethnischen Quoten an die Macht. Aber auf der Ebene des einfachen Volkes wird weder die amerikanische Strategie des Teile-und-Herrsche noch die Kollaboration akzeptiert. Die Kleriker sind daher unter großem Druck von unten die Wahlen zu verurteilen und einige haben dem schon nachgegeben. Die US-Strategie wird nicht greifen und es wird zum gewünschten konfessionellen Bürgerkrieg nicht kommen. Der Krieg, den es tatsächlich schon gibt, ist jener zwischen den Besatzern und ihren Handlangern auf der einen Seite und dem Widerstand und den ihn unterstützenden Volksmassen jenseits aller religiösen Unterschiede auf der anderen Seite.

Leider wird dieses Gerede vom Bürgerkrieg nicht nur vom US-Imperialismus dazu benutzt, sein Scheitern in der Schaffung von demokratischen Verhältnissen und die Tatsache zu legitimieren, dass sich stattdessen die Rechtlosigkeit ausbreitet. Sondern auch viele selbsternannte europäische Linke verwenden dieses kolonialistische Argument.

Wir danken für das Gespräch.

Florenz, 27. November 2004

Das Interview führte Willi Langthaler.

„Ruhe, sonst rufe ich die Demokratie!“

Zur Situation der irakischen Frauen unter US-Besatzung

Das US State Departement hat eine mit zehn Millionen US-Dollar dotierte *„Iraqi Women's Democracy Initiative“* ins Leben gerufen um irakischen Frauen vor den kommenden Wahlen die Praktiken und Fertigkeiten des demokratischen Lebens beizubringen. Paula Dobriansky, US-Unterstaatssekretärin für globale Fragen, stellte diesbezüglich fest: „Wir werden den irakischen Frauen die Instrumente, Informationen und Erfahrungen zur Verfügung stellen, die sie brauchen, um sich an den Wahlen zu beteiligen und sich für faire Behandlung einzusetzen.“ Die Tatsache, dass dieses Geld vor allem Organisationen zugehen wird, die mit der US-Administration in Verbindung stehen, wie etwa das von Dick Cheney's Frau Lynn gegründete *„Independent Women's Forum“*, wird nicht erwähnt.

Unter all den Fehlern der US-Administration im Irak besteht ihr größtes Versagen wohl darin, keinerlei Kenntnis des irakischen Volkes und insbesondere der Frauen zu haben. Ihre falsche Vorstellung bringt sie dazu, irakische Frauen als stimm- und machtlose Opfer einer männlich kontrollierten Gesellschaft wahrzunehmen, die dringend ihrer „Befreiung“ bedürften. Dieses Bild passt angenehmerweise zu dem Gesamteindruck vom irakischen Volk als pas-

sivem Opfer, das die Besatzung seines Landes begrüßen würde.

Die Realität ist anders. Irakische Frauen spielten bereits unter Osmanischer Herrschaft eine aktive Rolle im öffentlichen Leben. 1899 wurde die erste Mädchenschule eröffnet, 1924 die erste Frauenorganisation. 1937 wurden in Bagdad bereits vier Frauenzeitschriften herausgegeben.

Frauen beteiligten sich an der Revolution von 1920 gegen die britische Besatzung, auch an den gewalttätigen Auseinandersetzungen. In den 50er Jahren gründeten politische Parteien eigenen Frauenorganisationen. Alle spiegelten dasselbe Prinzip wider: Im Kampf Seite an Seite mit den Männern befreiten die Frauen auch sich selbst. Das wurde nach der Revolution von 1958 und dem Ende der von den Briten erzwungenen Monarchie unter Beweis gestellt, als die Frauenorganisationen innerhalb von zwei Jahren das erreichten, was in dreißig Jahren britischer Besatzung nicht gelungen war: rechtliche Gleichstellung.

Aufgrund dieses Prozesses berichtete Unicef 1993: „Selten genießen Frauen in der arabischen Welt so viel Macht wie im Irak ... Männer und Frauen erhalten gleichen Lohn für gleiche Arbeit. Das Einkommen einer Ehefrau wird unabhängig von dem ihres Ehemannes anerkannt. 1974 wurde die kostenlose Schulbildung auf allen Ebenen eingeführt und 1979 wurde der Schulbesuch für Mädchen und Jungen bis zum zwölften Lebensjahr verpflichtend.“ Am Anfang der 90er Jahre hatte der Irak eine der höchsten Alphabetisierungsraten der Arabischen Welt. Es gab mehr Frauen in Machtpositionen als in irgendeinem anderen



Staat des Nahen Ostens.

Die Tragödie war, dass Frauen unter Saddams Unterdrückungsregime leben mussten. Es stimmt zwar, dass Frauen hohe politische Positionen bekleideten, doch sie unternahmen nichts um gegen die Ungerechtigkeiten, die ihren regimekritischen Schwestern angetan wurden, zu protestieren.

Dasselbe geschieht heute im „neuen, demokratischen Irak“. Bush und Blair bezeichneten die Förderung der Frauen als einen zentralen Teil ihrer Vorstellung von einem „befreiten“ Irak. Im Weißen Haus durften sorgfältig ausgewählte irakische Frauen in Sermonen die dringend benötigte Invasion des Irak herbeiwünschen. Im Juni wurde die nominelle Souveränität einer von den USA eingesetzten irakischen Interim-Regierung mit sechs weiblichen Ministern übergeben. Sie waren nicht vom irakischen Volk gewählt worden.

Unter Ayad Allawis Regime bleiben die „multinationalen Kräfte“ immun gegen rechtliche Klagen, selten rechenschaftspflichtig für Verbrechen gegen Iraker. Die Kluft zwischen den weiblichen Mitgliedern von Allawis Regime und der Mehrheit der irakischen Frauen weitet sich Tag für Tag aus. Während sich die Minister und die Botschaften der USA und Großbritannien innerhalb der befestigten



grünen Zone verschanzen, wird den Irakern das grundlegende Recht auf Sicherheit in ihren eigenen Straßen verweigert. Das Recht auf der Straße steht den US-Panzern zu, nach dem Motto: „Wenn Sie den Konvoi überholen, werden Sie erschossen“.

Der Mangel an Sicherheit und die Angst vor Entführungen machen viele irakische Frauen zu Gefangenen in ihren Häusern. Sie werden Zeuginnen der Plünderung ihres Landes durch Halliburton, Bechtel, US-NGOs, Missionare, Söldner und lokale Subunternehmer, während ihnen sauberes Wasser und Elektrizität verweigert wird. Im Land des Erdöls müssen sie sich täglich stundenlang um Kerosin oder Öl anstellen. Die Fehl- und Mangelernährung unter Kindern hat sich verdoppelt. Die Arbeitslosenrate von siebzig Prozent führt zu akuter Armut, Prostitution, illegalen und unsicheren Abtreibungen und Ehrenmorden. Korruption

und Nepotismus sind in der Interim-Regierung allgegenwärtig. Innenminister Al-Naqib gab zu, 49 seiner Verwandten hochrangige Posten verschafft zu haben, natürlich waren sie alle qualifiziert.

Die Ermordung von Akademikern, Journalisten und Wissenschaftlern macht nicht vor Frauen Halt. Liqa Abdul Razaq, eine Fernsehsprecherin von al-Sharqiyya TV, wurde gemeinsam mit ihrem zwei Monate alten Baby erschossen. Layla al-Saad, Dekan für Rechtswissenschaften an der Universität von Mosul, wurde in ihrem Haus getötet.

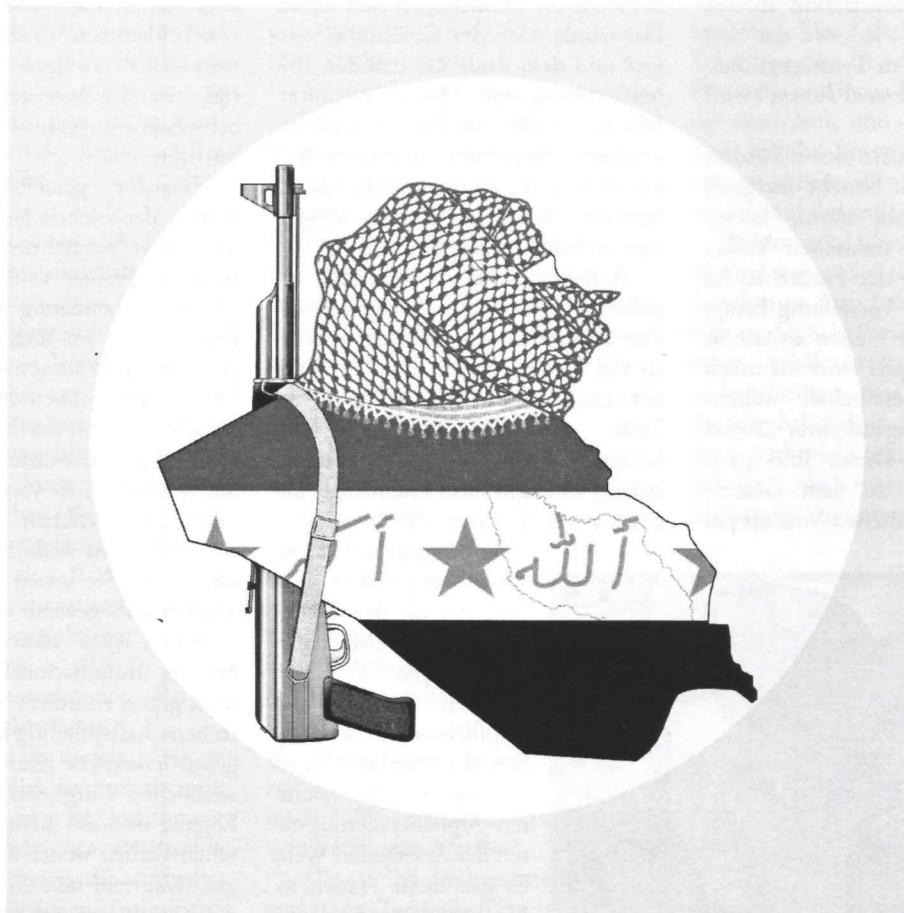
Das Schweigen der „Feministinnen“ in Allawis Regime ist ohrenbetäubend. Das Leiden ihrer Schwestern in den Städten, die von US-Kampffjets mit Napalm, Phosphor und Splitterbomben beschossen werden, der Tod von rund hunderttausend irakischen Zivilisten, die Hälfte von ihnen sind Frauen und

Kinder, wird mit Gerede über Demokratie-Ausbildung kommentiert.

Tony Blair gestand kürzlich, dass die Gewalt in Bagdad sowohl vor als auch nach den Wahlen vom 30. Januar 2005 weitergehen würde, doch er fügte hinzu: „Auf der anderen Seite werden wir einen klareren Ausdruck des demokratischen Willens haben“. Weiß er denn nicht, dass „Demokratie“ das ist, was irakische Frauen heutzutage verwenden um ihre unartigen Kinder einzuschüchtern: „Ruhe, sonst rufe ich die Demokratie!“

Haifa Zangana

Haifa Zangana wurde im Irak geboren und war unter Saddams Regime inhaftiert. Sie lebt als Schriftstellerin in Großbritannien.
Quelle: *The Guardian*, 22. Dezember 2004.
Übersetzung durch die Redaktion



Indische Linke

Der Kampf der indischen Armen zwischen Institutionen und Guerilla

Indien ist das größte Land der Erde, das sich als Demokratie nach westlichem Muster versteht. Es leben dort jedoch 39 Prozent der Armen der Welt und über 508 Millionen der 1,3 Milliarden Einwohner Indiens verdienen weniger als einen Dollar am Tag. Zu den Ärmsten der Armen gehören die Kleinbauern und Landlosen. Rund 37 Prozent des gesamten Volkes können nach offiziellen Angaben weder lesen noch schreiben. Obwohl Indien zu den größten Atommächten gehört, leben in Delhi zirka 150 000 Kinder auf der Straße. Im Schatten der Hochhäuser wohnen Tausende in Slums. Der extreme Unterschied zwischen den Reichen und den Armen ist insbesondere am Land sichtbar, wo drei Viertel der Menschen leben. Auch fünfzig Jahre nach der Unabhängigkeit Indiens ist das Feudalsystem am Land tief verwurzelt.

In der Provinz Bihar besitzen sechs Prozent der Bauern 51 Prozent der Bodenfläche. Die Kleinbauern leben daher fast wie Leibeigene. Aus dieser problematischen Situation sind in der Vergangenheit immer wieder Kerne revolutionärer Organisationen entstanden und das geschieht auch heute noch.

Es gibt viele linke Gruppen, Organisationen und Parteien in Indien, etwa die *Communist Party of India (Marxist-Leninist)*, die *Party Unity (CPI [ML]-PU)*, die *Communist Party of India (Marxist-Leninist) Liberation (CPI [ML]-L)*, das *Maoist Communist Centre (MCC)*, die *Peoples War Group (PWG)* und andere. Von diesen Parteien sind die *All-India Forward (AIFB)*, die *Kommunistische Partei Indiens*, die *Kommunistische Partei Indiens-Marxisten* und die *Revolutionary Socialist Party (RSP)* politische Parteien, die regelmäßig an den Wahlen teilnehmen. Die kommunistischen Parteien unterstützen die bewaffnete Bewegung nicht und sind Teil der institutionellen Politik geworden.

Die *Peoples War Group*, die *Naxaliten*, das *Maoist Communist Centre*, die *Communist Party of India (Marxist-Leninist)* und andere einzelne Volksbefreiungsarmeen gehören zu den linken militanten Gruppen, die traditionell die Linie der kommunistischen Parteien abgelehnt haben.

Der bewaffnete Volkskampf

Die nach dem Ort Naxalbari benannte maoistische Guerillabewegung der Naxaliten nahm zwischen 1967 und 1970 als bewaffneter Bauernaufstand in den Unionsstaaten Westbengalen und Andhra Pradesh ihren Anfang. In den im Osten und Nordosten des Subkontinents gelegenen Unionsstaaten Bihar, Madhya Pradesh, Orissa und Westbengalen verübten bewaffnete Gruppen der linksgerichteten Naxaliten Übergriffe gegen Beamte, Landbesitzer, staatliche Sicherheitskräfte und Privatarmeen. Alle Versuche die Naxaliten mit Gewalt zu unterdrücken, sind gescheitert. Die Bewegung der Naxaliten besteht seit über 35 Jahren. Die naxalitische Ideologie basiert auf historischen Dokumenten von Charu Majumders. Sie beruft sich auf die kreative Anwendung des Marxismus, des Leninismus und der Lehre Mao Zedongs. Die *Peoples War Group (PWG)* ist im Süden Indiens, in Andhra Pradesh, am stärksten im Volk verankert. Sie ist auch in 14 anderen Städten aktiv und genießt dort die Unterstützung der Bevölkerung. Am 30. September 2004 organisierte sie zum ersten Mal in den letzten 15 Jahren eine Demonstration, an der mehr als zehntausend Menschen teilnahmen.

Das *Maoist Communist Centre (MCC)* ist die zweit bedeutendste Linksguerillagruppe und ist in Bihar sehr aktiv, außerdem auch in verschiedenen andere Städten. Die beiden Organisationen MCC und PWG sind beide in mehr als zweihundert Bezirken in über dreißig Distrikten stark vertreten. Die Rebellenorganisationen heben in Bihar Steuern von

Lokalbeamten und Unternehmen ein. Schätzung zufolge nehmen sie damit jährlich mehr als sechs Millionen Euro ein. MCC und PWG sind Mitglieder des *Coordination Committee of the Maoist Parties and Organizations of South Asia (CCOMPOSA)* und unterstützen die Nepalischen Maoisten, die *Kommunistische Partei Nepals*.

Am 8. Oktober 2004 erklärte ein Vertreter der beiden Organisationen, Genosse Sagar, in einer Pressekon-



ferenz, dass PWG, MCC und noch zwei Parteien, die sich von der *Communist Party of India (Marxist-Leninist)* abgespalten haben, zusammen eine neue Kommunistische Partei mit maoistischer Ausrichtung sowie eine Volksguerillagruppe aufbauen werden, die neben institutioneller Politik, wenn es nötig wäre, auch den bewaffneten Volkskampf führen wird.

Es gab von Anfang an viele Strömungen im linken Lager. Die *CPIM (Marxist Leninist)* ist eine Gruppe, die sich in den späten 60er und 70er Jahren von den Naxaliten abgespalten hat. Allerdings ist die gesamte Bewegung seit ihren Anfänge in viele Teile aufgesplittert. Die Spaltungen sind noch immer gegenwärtig. Es gibt fast in allen Provinzen linke Splitterparteien und Organisationen, die regelmäßig aktiv sind. Der bewaffnete Volksbefreiungskampf war schon immer am Land stärker spürbar als in den großen Städten. Die seit Jahrhunderten beherrschten Menschen aus den armen Gebieten unterstützen ihn.

Das größte Problem der gesam-

te Bewegung ist ihre starke Zersplitterung. Sie ist aktiv aber in viele Teile gespalten. Außerdem ist die Volksbefreiungsbewegung vor allem in den großen Städten abwesend und in manchen Regionen, wenn sie überhaupt vertreten ist, sehr schwach. In der 60er und 70er Jahre waren die Naxaliten und die KPen sehr aktiv. Manche sind noch immer aktiv, doch einige haben aufgehört sich am Kampf zu beteiligen.

Indische Kommunistische Parteien

Die kommunistischen Parteien wie die CPI, die CPI-M oder die AIFB, die institutionelle Politik betreiben, haben in manchen Gebieten so wie in Kerala, Tripura, Uttar Pradesh oder Maharashtra eine starke institutionelle Verankerung. In Westbengalen regiert die CPIM zusammen mit einem aus neun Parteien bestehenden linken Block seit 1977. Die CPIM spaltete sich 1964 aus der CPI wegen Meinungsverschiedenheiten über China und die UdSSR. Heute ist sie eine der mächtigsten Parteien aus dem linken Lager und besteht offiziell aus 818 408 Mitgliedern.

Im Jahr 2004 hat die gesamte Linke bei den Parlamentswahlen 69 Mandate gewonnen. Überhaupt zum ersten Mal in Indiens Geschichte gab es eine richtige dritte Kraft. Die CPI ist die älteste kommunistische Partei Indiens und wurde 1920 in der UdSSR gegründet. Die CPI hat in Westbengalen, in Kerala und in manchen anderen Städten starken Einfluss bei den Wahlen. 1957 gewann die CPI in Kerala als erste kommunistische Partei auf der Erde in einem westlich

ausgerichteten Land. Vom Stadtbild her ist Kerala auch heute noch eine der linken Städte Indiens.

Allerdings haben die Führungen der Kommunisten, so wie etwa die CPIM, ihre revolutionäre Perspektive aufgegeben und betreiben heute eine reformistische und auch teilweise liberale Politik. Seit Jahrzehnte haben die Maoisten und die Marxisten-Leninisten (ehemalige pro-Moskauer) Meinungsverschiedenheit wegen des reformistischen Kurses und ihrer Orientierung auf institutionelle Politik. Die Naxaliten lehnen institutionelle Politik ab. Aber weil sich in den letzten Monaten die PWG und die MCC zusammengeschlossen haben um sowohl eine neue legale Partei als auch eine bewaffnete maoistische Organisation zu gründen, ist klar, dass es auch im linken Lager eine dritte Kraft geben wird. CPIM und CPI haben darauf nicht reagiert.

Die *Bharatiya Janata Party* (BJP), die radikalen Hinduisten, hat für ihre Wahlpropaganda im Jahr 2004 den Slogan "I let my India shine" verwendet. Was für eine Farce angesichts der tiefen Armut und des Elends, in dem die Volksmassen in Indien leben! Zum ersten Mal in der Geschichte haben die KPen mit ihrem Erzfeind, der *Kongress-Partei*, zusammengearbeitet um die BJP von der Bühne zu werfen. Das ist ihnen gelungen und damit haben die Kommunisten gezeigt, dass sie in der Lage sind alles zu tun um die Faschisten zu bekämpfen. Außerdem hat man ihnen Machtpolitik vorgeworfen. Doch sie haben durch die Absagung von Regierungsbeteiligung bewiesen, dass dieser Vorwurf falsch ist. Auch in den

kommunistischen Hochburgen bewegt sich etwas. Es wird dort nicht nur institutionelle Politik betrieben, sondern auch eine Vielzahl von Demonstrationen, politischen und kulturellen Veranstaltungen abgehalten.

Schlusswort

Bis 2050 wird Indien von der Menschendichte her China überholt haben und das bevölkerungsreichste Land der Welt sein. Wie die BJP-Faschisten oder die herrschende *Kongress-Partei*, die so stolz auf ihre Demokratie nach westlichem Vorbild sind, diese Demokratie in den Dienst des Volkes stellen werden, scheint doch sehr unklar zu sein. In westlichen Ländern sind indische Techniker sehr begehrt, ein Großteil der T-Shirts und Hosen hier im Westen kommen aus Indiens Niedriglohn-Nähereien, in denen minderjährige Kinder täglich 15 bis 17 Stunden arbeiten müssen. Auch wenn es von ferne aussieht, dass es Verbesserungen geben würde, ist das in Wahrheit nicht so. In den Armenvierteln verändert sich kaum etwas. Dort gibt es weder Schulen noch Krankenhäuser. Die Menschen leben in tiefer Armut. Aber daneben werden die Leistungen Indiens in den Nischenbereichen der globalisierten Ökonomie Tag für Tag stärker.

Mit Hilfe der neuen Technologie besitzt Indien heute verschiedene Vernichtungswaffen und Bomben, während es kein Geld für Straßenkinder, Hungernde, Obdachlose, Schulen und Krankenhäuser ausgibt. Die Menschen wissen nicht einmal auf wessen Boden und in welchem Zeitalter sie leben und was das Wort Demokratie bedeutet. Der Krieg in Kashmir wurde und wird noch immer mit dem Geld der Zivilbevölkerung bezahlt.

Ob die Linke sich in einer solchen Situation bewaffnen oder in den Institutionen arbeiten sollte, ist nicht eindeutig zu beantworten, aber gleichwohl geht der Kampf um bessere Lebensbedingungen, Freiheit, Demokratie, Eigenständigkeit und Menschenrechte, der seit Jahrzehnte geführt wird, weiter.

Alin Kalam

Alin Kalam stammt aus Bangladesh und lebt in Wien. Er ist aktives Mitglied des Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums.



Al-Mahsum

Checkpoint –

Die Geister der Vergangenheit tauchen auf

Seit 1991 überziehen die Checkpoints der israelischen Besatzungsmacht die besetzten Gebiete als Instrumente der Macht und Kontrolle über die Palästinenser, der täglichen Schikane und Demütigung und oft auch als Orte des Todes. Es ist nicht so, dass dies in Israel nicht bekannt wäre. Für israelische und ausländische Friedensaktivisten ist die Anwesenheit bei den Checkpoints Teil ihrer Arbeit, um Übergriffe der Soldaten zu verhindern oder zumindest zu dokumentieren. Die israelische Öffentlichkeit erfährt von Palästinensern, die sterben, weil Ambulanzen nicht durchkommen. Sie erfährt von Männern, die erschossen werden, weil sie an Checkpoints durchwollen, die für Männer bis dreißig Jahren gesperrt sind. Die israelische Öffentlichkeit bleibt weitgehend unberührt.

Als sie jedoch die Bilder von Wissam Tayem, einem palästinensischen Musiker, erreichen, ist sie erschüttert. Wissam Tayem war auf dem Weg zum Musikunterricht in der Nähe von Nablus, als ihm von Soldaten am Checkpoint befohlen wurde, doch „etwas Trauriges zu spielen“. Er spielte, während sich die Soldaten über ihn lustig machten.

Die Videoaufnahmen führten zu heftigen Reaktionen in Israel. Aber es ging nicht um Wissam Tayem als Opfer. Was an der Demütigung des Palästinensers so tief irritierte, war,

dass sie den Blickwinkel auf das jüdische Leiden der Vergangenheit und die Konsequenzen daraus verändern könnte. Uri Orbach im Armeesender fand den Vorfall schockierend, weil er in beunruhigender Weise die Erinnerungen an jüdische Musiker weckte, die die Hintergrundmusik zum Massenmord an den Juden spielen mussten. Orbach erinnerte an das Vernichtungslager Majdanek.

Yoram Kaniuk, der selbst ein Buch über einen jüdischen Geiger geschrieben hat, der gezwungen worden war für einen Kommandanten im Konzentrationslager zu spielen, forderte die Bestrafung der verantwortlichen Soldaten „nicht wegen der Erniedrigung der Araber sondern weil der Holocaust entehrt wurde.“ Weiters schrieb er: „Dieser Vorfall ist herausragend unter all den schrecklichen Dingen, die an den Straßensperren passieren. Er ist es deshalb, weil er die Möglichkeit der Existenz Israels als jüdischer Staat negiert. Wenn die Militärs diese Soldaten nicht vor ein Militärgericht stellen, dann haben wir das moralische Recht verspielt, von uns selber als von dem Staat zu sprechen, der aus dem Holocaust hervorgegangen ist. ... Wenn wir zulassen, dass jüdische Soldaten einen arabischen Geiger an einer Straßensperre missbrauchen, dann sind wir am tiefsten moralischen Punkt angekommen. Die Berechtigung für unsere Existenz in dieser arabischen Region war und ist unser Leiden, sind die jüdischen Geiger in den Konzentrationslagern.“

Elisabeth Lindner-Riegler

Quelle: *The Guardian*, 29. November 2004



Mangelernährung unter irakischen Kindern steigt

Laut einer norwegischen Forschungsgruppe des *Fafo Institute for Applied Social Science* soll sich die Mangelernährung unter irakischen Kindern seit Beginn der Besatzung verdoppelt haben. Galten unter Saddam Hussein etwa vier Prozent der Kinder als unterernährt, so sind es heute an die sieben Prozent in der Altersgruppe von sechs Monaten bis fünf Jahren. Die am meisten betroffenen Gebiete seien der Südwesten des Landes, während die kurdischen Teile eine bessere Ernährungssituation aufwiesen.

Quelle: AP, 23. November 2004



Streik der palästinensischen UNWRA-Mitarbeiter

Am 21. November 2004 wurde ein 40-tägiger Generalstreik der palästinensischen UNWRA-Mitarbeiter beendet. Der Streik hatte zur Folge, dass Schulen, medizinische Kliniken und die Müllabfuhr geschlossen waren. Die Angestellten protestierten gegen die Diskriminierung palästinensischer Mitarbeiter gegenüber ausländischen Angestellten. So verdienen die Einheimischen etwa ein Viertel dessen in einem viermonatlichen Zahlungsmodus, was die ausländischen Mitarbeiter jeden Monat bekommen.

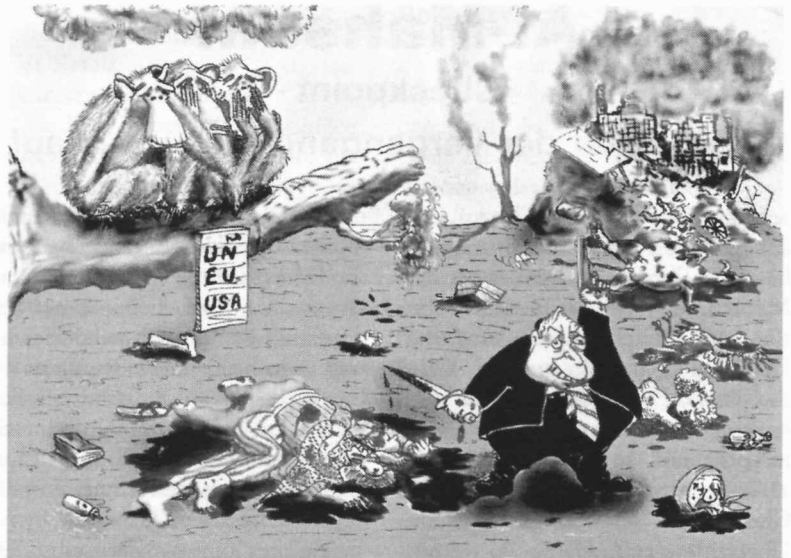
Quelle: balatacamp.net

Israel wird der Menschenrechtsverletzung angeklagt – also fordert Israel die Absetzung des Anklägers

Jean Ziegler, der derzeitige Sonderberichterstatter der UN-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung, hat in seinem letzten Bericht festgestellt, dass 22 Prozent der Kinder in den besetzten Gebieten unterernährt sind und knapp die Hälfte der palästinensischen Familien auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist. Ziegler dokumentiert schwere Verletzungen des Rechts auf Nahrung unter der Besatzungsmacht und verlangt politischen Druck auf Israel, um eine Veränderung herbeizuführen. Laut Ziegler hat die Europäische Union diese Möglichkeit durch das Assoziationsabkommen mit Israel. Dieses Abkommen beinhaltet den Respekt der Menschenrechte als wesentliches Element und Ziegler fordert von der Europäischen Union die Anwendung dieser Klausel des Abkommens.

Israels Reaktion auf den Bericht Zieglers und seine Intervention bei der EU erfolgte umgehend. Itzhak Levanon, Israels Botschafter bei der UN in Genf, erklärt, Ziegler hätte mit seinen Forderungen nach politischen Konsequenzen gegen Israel seinen Kompetenzbereich überschritten. Es wäre nicht das erste Mal, dass er Israel angriff.

Aus diesem Grund fordert Israel von der UN-Menschenrechtskommission das Mandat Zieglers zu beenden. Schon letztes Jahr wurde dies beantragt, als Ziegler einen Bericht über die besetzten Gebiete präsentierte, der Israels Rolle als Besatzungsmacht sehr kritisch beleuchtete.



Dreißig Monate Haft für Generalsekretär von Abna' al-Balad

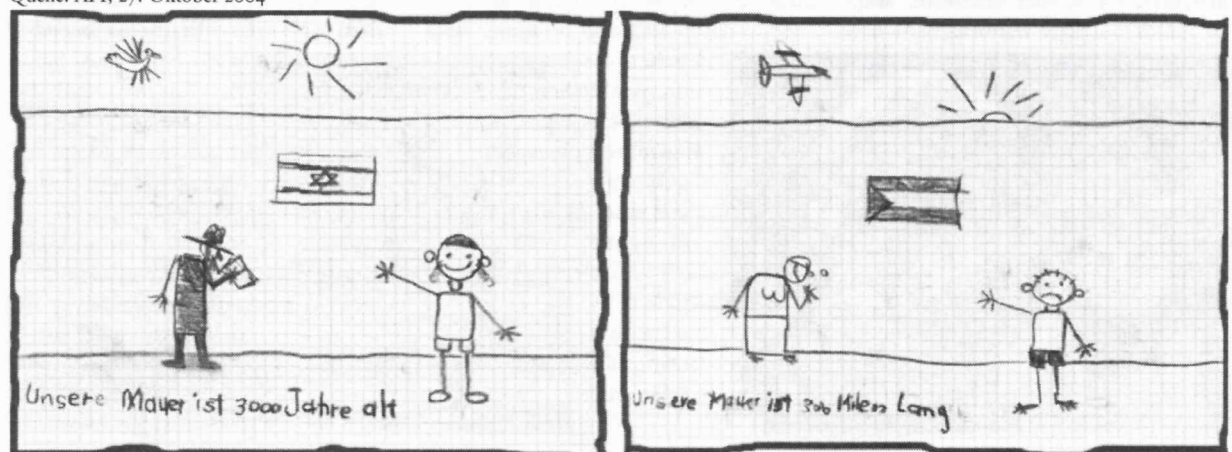
Der Generalsekretär der Bewegung *Abna' al-Balad*, die sich innerhalb des Staates Israel für die Rechte der palästinensischen Bevölkerung und die Errichtung eines demokratischen Staates in ganz Palästina einsetzt, Muhammad Kana'ana, wurde im Oktober 2004 vom Bezirksgericht in Haifa zu dreißig Monaten unbedingter und zwei Jahren bedingter Haft verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte eine Haftstrafe von sechs Jahren beantragt. Die Kana'ana zur Last gelegte Straftat war, dass er sich in Jordanien mit einem angeblichen ausländischen Agenten getroffen hatte. Kana'anas Verteidiger unterstrichen die politische Aktivität ihres Mandaten und die politische Natur seines Zusammentreffens in Jordanien sowie anderer Treffen mit arabischen Aktivisten.

Kana'ana stellte fest, dass seine Haftstrafe der Preis sei, den er für seine politischen Positionen und Aktivitäten sowie die Aktivitäten von *Abna' al-Balad* zu bezahlen hätte. Sie seien Teil der Verfolgung des palästinensischen Volkes und seiner politischen Aktivisten innerhalb der 1948 besetzten Gebiete. Kana'ana unterstrich, dass seine Verurteilung als weiterer Schritt auf einer politischen Linie der Unterdrückung jedweder demokratischen politischen Aktivität in Israel zu betrachten sei.

Zahlreiche Unterstützer Kana'anas wohnten der Urteilsverkündung im Gerichtssaal bei.

Weitere Informationen: www.abnaa-elbalad.org

Quelle: AFR, 27. Oktober 2004



Hungerstreik von palästinensischen inhaftierten Frauen

Am 30. November 2004 besuchte ein Anwalt von *Defence Children International / Palestine Section* (DCI/PS) die Frauenabteilung im Telmond-Gefängnis, wo er mit der palästinensischen Gefangenen Samah Abdallah sprach. Samah erzählte ihm, dass die weiblichen palästinensischen Gefangenen am Sonntag, den 28. November 2004, wie immer hinaus auf das Trainingsfeld gingen. Bevor ihre erlaubte Zeit abgelaufen war, befahl die Gefängnisaufsicht den Frauen und Mädchen in ihre Zellen zurückzukehren. Die Vertreterin der weiblichen palästinensischen Gefangenen, Amna Muna, beschwerte sich bei der Wache, dass es für die Frauen zu früh sei, hineinzugehen. Als Antwort wurde sie von einer Gruppe Gefängniswärter hart geschlagen. Daraufhin wurde sie in eine Bestrafungszelle, einen kalten, leeren Raum ohne Bett, Heizung und natürliches Licht gebracht.

Um gegen die Art und Weise, wie die Gefängnisaufsicht im Allgemeinen mit den palästinensischen Frauen umgeht und gegen die Schläge und die Isolation ihrer Wortführerin im Speziellen zu protestieren, fingen die Frauen zu schreien und brüllen an. Die Wächter reagierten, indem sie mehr Aufsichtspersonal riefen, bewaffnet mit Knüppel, Wasserschläuchen und Tränengas. Sie begannen die Frauen zu schlagen und sie mit Wasser und Tränengas zu besprühen.

Viele Gefangene erlitten Verletzungen. Die Gefängnisbehörde stellte keine medizinische Erste Hilfe bereit. Stattdessen sperrte sie 13 weitere Gefangene in die Bestrafungszellen.

Weitere Maßnahmen erwarteten jene Gefangenen, die in ihre normale Zellen zurückkehrten. Die Aufsicht beschlagnahmte alle elektronischen Geräte und den persönlichen Vorrat an Lebensmitteln und Zigaret-

ten, den die Gefangenen von ihrem eigenen Geld in der Kantine gekauft hatten. Um die schlimmen Lebensbedingungen noch schlimmer zu machen, schütteten Wächter kaltes Wasser über alle persönlichen Sachen der Gefangenen, über ihre Betten und Kleider. Man muss bedenken, dass es Winter ist und die Frauen keine Möglichkeiten zum Trocknen ihrer Sachen hatten, sodass sie gezwungen waren, in kalten, nassen Betten zu schlafen. Die Gefängnisaufsicht schnitt die Elektrizität- und Wasserzufuhr ab.

Die Person, die am meisten erlitten hat, ist Nor, der einjährige Sohn von Manal Ghanem. Er wurde am 10. Oktober 2003 im Gefängnis geboren und war noch nie außerhalb des Telmond-Compound. Nachdem er mit Wasser und Tränengas besprüht wurde, entwickelte Nor eine schlimme Erkältung. Er bekam keine Medikamente.

Samah informierte den DCI/PS-Anwalt auch, dass während der letzten Woche im November 2004 dreißig palästinensische Gefangene vom Ramle- (Neve-Tertze) Frauengefängnis in die Frauenabteilung des Tel-

mond-Compound gebracht wurden. Raumnot war bereits ein Problem, als nur 56 Frauen in Telmond waren. Nun da die Zahl auf 86 angestiegen ist, ist Überbelegung ein ernstes Thema – mit bis zu fünf Gefangenen eingesperrt in einer Zwei-Personen-Zelle.

Die weiblichen Gefangenen in Telmond, unter denen mindestens fünf Frauen unter 18 Jahren sind, haben sich zu einem Hungerstreik entschlossen. Sie protestieren damit gegen die Behandlung, die sie von Seiten der Gefängnisbehörde erlitten, und gegen die schlechten Zustände, in denen sie gehalten werden.

DCI/PS wird die Situation weiterverfolgen und weitere Berichte veröffentlichen, sobald es zusätzliche Informationen über das Wohlbefinden und die Zustände der palästinensischen, weiblichen Gefangenen in Telmond erhält.

*Defence Children International /
Palestine Section*

Für weitere Informationen: www.dci-pal.org
Übersetzung: Franz Bortenschlager



Alltag der Gewalt in Nablus

Erschießung von zwei Jugendlichen in Nablus

Ich sende Euch den Augenzeugenbericht unseres Nachbarn Mahdi, 22 Jahre alt. Er hat unmittelbar den Tod von Muntassir Hadadi, 16, und Amir Banat, 15, mitbekommen.

„Am Abend des 20. November sah ich um 18.45 Uhr in den Fernsehnachrichten, dass Jeeps in die Altstadt gekommen waren. Sie waren in der Market Street, also nur einen Steinwurf von unserem Haus hier entfernt. Mein Freund und ich gingen runter auf die Straße, von wo wir andere Jungs pfeifen und rufen hörten. Wir waren dann im Endeffekt alle zusammen eine Handvoll und sahen zwei Jeeps in etwa 75 Meter Entfernung stehen, einen großen Asisa, einen normal großen Jeep. Wir riefen einige Frechheiten auf Hebräisch in ihre Richtung, keiner von uns warf Steine, keiner hatte auch nur den kleinsten Gegenstand in der Hand. Wir sahen den großen Jeep rund zwei Meter zurücksetzen, der kleinere verringerte ein wenig die Intensität seiner Scheinwerfer. Wir machten Witze und Sprüche. Dann sahen wir einen der Soldaten sein Fenster öffnen und sahen, wie er sein Gewehr auf uns richtete. Er schoss auf uns, gleich darauf checkten wir alle unsere Körper und lachten zuerst. Dann wollten wir uns in eine der Seitengassen, die auf die Straße münden, zurückziehen, da der Jeep auf uns zugefahren kam. Da sahen wir, als wir uns umdrehten, Muntassir auf dem Boden liegen, Blut kam aus seinem Mund. Er war, nachdem er angeschossen worden war, noch einige Meter gegangen, wenn man das so nennen kann. Meine Freunde riefen nach einem Krankenwagen, hoben ihn auf und trugen ihn schreiend davon in Richtung der oben liegenden Straße. Nur ich blieb zurück. Da sah ich rund drei Meter entfernt in der Dunkelheit Amir auf der Erde liegen. Ich dachte, er würde irgendwie simulieren. Ich lief zu ihm und hob ihn hoch. Da sah ich das Blut aus der Wunde aus seinem Hals schießen. Ich lief mit ihm davon, den anderen hinterher. Noch während ich die Gasse hoch lief, hörte und

dann sah ich hinter mir den Jeep auftauchen. Er stoppte ca. dreißig Meter hinter mir, zwei Soldaten stiegen aus und guckten, stiegen wieder ein und fuhren davon. Als ich die Stufen am Ende der Gasse hoch lief, starb Amir in meinen Armen. Ein Wagen hielt neben mir, es war das Auto, in dem schon Muntassir lag. Er lebte noch, starb aber kurz darauf im Krankenhaus. Ich hob Amir hinein. Die beiden waren von einer einzigen Kugel erschossen worden. Der Soldat hatte nur einmal gefeuert.“

Amir war der einzige Sohn seiner Mutter, sein Vater starb ein Jahr nach seiner Geburt. Seine Mutter passte auf ihn auf und sorgte sich um ihn, was immer er auch tat. Mit ihm haben Sameh und ich am Nachmittag noch auf der Straße gesprochen.

Muntassir hatte sich noch am Nachmittag mit Sameh unterhalten und ihm erzählt, dass er nächstes Jahr die Schule beenden und dann an der Uni studieren wolle.

Ich versuche derzeit relativ krampfhaft den Artikel zu finden, den die israelische Zeitung *Ha'aretz* am nächsten Tag über die Geschehnisse veröffentlicht hat. Es ist darin die Rede von einem bewaffneten Palästinenser, den die Israelis in der Altstadt von Nablus erschossen haben, einen zweiten Kämpfer kurz danach.

Tatsächlich konnte zweieinhalb Wochen danach eine Richtigstellung in der Zeitung *Ha'aretz* publiziert werden. Dort war nicht mehr von zwei bewaffneten Kämpfern die Rede, sondern zwei Jugendlichen die mit nur einer Kugel getötet wurden.

Siedlerattacke in Salem bei Nablus, 3. Oktober 2004

Sail Mustafa Ahdad, ein 47-jähriger Taxifahrer aus Salem wurde vor drei Tagen von einem Siedler aus der nahe gelegenen israelischen Siedlung Alon More getötet. Der folgende Bericht

gibt wieder, was einer der Augenzeugen miterlebt und uns heute geschildert hat.

„Sail Mustafa Ahdad ist ein angesehener und geschätzter Mann aus unserem Dorf. Er war verheiratet und hat sechs Kinder, zwei sind blind. Er war Taxifahrer und verdiente so sein Geld, um seine Familie zu ernähren. Er ist nie aufgefallen durch politische Aktivitäten, Extremismus oder Teilnahme am gewaltsamen Widerstand gegen die Besatzung.“

Vor drei Tagen fuhr ich mit ihm und vier anderen Fahrgästen von Nablus in Richtung Beit Dajan. Auf dem Weg mussten wir an einer Stelle eine Straße befahren, die oft von Siedlern benutzt wird, aber keine „klassische“ Siedlerstraße ist. Wir sahen schon aus der Ferne ein rotes Auto am Straßenrand, dessen Fahrer neben seinem Fahrzeug stand ein Siedler. Da die Gegend absolut öd und unbewohnt ist, besprach ich mich kurz mit dem Fahrer und er entschied, den Siedler zu fragen, ob dieser vielleicht Hilfe brauche. Er fuhr langsam heran und als wir rund vier Meter von dem Mann entfernt waren, kurbelte Sail sein Fenster herunter. Das nächste, was passierte war, dass der Siedler aus ca. zwei Metern Entfernung auf Sail schoss. Die Kugel durchdrang seinen linken Arm und bohrte sich in seine Herzgegend. Er lebte noch einen Augenblick. Während dies geschah, hatte er noch seinen Fuß auf dem Gaspedal, das Auto fuhr also noch langsam weiter. Es gelang mir, das Auto zum Stehen zu bringen. Wir waren alle aufgebracht, ich verließ das Auto und sprach den Siedler an. Ich bat ihn, einen Krankenwagen zu bestellen, der Mann müsse sonst sterben und er hätte sicherlich ein Handy. Alles was der Mann zu mir sagte war: „Ich hoffe, dass er sterben wird. Das war meine Absicht und seine Bestimmung.“ Er stieg dann in sein Auto und fuhr weg. Gleich danach kam ein Siedlerkleinbus, der, wie der Mann, in Richtung Siedlung unterwegs war. Ich nö-

Zur Durchführung einer Irak-Konferenz in Deutschland Anfang 2005

Trotz fürchterlicher Lebensbedingungen und anhaltender Verbrechen durch die Invasoren ging das Engagement gegen Krieg und Besetzung im Irak und die Solidarität mit der geschundenen Bevölkerung nach Beginn der Invasion stark zurück. Ein Grund dafür ist die Verharmlosung der Besatzungsrealität in den Medien. Ein anderer ist die Sorge, damit auch einen gewaltsamen Widerstand zu unterstützen, der vor Bombenanschlägen auf Zivilisten, Selbst-

tigte den Fahrer anzuhalten, doch es gelang mir nicht wirklich der Widerspruch seiner Fahrgäste war zu groß.

Im Endeffekt haben wir dann Sail auf den Beifahrersitz geschafft und ich habe das Taxi zum Checkpoint gefahren. Die Soldaten dort nötigten uns noch, den inzwischen Verstorbenen in ein anderes Taxi zu schaffen. Ich fuhr ihn dann ins Krankenhaus nach Nablus.“

Die Fortsetzung schilderte uns ein anderer in der Runde anwesender Mann.

„Wir haben natürlich sofort die israelische Polizei informiert, eine halbe Stunde später wird der Siedler verhaftet, nicht ohne sich vorher noch rasiert und umgezogen zu haben. Er leugnete zu Beginn, auch nur annähernd in die Tat verwickelt gewesen zu sein. Da aber alle fünf Augenzeugen einstimmig widersprachen, gestand er dies nachdem man ihn an den Tatort zurückgeführt hatte und er sich dort auffällig verhielt. Er gab aber sogleich an, dass er von dem Taxifahrer bedroht worden war und in Selbstverteidigung gehandelt habe. Der Fahrer hätte ihn sonst getötet.“

Die Polizei nahm ihn daraufhin mit zur Polizeistation in der israelischen Siedlung Ariel, ließ ihn aber kurz darauf frei. Erstens glaubten sie seiner Version der Notwehr, zweitens

mordattentaten, Geiselnahmen usw. nicht zurückzuschrecken scheint und der nach Medienangaben im Wesentlichen aus Anhängern des alten Regimes und radikalen „Islamisten“ getragen wird.

Angesichts der ständigen Eskalation der Gewalt durch die Besatzer wäre eine starke internationale Bewegung gegen die Besetzung dringend nötig. Wir schlagen daher vor, Anfang nächsten Jahres, im Vorfeld der Aktivitäten zum zweiten Jahrestag des Krieges, eine Irak-Konferenz durchzuführen, die sich u.a. mit folgenden Themen beschäftigen sollte:

- Die Besatzungsrealität: soziale Bedingungen, Verstöße gegen Besatzungsrecht, Terror der Besatzungstruppen inwieweit ist der Widerstand gegen die Besat-

stünde ein jüdischer Feiertag an und man respektiere mit diesem Akt seine Religiosität.

Arabische Abgeordnete der israelischen Knesset legten Widerspruch gegen seine Freilassung ein. Es gibt nun eine Anhörung am Montag (4. Oktober 2004), derzeit ist der Mann unter Hausarrest. Sein Name ist übrigens Yashur Yitzhar, er ist allen hier bekannt für seine extreme Brutalität und die hohe Zahl seiner Gewaltverbrechen gegen die Dorfbewohner. Er arbeitet in Israel für eine zionistische Organisation und hat unter anderem die deutsche Staatsbürgerschaft. Außerdem besitzt er die Erlaubnis, eine besondere M-16-Waffe zu tragen, die ausschließlich für geplante Angriffe und nicht zur Selbstverteidigung benutzt werden. Das Geschoss, welches er benutzte, ist das bekannte und grundsätzlich tödlich wirkende Dumdum-Geschoss. Es tritt mit einem kleinen Radius in den Körper ein und explodiert dann innerlich.“

Hanan No-Shi

Hanan No-Shi ist derzeit als Aktivistin des ISM in Nablus, Palästina, und veröffentlicht regelmäßig Berichte über den Alltag in den besetzten Gebieten. Mehr unter: www.antiimperialista.org

zung durch internationales Recht legitimiert, wo sind die Grenzen zum Terror?

- Wie setzt sich dieser Widerstand zusammen, wie stark ist der Anteil ausländischer „Islamisten“, was ist über die Urheberschaft von Geiselnahmen, Anschlägen auf Zivilisten, Hilfsorganisationen, etc. bekannt?
- Die Interessen der USA und Israels im Irak und in der Region
- Die deutsche Komplizenschaft;
- Antiislamismus in Europa / in den westlichen Medien;
- Welche Aufgaben ergeben sich für die deutsche bzw. internationale Antikriegsbewegung, welche Möglichkeiten der internationalen Solidarität?
- Ein zentrales Anliegen für uns ist es, soweit möglich, Vertreter wichtiger irakischer Strömungen selbst zu Wort kommen zu lassen.

Darüber hinaus möchten wir auf der Konferenz auch die internationale Bedeutung des Kampfes der Iraker gegen Besetzung und Rekolonialisierung verdeutlichen, sowie den Zusammenhang dieses Kampfes mit dem Kampf gegen die neoliberale Globalisierung allgemein, auf den führende Köpfe dieser Bewegung wie Arundhati Roy und Walden Bello immer wieder hinweisen.

„Der irakische Widerstand kämpft auf der Frontlinie des Kampfes gegen das Imperium. Und daher ist dieser Kampf unser Kampf.“ A. Roy

Die Idee zur Durchführung der Konferenz wurde am 9. November 2004 von folgenden Personen initiiert:

*Markus Bernhardt
Joachim Guilliard
Klaus Hartmann
Bernd Klage
Klaus v. Raussendorff
Prof. Dr. Wolfgang Richter
Elmar Schmähling
Helmut Semmelmann
Elisabeth Schneider
Dimitri Tsalos*

Nähere Informationen demnächst auf www.freeiraq.de

Risse in der Mauer

Solidaritätsreise nach Palästina

Im September 2000 brach die zweite Intifada, ein neuerlicher Aufstand der palästinensischen Bevölkerung gegen die israelische Besatzung, aus. Auslöser war eine Provokation des heutigen israelischen Premierministers Ariel Sharon. Der Unmut der palästinensischen Bevölkerung entlud sich gegen die leeren Versprechungen der Oslo-Verträge, die sich als Schall und Rauch herausgestellt hatten.

Seit damals hat sich die Situation in Palästina zusehends verschärft. Tausende Tote und Zehntausende Verletzte sind zu beklagen. Ausgangssperren, Ausnahmezustand, Häuserzerstörungen, Vernichtung von Schulen und Krankenhäusern, Ackerland und Plantagen sind an der Tagesordnung. Andererseits setzt der nicht nachlassende Widerstand des palästinensischen Volkes die israelische Regierung zusehends unter Druck.

In Europa ist hingegen eine schleichende Entsolidarisierung der öffentlichen Meinung mit dem Befreiungskampf der palästinensischen Bevölkerung zu bemerken. Lippenbekenntnisse der europäischen Regierungen an die Adresse Israels, sich militärisch zu mäßigen, stehen beste diplomatische Beziehungen einschließlich lukrativer Waffengeschäfte mit Israel gegenüber. Der legitime palästinensische Widerstand jedoch wird medial und politisch immer mehr als unmotivierter blutrünstiger Terrorismus bezeichnet, insbesondere seit das US-Regime im Gefolge der Anschläge vom 11. September 2001 den internationalen „Krieg gegen den Terror“ ausgerufen hat. Dabei sind es Bushs Krieg und Sharons Offensive, sind es die Besatzung in Palästina wie im Irak, die Terror für die Bevölkerungen des Nahen Ostens bedeuten. Der ungleiche Kampf des palästinensischen Volkes, so wie jener des irakischen, gegen den übermächtigen Feind, die Tatsache, dass trotz des exorbitanten Kräfteungleichgewichts der Widerstand nicht zum Er-

liegen gebracht werden kann, bedeutet jedoch Hoffnung und Zuversicht nicht nur für die Palästinenserinnen und Palästinenser, sondern für alle in dieser Weltordnung unterdrückten Völker.

Der Tod von Yassir Arafat, historischer Führer der palästinensischen Befreiungsbewegung und Vorsitzender der palästinensischen Autonomiebehörde, hinterlässt ein Machtvakuum. Es besteht die Gefahr, dass diese Situation der Ungewissheit vom israelischen Regime dazu genutzt werden könnte eine Generaloffensive gegen den palästinensischen Widerstand durchzuführen, um diesen nicht nur seiner Köpfe zu berauben, sondern ihn vollends und physisch zu vernichten.

Das palästinensische Volk braucht angesichts der permanenten militärischen Aggression gegen seine Lebensgrundlage sowie der medialen und politischen Offensive gegen seinen Befreiungskampf dringend unsere Unterstützung. Es gilt, angesichts der Situation des permanenten Krieges und insbesondere vor dem Hintergrund einer möglichen militärischen Offensive nach Arafats Tod unsere politische Solidarität mit dem palästinensischen Widerstand mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck zu bringen. Die antiimperialistische und demokratische Bewegung ist aufgerufen das palästinensische Volk, sein phy-

sisches Überleben und seinen politischen Widerstandskampf mit Entschlossenheit zu verteidigen.

Vor diesem Hintergrund und mit diesen Zielen wird im August 2005 eine internationale Informations- und Solidaritätsdelegation nach Palästina aufbrechen. Ein Teil des Programms werden Zusammentreffen und Diskussionen mit Vertreterinnen und Vertretern politischer, kultureller und sozialer Organisationen des Widerstandes in den besetzten Gebieten und innerhalb der Grünen Linie sein. Darüber hinaus sind Treffen mit antizionistischen Israelis, die in Israel unter politischer Verfolgung zu leiden haben, geplant. Der zweite Teil der Delegationsreise wird ein Arbeitseinsatz in einer sozialen Einrichtungen in Solidarität mit der Bevölkerung sein. Damit soll den Teilnehmerinnen und Teilnehmern die Möglichkeit gegeben werden, sich ein Bild vom schwierigen Alltagsleben der palästinensischen Bevölkerung unter der Besatzung zu machen und einen Beitrag zur Aufrechterhaltung der palästinensischen Lebensgrundlage zu leisten.

*Österreichisch-Arabisches
Kulturzentrum OKAZ*

Kontakt: contact@okaz.at
oder aik@antiimperialista.org



25. September 2004

Aktionstag gegen die Besatzung

Das antiimperialistische Treffen „Mumbai Resistance“, das 2004 parallel zum Weltsozialforum im Januar 2004 in Mumbai, Indien, stattfand, erklärte den 25. September 2004 zum internationalen Aktionstag für den irakischen und palästinensischen Widerstand. In einem Dutzend andere Städte von Bangladesch über Moskau bis Mexiko-Stadt wurde zu Protesten mobilisiert. Im Folgenden einige Berichte.

Wien

Anlässlich des vierten Jahrestages der palästinensischen Intifada versammelte sich am 25. September 2004 ein Bündnis aus österreichischen, arabischen und türkischen Gruppierung in der Nähe des Stephansplatzes, um gegen die Besatzung des Iraks und Palästinas sowie in Unterstützung des Widerstands zu demonstrieren.

Bei der Auftaktkundgebung sprachen vor etwa 250 Menschen Willi Langthaler von der „Antiimperialistischen Koordination“ (AIK), der in seiner Rede betonte, dass Frieden und soziale Gerechtigkeit weltweit nicht ohne den Sturz des amerikanischen Imperiums möglich seien und dass der Palästina-Konflikt nur in einem gemeinsamen, demokratischen Staat aller in Palästina lebender Menschen gelöst werden könne. Des Weiteren sprachen Mohamed Aburous für den *Arabischen Palästina-Club* (APC), Waltraud Schauer als ehemalige menschlicher Schutzschild im Irak sowie Otto Bruckner für die *Kommunistische Initiative zur Erneuerung der KPÖ*. Anschließend gab der libanesische Sänger Moufid Nehme ein kleines Konzert, dessen Höhepunkt das Stück *Muqawama* (dt. Widerstand) war.

Nachdem eine amerikanische Flagge als Symbol für das amerikanische Reich verbrannt wurde, zog man vor die US-Botschaft. Dort sprachen Dr. George Nicola, Vizepräsident der Palästinensischen Gemeinde, so-

wie eine Vertreterin der *Revolutionären Volksbefreiungsfront* (DHKC) aus der Türkei. Die Kundgebung wurde durch eine Vorstellung der Dabka-Tanzgruppe des APC beendet.

Die Demonstration fand unter denkbar schwierigen politischen Bedingungen statt, nachdem der zivilgesellschaftliche Teil der Linken sowie die SP-Muslime die Mobilisierung gespalten hatten und zu einer Separatdemonstration aufriefen. Dabei ging es darum, die antizionistischen und antiimperialistischen Kräfte unter diversen Vorwänden auszuschließen. Diese Pro-Staat-Koalition ist einerseits nicht bereit den Widerstand zu unterstützen, andererseits ist sie Teil der SP-Seilschaften und stützt so indirekt die amerikanische imperiale Architektur.

Doch der Isolationsversuch gelang nicht. Die Veranstalter bilanzieren die Mobilisierung als Lebenszeichen der Antiimperialisten und als Schritt zur Etablierung eines revolutionären Pols außerhalb des amerikanischen Zweiparteisystems (Blau-Schwarz und Rot-Grün).

Antiimperialistische Koordination

Köln

In Köln demonstrierten tausend Menschen gegen die Besatzung in Palästina und im Irak. Im Zentrum der

Demonstration stand der Protest gegen den Bau der Mauer in Palästina. Israel setzt den Bau dieser Mauer fort, obwohl der Internationale Gerichtshof in Den Haag am 9. Juli 2004 entschied, dass die Mauer gegen das Völkerrecht verstößt und abzubauen sei und Israel den betroffenen Palästinenserinnen und Palästinensern Schadensersatz zu leisten habe.

Auf den Kundgebungen am Anfang und Ende der Demonstration am Kölner Dom sprachen unter anderem: die Palästinensische Gemeinde Deutschland-Köln/Bonn, Felicia Langer, israelische Rechtsanwältin, Autorin, Trägerin des Alternativen Nobelpreises, Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des *Deutschen Freidenker-Verbandes* und Dimitri Tsalos, *Solidaritätskomitee Freier Irak*

In den Redebeiträgen und auf zahlreichen Transparenten wurde das Ende der Besatzung in Palästina und im Irak gefordert. Die Bundesregierung und die Europäische Union sollen sofort alle Rüstungsexporte an Israel stoppen und Sanktionen gegen die israelische Apartheidpolitik verhängen. Darüber hinaus wurde die Schließung der US-Basen und des Luftraums in Deutschland für den Krieg und die Besatzung im Irak gefordert.

Die Kölner Demonstration wur-



Freedom Socialist Party, Vancouver, Canada

de von einem breiten Bündnis palästinensischer, deutscher und türkischer Organisationen durchgeführt. Zu diesem bundesweiten Aktionstag gegen Krieg und Besetzung hatte der *Koordinationskreis Stoppt die Mauer in Palästina / Für einen gerechten Frieden in Palästina und Israel* und ein Bündnis von bundesweit über siebzig Organisationen und Gruppen aufgerufen.

Initiativ e. V.

Hamburg

Das *Palästina-Solidaritätsbündnis Hamburg* organisierte anlässlich des vierten Jahrestags der Intifada eine Kundgebung mit Kulturprogramm gegenüber vom S-Bahnhof Sternschanze. Die Kundgebung wurde durch einen von der Palästina AG von ATTAC organisierten „wandelnden Infostand“ mit Transparenten und Plakaten vom HH-Hauptbahnhof durch die Innenstadt bis zur Sternschanze ergänzt, an der sich Mitglieder des *AK Süd-Nord* aus Bremen und andere beteiligten.

Durch die Verteilung von Flugblättern in der unmittelbaren Umgebung und im Schanzenviertel und durch den „wandelnden Infostand“ in der Innenstadt wurden viel mehr Menschen erreicht als nur die Besucher der Kundgebung. In den Redebeiträgen auf der Kundgebung erinnerten wir an die Gründe für den Ausbruch der zweiten Intifada und berichteten von der israelischen Siedlungspolitik und der Lage der palästinensischen politischen Gefangenen. Der *Deutsch-Palästinensische Frauenverein* machte auf die Lage und den Widerstand der Frauen und Kinder in den besetzten Gebieten aufmerksam. Wir erinnerten an das Massaker in der Nacht zum 18. September 1982 in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im Libanon, aber auch an die Militärputsche im September 1973 in Chile und im September 1980 in der Türkei. Der *AK Süd-Nord* sprach zur Lage und US-amerikanischen Besetzung im Irak, die Volkswiderstandsbewegung zur internationalen Solidarität und ein Vertreter von IPPNW zum kürzlich

erfolgten Besuch einer Delegation in Palästina.

Das Kulturprogramm umfasste: internationale Musik von den *Pepperonis*, die regelmäßig auf den HH Montagsdemos spielen, Dabka von einer Jugendtanzgruppe aus Bremen, die auch einige Gedichte von Mah-

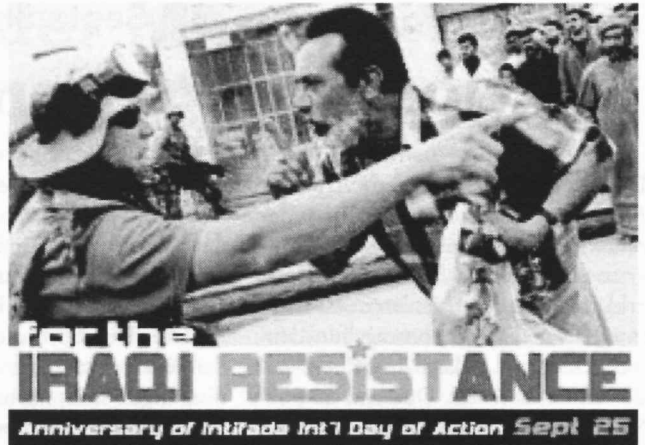
munud Darwish vortrug, palästinensische Musik von Mitgliedern der Gruppe *Samara* und RAP von bekannten Hamburger Rappern.

*Palästina-Solidaritätsbündnis
Hamburg*

Italien

Als *Komitee „Freier Irak“ Italien* ziehen wir eine positive Bilanz unserer Aktivitäten zu diesem Datum. Dabei muss man schwierige Rahmenbedingungen bedenken, die von einem Rückgang der Bewegung gegen den Krieg, einer „Antiterrorkampagne“ von Opposition und Regierung, einer kraftvollen Medienoffensive, um dem Widerstand wieder das Etikett „barbarischer Terrorismus“ umzuhängen und alle Unterstützer zu kriminalisieren, einer repressiven Hexenjagd, die in den letzten Monaten für zahlreiche Antiimperialisten zu polizeilichen Untersuchungen oder Gefängnis geführt hat und schließlich einer neuen Wendung von *Rifondazione Comunista*, welche die Forderung nach dem Rückzug der italienischen Truppen zurückgezogen hat, gekennzeichnet ist.

Trotz dieser Schwierigkeiten fanden in Italien vier Mobilisierungen in Unterstützung des Widerstands statt, was von der Regimepresse auch als „skandalös“ gebrandmarkt wurde. In Perugia demonstrierten fünfhundert Personen, ruhig und kämpferisch, obwohl das Verbot der Demonstration erst kurz zuvor aufgehoben worden war – und hunderte Jugendliche



kamen trotz sibirischer Kälte zum abendlichen Konzert.

Rifondazione Comunista organisierte am selben Tag eine Demonstration. Sie war wenig besucht und der Parteiführung ist nicht gelungen die Stimmen zu unterdrücken, die zur Unterstützung des irakischen Widerstandes aufgerufen haben.

Komitee Iraq Libero

Kundgebung: Stoppt das Massaker im Irak

Am 20. November 2004 versammelten sich hundert Menschen in der Duisburger Innenstadt, um gegen das Massaker im Irak zu protestieren. *Initiativ e. V.*, der Menschenrechtsverein HDR, die Migrantenorganisation ATIF und das *Friedenforum Duisburg* wiesen in ihren Redebeiträgen auf die nach wie vor katastrophale Lage in Falluja hin und forderten den sofortigen Abzug der US-geführten Truppen aus der Golfregion. Unterstrichen wurde die Notwendigkeit der Solidarität mit dem Kampf des irakischen und palästinensischen Volkes um Selbstbestimmung. Im Redebeitrag des *Initiativ e. V.* wurde darüber hinaus an die Entführung des irakischen Besatzungsgegners Abduljabbar al-Kubaysi erinnert und seine sofortige Freilassung verlangt, ebenso wie die Freilassung aller politischen und religiösen Gefangenen im Irak, in Palästina und weltweit.

*Initiativ e. V., Duisburg
20. November 2004*

Demonstration in Wien gegen das anhaltende Massaker im Irak

150 Menschen demonstrierten am 26. November in Wien gegen das weiterhin anhaltende Massaker im Irak, welches von den Besatzungstruppen in Vorbereitung auf die ersten „freien Wahlen“ in Falluja begangen wurde.

In einem ersten Redebeitrag wies Hans Mikosch, Redner der *Kommunistischen Initiative zur Erneuerung der KPÖ*, auf die Dynamik des Krieges hin und auf die Gefahr, die von den so genannten „Kampfgruppen“, an welchen sich auch österreichische Truppen beteiligen werden, ausgeht. Er verdeutlichte, dass der Krieg nicht fern von der europäischen Realität passiert, sondern von dieser wesentlich mitgetragen wird. In Österreich auch gegen die verfassungsmäßige Neutralität.

Die Redner des *ArbeiterInnenstandpunkts* und der *Antiimperialistischen Koordination* strichen die

Bedeutung der Solidarität mit dem Widerstand im Irak hervor. Die Mobilisierung gegen faschistoide Tendenzen, so der Sprecher des Ast, muss konsequenter Weise die Mobilisierung gegen den Krieg im Irak, in Unterstützung des irakischen Widerstands, beinhalten.

Der Sprecher der *Antiimperialistischen Koordination* wies darüber hinaus auf die Entführung des irakischen Besatzungsgegners Abduljabbar al-Kubaysi hin. Diese ist symptomatisch für den Umgang der Besatzungsmächte und des ihnen verbundenen Kollaborationsregimes mit politischen Gegnern. Die Entführung

gen von Sprechern des Widerstandes sind eine weitere Taktik um „geordnete Wahlen“ vorzubereiten. Es wurde seine sofortige Freilassung verlangt, ebenso wie die Freilassung aller politischen Gefangenen im Irak, in Palästina und weltweit.

Vor der US-Botschaft richteten zwei lateinamerikanische Aktivisten aus Venezuela und Chile ihre Solidaritätsworte an das irakische Volk: Gegen die ungerechte Besatzung und eine Besatzungspolitik des systematischen Bruchs der Menschenrechte ist Widerstand legitim und gerecht.

Antiimperialistische Koordination

Wien

27. November 2004

Für den Boykott des anglo-amerikanischen Marionettentheaters!

Aufruf zu einer Kundgebung am 30. Januar 2005

Die USA begannen den Krieg im Irak mit der Lüge dem irakischen Volk „Demokratie“ zu bringen, und die Welt vor den Massenvernichtungswaffen des Irak zu sichern.

Ein Land, in dem ein Großteil andersfarbiger und sozial schlechter gestellten Personen bei den Präsidentschaftswahlen ihr Stimmrecht vorenthalten wurde. Ein Land welches eine lange Tradition der Kollaboration und Unterstützung von Diktaturen in der ganzen Welt hat. Ein Land, in welchem nach Schätzungen hundertausend EinwohnerInnen 757 inhaftiert sind und als sozialer „Problemfaktor“ weggesperrt werden. Ein Land, das an mehreren Orten der Welt Gefängnisse unterhält – so auch in Guantánamo –, in denen Gefangene ohne jede rechtliche Grundlage und unter unan-

gemessenen Haftbedingungen und Mißbrauch festgehalten werden.

Dieser amerikanischen „Demokratie“ wird auch die irakische Bevölkerung unterworfen.

Seit Ende des Krieges sind mehr als hunderttausend Menschen im Irak ums Leben gekommen. Alleine das zur Vorbereitung der für 30.1. angesetzten „Wahlen“ veranstaltete Massaker in Falluja hat die Lebensgrundlage der dortigen Bevölkerung gänzlich zerstört und tausende Zivilisten das Leben gekostet: Die EinwohnerInnen der belagerten Stadt wurden von der Versorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln abgeschnitten, die medizinische Versorgung wurde unterbunden. Sie wurden mit Flugzeugen, Hubschraubern und schwerer Artillerie bombardiert und rund fünfzigtausend Gebäu-

de wurden zerstört, häufig über den Köpfen der Bewohner. Die US-Truppen nutzten die absolute Übermacht ihrer Militärmaschinerie. Wo immer sie auf Widerstand stießen, zogen sie sich zurück und forderten die Unterstützung der Luftwaffe an. Die USA schreckten auch nicht davor zurück, Phosphor und Napalm einzusetzen.

Bereits vor Wochen wurde bekanntgegeben, dass jene Regionen, in denen der Widerstand am stärksten ist, von den geplanten Wahlen ausgeschlossen werden sollen.

Weitere zehntausend sind in den Gefängnissen der Besatzungsmacht verschwunden. Abu Ghuraib ist nur eines der Foltergefängnisse, die das wahre Gesicht der anglo-amerikanischen Demokratie aufzeigen. Von rund zehntausend der Inhaftierten fehlt jede Spur. Sie wurden als poli-

tische Gegner der Besatzungsmächte entführt und gelten seither als verschwunden. Nicht einmal das Rote Kreuz konnte über ihr Verbleiben Informationen bekommen.

Die USA führen im Irak nicht nur einen schmutzigen kolonialen Krieg, sie haben über das Land ein diktatorisches Militärregime errichtet. Ein großer Teil der irakischen Bevölkerung ist von vornherein von den sogenannten „freien Wahlen“ ausgeschlossen, welche dem irakischen Marionettenregime Legitimität verschaffen soll und den Irak den westlichen Hegemoniebestreben und Kapitalinteressen gänzlich unterordnen soll.

Allen demokratisch denkenden Menschen muss klar sein, dass freie Wahlen unter den Bedingungen der Besatzung nicht möglich sind. Solche Wahlen können niemals frei sein! Der einzige Weg zu Demokratie im Irak ist der komplette Rückzug aller amerikanischen und anderer imperialistischer Truppen. Erst wenn das Recht des irakischen Volkes auf Selbstbestimmung gewährleistet ist, wird eine wirklich freie Wahl unter Einschluss der irakischen Bevölkerung möglich sein. Die Bedingungen dafür liefert der Widerstand der irakischen Bevölkerung gegen die Besatzung.

Wir fordern daher den Boykott der amerikanischen Wahlfarce!

Solidarität mit dem Widerstand – Für das Recht auf Selbstbestimmung!

*Antiimperialistische Koordination
20. Dezember 2004*

Stoppt das Massaker im Irak!

Für einen internationalen Aktionstag am 19. März 2005, Jahrestag des Angriffs auf den Irak

Um den Boden zur Inszenierung der Wahlen zu bereiten haben die anglo-amerikanischen Besatzungstruppen ein neues genozid-ähnliches Massaker verübt. Sie bestrafte die Widerstand leistende Stadt Falluja, indem jegliche Versorgung unterbunden, die Stadt selbst dem Erdboden gleich gemacht und unter Verwendung von Phosphor und Napalm Zehntausende von Zivilisten getötet wurden.

Dieses Verbrechen gegen die Menschlichkeit sollte ein klares Signal an das irakische Volk richten: Wir warnen euch mit einem neuen Dresden – wenn ihr euren Widerstand gegen die Besatzung fortsetzt, werdet ihr durch ein richtiggehendes Hiroshima ausgelöscht werden!

Die von den Besatzern inszenierten Wahlen sind also eine Erpressung. Wer immer die Demokratie amerikanischen Typs nicht akzeptiert, wird in Foltergefängnissen misshandelt oder getötet. So zum Beispiel Abduljabbar al-Kubaysi, der es sich zum Ziel gesetzt hatte eine politische Front des Widerstands aufzubauen. Er wurde von der amerikanischen Armee entführt und ist seither verschwunden. Freie und demokratische Wahlen sind nur möglich nachdem die Besatzungstruppen den Irak verlassen haben. Deshalb müssen die inszenierten Wahlen boykottiert werden.

Wir rufen alle demokratischen und antifaschistischen Menschen dazu auf, das Recht auf Widerstand und Selbstbestimmung des unterdrückten irakischen Volkes zu verteidigen. Der zweite Jahrestag der Aggression gegen den Irak am 19. März soll ein internationaler Protesttag für den Abzug der Besatzungstruppen werden. Auf dieser gemeinsamen Plattform müssen wir uns zusammenschließen.

Als Antiimperialisten und Antiimperialistinnen müssen wir aber einen entscheidenden Schritt weiter gehen: Wir unterstützen den Kampf der Verdammten dieser Erde gegen das aufkommende amerikanische Reich, welches sich als von Gott auserwählt wähnt. Mit der göttlichen Mission beauftragt einen neuen Kreuzzug zu führen, lancierten die USA ihren präventiven permanenten Krieg um jeglichen Widerstand im Keim zu ersticken und die reinen Werte des Kapitalismus zu verbreiten. Um dieser Bedrohung entgegenzustehen müssen wir den Widerstand des irakischen Volks unterstützen, ebenso wie wir den antiimperialistischen Kampf des palästinensischen und venezolanischen Volkes als Teil einer globalen Befreiungsbewegung unterstützen. Nur gemeinsam wird es uns gelingen das amerikanische Imperium im Kampf um Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit zu schlagen.

Stoppt die Besatzung in Irak und Palästina!

Nein zur amerikanischen Wahlfarce – Freiheit für alle politischen und Kriegsgefangenen!

Nieder mit dem amerikanischen Krieg und Reich!

Unterstützt den irakischen Widerstand!

*Antiimperialistische Koordination
5. Dezember 2004*

„Brechen wir das Schweigen über das Hiroshima im Irak“

Kongress in Unterstützung des irakischen Widerstands in Florenz

„Heute Widerstand leisten um morgen zu existieren. Gründe und Perspektiven der Unterstützung für den Kampf des irakischen Volkes um Freiheit und Selbstbestimmung“. Das war das Thema der nationalen Konvention, die am 27. November in Florenz, Italien, stattfand. Die Zusammenkunft gedachte den Märtyrern der Stadt Falluja, den 80 000 irakischen Gefangenen, die sich unter den Besatzungsmächten in Haft befinden, sowie den vielen Verschwun-

denen, zu denen auch Abduljabbar al-Kubaysi, der Generalsekretär der *Irakischen Patriotischen Allianz*, zählt.

Falluja ist ein neuer Höhepunkt in der Serie der anglo-amerikanischen Aggressionen. Wir haben es mit einem neuen Dresden oder Hiroshima zu tun, das stattfand, nicht nur um den Widerstand niederzuschlagen, sondern auch um das irakische Volk zu terrorisieren und die Völker der Welt von Widerstand und Protest abzuhalten.

Während im Irak die terroristische Troika Bush-Blair-Berlusconi ihr Ziel verfehlte, hat ihr Feldzug in der westlichen Festung, vor allem in Italien, verheerende Auswirkungen gehabt. In Falluja wurden tausende Zivilisten getötet, in Italien richtete sich der Angriff gegen das öffentliche Bewusstsein und die Vernunft. Es gab keine Friedensdemonstrationen gegen die Tötung von irakischen Kindern, keinen Protest gegen die Folter und gegen den völkermörderischen

Fortsetzung auf Seite 36

Polnisches Komitee Freier Irak gegründet

Am 30. November 2004 wurde ein polnisches *Komitee Freier Irak* gegründet, dem unter anderen die PFLS (*Patriotische und Sozialistische Linke Front*), die PSPR (*Polnische Sozialistische Arbeiterpartei*), das *Polnische Antikriegs-Komitee*, die KPP (*Kommunistische Partei Polens*) sowie die PWN angehören. Am 20. November hatten diese Kräfte eine Demonstration gegen die Besetzung des Irak und die Beteiligung der polnischen Armee organisiert.

Im Rahmen der Protestwoche gegen die Verschleppung von Abduljabbar al-Kubaysi, die von den *Komitees Freier Irak* in Italien, Deutschland, Ungarn, Norwegen, Dänemark und Österreich initiiert wurde, fanden in mehreren europäischen Städten Protestveranstaltungen statt.

Sit-in für Abduljabbar al-Kubaysi in Oslo

Am 22. November fand in Oslo, als Teil der internationalen Aktionswoche, eine Protestversammlung vor der amerikanischen Botschaft statt. Saana Mustapha vom *Norwegischen Komitee Freier Irak* verlangte die Freilassung von Abdul Jabbar al-Kubaysi und der anderen politischen Gefangenen. Ebenso verurteilte er den amerikanischen Genozid im Irak.

Danach wurde gemeinsam mit der autonomen Organisation „Hausmania“ eine öffentliche Kundgebung in Anwesenheit von Omar Dhahir vom dänischen Komitee Freier Irak abgehalten. Dhahir betonte die starken revolutionären Traditionen des Irak und zeichnete anhand dieser historischen Beispiele eine Linie zur heutigen Linken und nationalen Befreiungsbewegung, die im Widerstandskampf aktiv ist. Demgegenüber unterstrich er das Scheitern der „offiziellen“ *Irakischen Kommunistischen Partei*. Er forderte in seiner Rede die Unterstützung für den Widerstand ein, unabhängig davon, ob dieser säkular, national oder religiös sei.

Norwegisches Komitee Freier Irak

www.frittirak.blogspot.com

Antimperialistische Konferenz in Pakistan verboten

Die Regierung Pakistans hinderte die *Pakistan Mazdoor Kissan Party* (Pakistanische Arbeiter und Bauernpartei) daran den für den 27. und 28. November 2004 in Lahore geplanten weltweiten *Antimperialistischen Kongress* abzuhalten. Der Kongress hatte sich in erster Linie gegen die militärischen Intervention auf dem indischen Subkontinent und in Asien gerichtet, sprach sich aber gegen alle

imperialistischen Aggressionen wie die gegenwärtige im Irak und in Afghanistan aus.

Während die pakistanischen Behörden den zwei Genossen, die aus Indien anreisen sollten, die Einreise verweigerte, war die Repression gegen die Pakistanische Arbeiter und Bauernpartei voll im Gang. Der Parteisekretär von Lahore wurde des Terrorismus angeklagt, der Parteivorsitzende des Bezirkes Kasur verhaftet. Auch gegen den Vorsitzenden der Studierendenfront der Partei, der *Demokratischen Studentenförderung*, wurde ein Gerichtsverfahren angestrengt.

Die Partei hat beschlossen, alle zur Verfügung stehenden rechtlichen Schritte gegen die Regierung zu benutzen. Sie wird das Höchstgericht von Lahore gegen das faschistische Regime von Diktator Musharaf, der in der Region die Rolle eines imperialistischen Agenten spielt, anrufen.

Alle antiimperialistischen Kräfte sind aufgerufen, ihrem Protest gegen die pakistanische Regierung Ausdruck zu geben. Der antiimperialistische Kongress wird in jedem Fall nachgeholt werden.

Es lebe die Revolution!

Syed Azeem,
Pakistan Mazdoor Kissan Party
1. Dezember 2004

Zum Angriff auf Falluja

Wiener islamische Führungen beim gemeinsamen Ramadan-Essen mit dem CIA

Die ersten Meldungen anonymen Verfassers über ein Abendessen im Hotel SAS in Wien, zu dem die US-Botschaft geladen und an dem islamische Persönlichkeiten teilgenommen hatten, hätte man für üble Gerüchte halten können. Aber die Bestätigung kam durch die Erklärung von Anas Schaqqeh, Vorsitzender der *Islamischen Glaubensgemeinschaft* in Wien, und den Vertretern der *Initiative Moslemischer ÖsterreicherInnen* (IMÖ), darunter der SPÖ-Gemeinderat Omar Rawi, Tarafa Baghajati und Modar Khodscha.

Laut Schaqqeh wurden die Herrschaften von der US-Botschaft zu einem Ramadan-Fastenbrechen am 8. November im Hotel SAS eingeladen. Die Einladung wurde „ausführlich innerhalb der offiziellen islamischen Körperschaft diskutiert“, die zum Schluss kam, dass „eine Ablehnung als Boykott und Unwille zum Dialog mit den USA gesehen werden könnte“. Daher wurde beschlossen, dass man die Einladung akzeptieren sollte, um „eine Dauerfeindschaft zwischen den Moslems und den USA“ zu vermeiden und weil man „nur durch Dialog die Meinungsverschiedenheiten lösen kann“.

Betont schildert Schaqqeh, dass er dort nur eine Dankesrede hielt, in der er aber an die aktuelle Situation im Irak erinnerte und gleich darauf das Hotel verließ, ohne sich am Essen zu beteiligen. Die IMÖ bestätigte in ihrer Stellungnahme, dass Herr Schaqqeh

„nichts gegessen hat“.

In seiner von ihm veröffentlichten Rede spricht Schaqqeh über die „bedauerlichen Ereignisse“ und über Einstimmigkeit in der Frage der Demokratie und der Menschenrechte, jedoch über Meinungsverschiedenheiten über die Methoden, mit denen diese durchzusetzen sind. Er beharrte auf Dialog als Weg und betrachtete die jetzige US-Politik als „inakzeptabel und unverständlich“.

Die IMÖ behauptete ihrerseits in ihrer Erklärung, dass sie als erste die Teilnahme an dieser Feier „abgelehnt“ hatte, und „keinen zum Hingehen ermutigte“ und darauf bestand, „die Teilnehmerzahl möglichst gering zu halten“. Die Teilnahme von Vertretern der IMÖ wird dadurch erklärt, dass sie verhindern wollten, dass nur Unterstützer des Krieges dort anwesend seien. Sie wollten eben „eine klare Botschaft über die Unzufriedenheit der islamischen Gemeinde“ bringen.

Wenn man vom guten Willen und der Naivität der Teilnehmer ausgeht – und einen Augenblick Kollaboration und systematische Arbeit, um einen domestizierten Islam herzustellen, ausschließt – so kann man sich nur darüber wundern, dass sie gerade an dem Tag, an dem die Schlächterei von Falluja lanciert wurde, von „bedauerlichen Ereignissen“ und „Meinungsverschiedenheiten“ sprechen. Sie wollen also verhindern, dass die „Meinungsverschiedenheit“

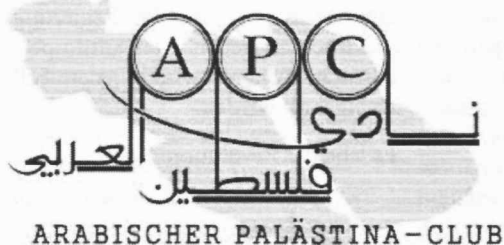
zu „Feindschaft“ wird, was (immer unter Annahme der Naivität) bestenfalls als Realitätsverweigerung zu betrachten ist. Zu naiv ist auch der Glaube, dass sie gerade von der US-Botschaft als Dialogpartner angesehen werden oder dass sie durch einen freundlichen vor-

wurfvollen Diskurs die USA umstimmen würden und dadurch der „Feindschaft“ entgegenwirken könnten. Die Meinung der Mehrheit in der islamischen Gemeinde sowie in den islamischen Ländern ist den USA längst bekannt und sie benötigen keine „klare Botschaft“ der feinen Herren. Für die Veranstalter ist die bloße Teilnahme solcher Persönlichkeiten ein kleiner politischer Sieg, denn diese vertreten dann „den anderen Islam“ bzw. den anderen, jedoch dialogbereiten „Gegner“, der nicht einmal auf die Besatzung und die Massaker eingeht und von Meinungsverschiedenheiten redet.

Man kann aber keine Naivität bei Politikern wie Rawi oder Schaqqeh annehmen, die immerhin im österreichischen Establishment relativ angesehene Positionen erreicht haben. Naiv klang denn auch nicht ihre Ablehnung der Teilnahme an den Solidaritätsaktionen mit dem Widerstand, wobei die Bedingung ihrer Teilnahme immer der Ausschluss antiimperialistischer Kräfte war.

Vielmehr führen diese „Persönlichkeiten“ die alte Rolle der traditionellen Führungen weiter. Sie agieren als Mediatoren zwischen dem Establishment und der Masse. Diese weicht kaum von der Rolle eines arabischen Marionetten-Regimes ab. So fällt auf, dass rhetorische Milde nur gegenüber den amerikanischen Aggressoren angewandt wird. Omar Rawi klang viel entschlossener, als er am 25. September im Namen aller Iraker „den Terror“ verurteilte. Konsequenter waren sie auch beim Ausschließen aller antizionistischen und den Widerstand unterstützenden Kräfte von den Veranstaltungen.

Arabischer Palästina-Club
www.intifada.at



European Social Forum

Zwischen Widerstand und Kooperation

Ein Bericht über die ESF-Konferenz in London
vom 15. bis 17. Oktober 2004

Vom 15. bis 17. Oktober 2004 versammelten sich in London 20 000 Menschen, um die Kräfte, die sich gegen Krieg, gegen die Besetzung des Irak, gegen die EU-Verfassung sowie gegen Neoliberalismus und viele andere wichtige Aspekte aussprechen, zu koordinieren. Dieses Forum hatte eine wichtige Funktion in Hinblick auf die Demonstrationen des 15. Februar 2003 und insbesondere in Hinblick auf die Mobilisierung der Antikriegsbewegung. In Hunderten von Seminaren und Workshops wurden aus den Lagern des Südens und des Nordens Fragen zur Debatte gestellt. Und obwohl die meisten Teilnehmer europäische Intellektuelle waren, wurden der Widerstand im Irak, der „Plan Kolumbien“ oder die Kampagne gegen die neoliberale Verfassung der EU und weitere antiimperialistische Aspekte thematisiert.

Die Hauptaufmerksamkeit jedoch galt den Sponsoren und den offiziellen Mentoren der Konferenz. Das ESF in London hat sich von der finanziellen Unterstützung des Labour-Bürgermeisters Ken Livingstone und der Labour-Gewerkschaften, die die Besetzung des Irak befürworteten, abhängig gemacht. Widerstand gegen die Labour Party als Kriegspartei wurde in die Foren des ESF gebracht, als zweihundert Anarchisten das Plenum von Ken Livingstone am 16. Oktober „stürmten“.

Kollaborateure beim ESF-Treffen

Die wichtigsten Differenzen kamen jedoch in den Seminaren zur Antikriegsbewegung und der Besetzung des Irak zum Vorschein. Das beste Beispiel war die Einladung von Subhi Mushadani von der „Irakischen Gewerkschaftsföderation“, der einzi-

gen „Gewerkschaft“, die von der anglo-amerikanischen Besatzungsmacht anerkannt wird. Mushadani hat sich als „Vertreter“ der Gewerkschaftsbewegung im Irak in Großbritannien vorgestellt und als solcher gesprochen. Dabei hat er kein Wort darüber verloren, wie die US-Besatzer täglich Zivilisten töten und Leben zerstören. Auch die Bombardierung von Falluja war für ihn kein Thema. Mushadani Anliegen war es zu erklären, wie wichtig es sei, dass sich die USA nicht aus dem Irak zurückzögen.

1961 schrieb Frantz Fanon in *Die Verdammten dieser Erde*: „Der Kolonialist und sein Opfer kennen sich seit langer Zeit. Es stimmt, wenn der Kolonialist sagt, dass er ‚sie‘ kenne. Er ist es, der ‚sie‘ erschaffen hat und dieser Prozess geht kontinuierlich weiter. Der Kolonialist findet seine Wahrheit, das heißt, seinen Reichtum in dem System, das er erschaffen hat ...“ (Übersetzung aus der norwegischen Übersetzung des Originaltextes)

Mushadani ist einer von denen, in denen die heutigen Kolonialisten ihre Wahrheit finden. Darum war er auch mit Widerstand konfrontiert. Mehr als tausend Leute versammelten sich, um an der Debatte mit der Forderung zur Beendigung der Besetzung des Irak teilzunehmen. Mushadani war, beschützt von Leibwächtern, ebenfalls anwesend. Als er seine Rede halten wollte, erhoben sich mehr als hundert Teilnehmer und riefen: „Nein zu Kollaborateuren! Schande über dich!“ Mushadani war gezwungen, das Podium zu verlassen.

Vielleicht hätte der Protest anders ausgedrückt werden können. Anstatt das Forum zu sprengen, hätten die Protestierenden es verlassen können, um auf diese Weise ihren fundamentalen Widerspruch zur Führung des

ESF zum Ausdruck zu bringen. Wie dem auch sei, die Verantwortung für den Zwischenfall tragen diejenigen, die den Kollaborateur einluden und nicht diejenigen, die gegen seine Anwesenheit protestierten. Und nicht zuletzt liegt die Verantwortung bei Organisationen wie *Stop the War Coalition in UK*, die Mushadani ablehnen, aber nicht gegen ihn auftraten. Sie beugten sich dem Druck, der von den Labour Gewerkschaften, die Mushadani einluden, ausging. Wir sehen dieselben Tendenzen wie beim *World Social Forum* in Mumbai, wo die großen NGOs, die von Amerika gesponserte *Ford Foundation* und die sozialdemokratische CPI(M) die Stimmen des Widerstands unterdrückten. Wir sehen sie auch in Brasilien, wo das nächste Treffen des *World Social Forum* stattfinden wird, und wo die kolumbianische FARC und andere Befreiungsbewegungen als Teilnehmer nicht akzeptiert werden.

Der unklare Standpunkt des ESF zur Europäischen Verfassung

Es gab gründliche Debatten zur neuen Verfassung der Europäischen Union. In der Schlussresolution des ESF wird der 19. März als internationaler Aktionstag gegen die Verfassung, die am 22. und 23. März 2005 in Brüssel beschlossen werden soll, bestimmt. Aber auch hier versagt das ESF. Das Forum gibt auf die klare Frage, die die Menschen in Europa bewegt, keine Antwort: Ist man für oder gegen den neuen Vorschlag einer Charta für die Europäische Union? Hier zeigt die Führung des ESF erneut, wie sie die sozialen Bewegungen von den wesentlichen Fragen, die die Volksmassen bewegen, abzulenken versucht.

Widerstand in Athen?

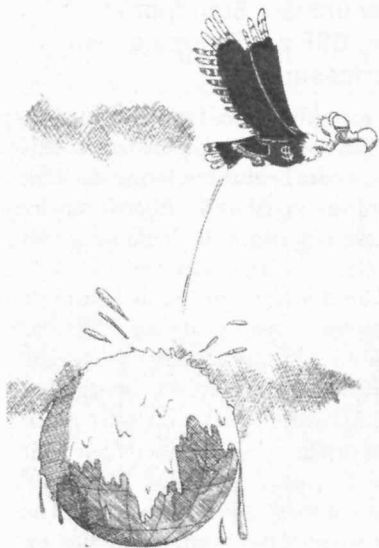
Von vielen wird, teilweise mit guten Gründen, auf die zahlreichen demokratischen Probleme des ESF hingewiesen. Sie sprechen Richtiges an, aber das ist nicht das Hauptproblem. Das Problem ist, dass eine Reihe von Organisationen wie die *Socialist Workers Party / UK* (die als Organisation am ESF Treffen am präsentesten war) nicht die Handlungen folgen lassen, die eigentlich ihren politischen Ansichten entspringen müssten.

Die *Socialist Workers Party* behauptet, den Widerstand zu unterstützen. Die logische Konsequenz daraus wäre, dass man sich nicht in die Abhängigkeit von Organisationen begibt, die die Besetzung befürworten oder zumindest stillschweigend dulden. Was wir aus dem Ganzen lernen müssen ist, dass man den Widerstand unterstützen muss, wenn man gegen die Besetzung des Irak ist.

Das nächste ESF Treffen wird in Athen stattfinden. Dort ist sowohl der Widerstand gegen die EU als auch die Unterstützung von antiimperialistischen Kämpfen wie im Irak stark. Können wir auf Athen als Ort des Widerstands hoffen?

Lars Akerhaug

Der Bericht ist eine Übersetzung aus der norwegischen Monatszeitschrift der Arbeiterkommunistischen Partei Norwegens.



„Globalisierung“

Verfahren gegen Organisator des Berliner „Islamistenkongresses“ eingestellt

Islamfeindlichkeit und antiarabische Hetze in Europa steigt an

Am 18.09.04 wurde Fadi Madi, Hauptorganisator des am 20.09.04 verbotenen Arabisch-Islamischen Kongresses in Berlin, in den Libanon abgeschoben. Begründet wurde dies damit, dass Fadi Madi in der Nähe einer diffusen „strafrechtlich relevanten Vereinigung“ stehe. Um welche Vereinigung es sich dabei handeln soll, wurde nicht genannt – im Gegenteil: Die Berliner Innenbehörde räumte ausdrücklich ein, dass Madi keine Verbindung zu irgendeiner Gewalt anwendenden Organisation nachgewiesen werden kann. Am 24.11.04 wurde das Ermittlungsverfahren gegen Fadi Madi gänzlich eingestellt, spätestens hier wird deutlich, dass die Abschiebung ein rein politischer Akt gewesen ist. Die Abschiebung und das Kongress-Verbot bildeten den Höhepunkt einer systematischen Kampagne, die von deutschen Medien und Staatsstellen betrieben wurde und wird. Der geplante Arabisch-Islamische Kongress, so hieß es, „billige schwere Straftaten“, stelle eine „Lobbyarbeit für den blutigen Widerstand“ dar (Spiegel) und sei „aggressiv antisemitisch“ (Die Welt). Auch diese Behauptungen konnten nicht mit Fakten belegt werden. Denn das offen ausgesprochene Anliegen des geplanten Kongresses war es, die illegitime Besetzung in Palästina und Irak zu thematisieren und in Übereinstimmung mit der UN-Charta das Recht unterdrückter Menschen auf Selbstverteidigung anzuerkennen. Ein gesellschaftlicher Diskurs über Besetzung und die völkerrechtliche Legitimität des Widerstands ist in Deutschland so gut wie unmöglich, schon gar nicht, wenn sich Araber oder Muslime aktiv daran beteiligen wollen. Stattdessen schwingen Politiker und Teile der Medien die antiislamische Keule und belegen kritische Stimmen aus dem arabischen oder muslimischen Lager mit dem rassistischen „Islamisten“-Etikett. Die europäischen Regierungen versuchen, den

von den USA ausgerufenen „permanenten Krieg gegen den Terror“ nach Europa zu importieren und ihn in einen kulturellen und polizeilichen Feldzug gegen Diaspora-Muslime zu transformieren. Während in Holland Moscheen brennen, verbreiten christliche „Experten“, Muslime seien antidemokratisch. Wir erleben eine politische und mediale Generalmobilisierung – den Versuch, die europäische Öffentlichkeit auf den weltweiten, permanenten Krieg des US-geführten Westens einzustimmen. Der deutsche Innenminister Schily hat Fadi Madi Unterstützung des sogenannten „internationalen Terrorismus“ vorgeworfen. Während es sich beim Terrorismus-Begriff von Bush und Schily um ein reines Konstrukt handelt, hat Fadi Madi die Begrifflichkeiten völlig exakt angewandt, indem er die israelische und US-amerikanische Besatzungspolitik als den tatsächlichen Terrorismus bezeichnet hat. Damit liegt er in völliger Übereinstimmung mit dem jüdischen Intellektuellen Noam Chomsky, der Sharon als „Erzterroristen“, Israels Krieg gegen den Libanon als „Lehrbeispiel des internationalen Terrorismus“ und die USA als „führenden terroristischen Staat“ bezeichnet. Nur ein prinzipielles und bedingungsloses Eintreten gegen die Diskriminierung von Menschen islamischen Glaubens in Europa und die gleichzeitige Einforderung des sofortigen Abzuges der US-geführten Besatzungstruppen aus dem Mittleren Osten und Zentralasien können genug Kraft entwickeln, um der weltweiten Entdemokratisierung entscheidenden Widerstand entgegenzusetzen.

Initiativ e.V., Duisburg

Erklärung des Deutschen Solidaritätskomitees Freier Irak

Solidarität mit dem irakischen Volk und seinem legitimen Widerstand!

Das irakische Volk ist tagtäglich das Opfer einer so genannten „Neuen Weltordnung“, die durch die wachsende Aggressivität des Imperialismus charakterisiert wird. Die Konkurrenz der imperialistischen Hauptmächte verschärft sich, sie ringen immer aggressiver um eine Neuaufteilung der Welt, ihrer Absatzmärkte und Rohstoffe, die reaktionäre Formierung bis hin zur Faschisierung ihrer Gesellschaften und staatlichen Strukturen schreitet dementsprechend voran und jeder Widerstand gegen diese so genannte „Neue Weltordnung“ soll mit allen Mitteln ausgetreten werden. Insbesondere in der rohstoffreichen Region des Nahen und Mittleren Ostens strebt der US-Imperialismus danach, seine absolute Dominanz gegen alle Konkurrenten zu erhalten und auszubauen. In diesem Sinne soll diese Region neu „geordnet“ werden.

Für das irakische Volk bedeutet dies: brutalste Besatzung nach einem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg, Zerstörung des Landes und Ausplünderung seiner Ressourcen, Folter, Mord und Terror durch die Besatzer.

Hiergegen hat sich das irakische Volk seit der völkerrechtswidrigen Besatzung seines Landes von Beginn an erhoben. Sein Widerstand entwickelt sich dynamisch und auf allen Ebenen. Dies schließt den legitimen bewaffneten Widerstand ein, der u.a. auch durch Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen gedeckt wird.

Um den wachsenden Widerstand des irakischen Volkes zu brechen, setzen die von den USA geführten Besatzer immer brutalere Methoden ein: willkürliche Massenverhaftungen und Folter, die Einrichtung von Konzentrationslagern, eine Kriegführung gegen den Widerstand, die darauf abzielt, den Irak in Schutt und Asche zu bomben, der Einsatz international geächteter Massenvernichtungswaffen einschließlich von Giftgas wie

in Falluja oder die Ausschaltung von politischen Führern des irakischen Widerstandes wie durch die Verhaftung des Vorsitzenden der Irakischen Patriotischen Allianz, Abduljabbar al-Kubaysi, am 2. September 2004. Inzwischen schmachten Tausende politischer Gefangener in den Folterkammern der Besatzer.

Ein Element der Unterdrückung des wachsenden irakischen Volkswiderstandes ist auch eine gezielte Difamierungskampagne, die darauf abzielt, diesen als „terroristisch“ oder „islamistisch“ abzustempeln und international zu isolieren. Diese Kampagnen, unterfüttert von Desinformationen der CIA, des israelischen Mossad und anderer westlicher Geheimdienste, werden nicht nur von Medien und politischen Kräften geführt, die die Besatzung des Irak offen unterstützen, sondern zum Teil auch „unter linker Flagge“ vorgetragen, um insbesondere jene Menschen negativ zu beeinflussen, die sich aufrichtig gegen die Besatzung des Irak und für eine Solidarität mit dem Widerstand des irakischen Volkes engagieren möchten. Eine besondere Rolle spielt in diesem Zusammenhang die so genannte *Irakische Kommunistische Partei* (wie auch ihre Vorfeldorganisationen), die einen Minister in der von den USA eingesetzten, von ihr komplett abhängigen und mit direkten CIA-Agenten durchsetzen so genannten „Übergangsregierung“ stellt und bisher alle Terrormaßnahmen der Besatzer und ihrer Marionetten gegen das irakische Volk mitgetragen hat.

Gerade nach dem Massaker von Falluja erklären die Unterzeichner ihre Solidarität mit dem irakischen Volk und seinem legitimen Widerstand und fordern:

- sofortige und bedingungslose Freilassung von Abduljabbar al-Kubaysi und aller politischer Ge-

fangenen und Kriegsgefangenen im Irak!

- Einstellung jeder Beteiligung Deutschlands an der neokolonialen Unterdrückung und Ausbeutung des irakischen Volkes! Schluss mit der Nutzung militärischer Basen in Deutschland für den Krieg der Besatzer gegen das irakische Volk! Keine Anerkennung der von den USA eingesetzten und kontrollierten Marionettenregierung in Bagdad!
- Politische wie materielle Solidarität mit dem irakischen Volk und seinem legitimen Widerstand!
- Sofortiger Abzug aller Besatzungstruppen aus dem Irak!
- Wiedergutmachung für die im Irak durch die Aggressoren angerichteten Schäden in zwei Aggressionskriegen, zwölfjährigem UN-Embargo und brutaler Besatzung!

Unterzeichner (Stand 17. Dez. 2004):

Günter Ackermann, kommunistenonline.de, Duisburg

Frank Flegel, *Offensiv – Zeitschrift für Sozialismus und Frieden*, Hannover

Klaus Hartmann, Bundesvorsitzender des *Deutschen Freidenkerverbandes*, Offenbach

Bernd Klage, *AK Internationale Solidarität*, Bonn

Klaus von Raussendorff, *Vereinigung für Internationale Solidarität e.V.*, Bonn

Dimitri Tsalos, *Initiativ e.V.*, Duisburg

Elisabeth Schneider, Frankfurt

Dr. Alexander Bahar, Historiker und Publizist, Heilbronn

Tülin Arslan, Dipl.-Kauffrau, Saarbrücken

Sophia Deeg, Autorin, München

Jérôme Schretter, Doktorand,

Frankreich/Deutschland
 Hans-Ulrich Bierhahn, Winsen
 Necati Mert, Verantwortlicher
 Redakteur der Zeitschrift *Die
 Brücke*, Saarbrücken
 Werner Schuren, Sozialberater,
 Winsen/Luhe
 Hanna Ackermann, Philologin,
 friedenszeitung-duisburg.de
 Bodo Schulz, Elektroniker,
 Heidenau
 Monika Krotter-Hartmann,
 Offenbach
 Heinz-W. Hammer, Essen
 Oliver Wagner, Trier
 Boris Vojvodić, Physiotherapeut,
 Reutlingen
 Prof. Dr. Ekkehard Saueremann,
 Autor, Halle/Saale
 Ingrid Koschmieder, Berlin

Unterstützende Organisationen:

Deutsches Solidaritätskomitee Freier
 Irak

Fortsetzung von Seite 31

Krieg.

Ein Ziel der Konvention war es daher, dieses erdrückende Schweigen angesichts der Besatzung des Irak und der damit einhergehenden Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu durchbrechen. Unter den zahlreichen Sprechern war auch Sammi Alaa, kommunistischer Aktivist der Irakischen Patriotischen Allianz. Alaa unterstrich, dass der Widerstand vor allen Dingen drei Ziele habe: die Besatzer zu vertreiben, die nationale Unabhängigkeit zu erreichen und einen demokratischen geeinten Staat zu errichten. Der Widerstand betrachtet nicht nur alle von den Besatzern errichtete Institutionen als illegitim, sondern auch die für den 30. Jänner geplanten Wahlen, die nichts als eine Farce sind.

Der Kongress schloss mit dem Beschluss folgende Aktivitäten in Unterstützung des irakischen Widerstandes durchzuführen:

- 1) Eine Kampagne zur Denunzierung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit, welche auf die

Frage der Gefangenen und der Verschleppten verweist und den demokratischen Anspruch der USA Lügen straft.

- 2) Denunzierung der falschen Wahlen, ihres anti-demokratischen Charakters und ihrer Funktionalität für die Besatzung.
- 3) Eine europaweite Konferenz und ein vorbereitendes Koordinations-treffen aller den irakischen Widerstand unterstützenden Kräfte.
- 4) Öffentlichen Veranstaltungen mit Vertretern des irakischen Widerstandes.

Der Kongress hat insgesamt die Notwendigkeit aufgezeigt, Formen zu finden, um den Widerstand gegen das amerikanische Imperium und seinen permanenten Krieg auch auf breiter Ebene zu organisieren. Dies ist unerlässlich, wenn die Bewegung zur Unterstützung des irakischen Widerstandes, heute die vorderste Front gegen das amerikanische Imperium, Kontinuität und Zukunft haben soll.

Komitee Freier Irak Italien
 29. November 2004 - www.iraqlibero.at

Folgender Brief erreichte die Intifada-Redaktion aus einem deutschen Gefängnis. Sein Verfasser ist Palästinenser und befindet sich seit mehr als zwei Jahren aufgrund einer unbewiesenen Terrorismusanklage in Isolationshaft. Wir rufen alle demokratisch gesinnten Menschen dazu auf, Mohammeds Fall bekannt zu machen und ihm selbst Solidarität auszudrücken.

Offener Brief an die Medien

Mein Name ist Mohammed Abu Dhess. Seit zweieinhalb Jahren bin ich nun schon in Isolationshaft wegen angeblicher Bildung einer terroristischen Vereinigung. Einziger Beweis für meine Anklage sind die Aussagen eines Phantasten, der von sich behauptet, dass er einmal der Leibwächter Osama Bin Ladens gewesen wäre. Wer diese Person sieht, begreift sowohl an seinem Auftreten und seinen Ausführungen, dass er einen phantastischen Märchenerzähler vor sich hat, dem jeden Tag neuen noch unwahrscheinlichere Geschichten einfallen.

In einer völlig übersteigerten Terroristenhysterie stacheln sich die Medien und Justiz immer mehr zu einer undifferenzierten Akzeptanz dieser Märchen auf. Begierig wird jedes Wort ohne Prüfung als Beweis aufgegriffen und in wilden Spekulationen weiter gesponnen. Allein meine Person betreffend avancierte ich in den Medien bereit zur angeblich „rechten Hand Zarkawis“, dessen Namen und Gesicht mir ebenfalls nur aus den Medien bekannt ist, dessen Ziele ich noch nicht einmal kenne. Ich hatte weder jemals Kontakt zu diesem Zarkawi noch zu der Gruppe

um ihn. Nur was nützt mir jeder Widerspruch gegen die wilden Geschichten eines angeblichen „Leibwächter und Freundes“ Osama Bin Ladens!

Das einzige, das man mir wirklich vorwerfen kann, ist, dass ich Araber und Muslim bin. Aus diesem Grund schreibe ich einen offenen Brief an die hoffentlich noch vorhandenen Vertreter eines liberalen Journalismus, nicht nur um sie auf meine unerträgliche persönliche Lage hinzuweisen, sondern vor allem aus Sorge, dass diese tendenziöse und spekulative Berichterstattung eine gnadenlose Hatz auf alle Muslime einleitet und den Graben zwischen unseren Kulturen noch weiter vertieft. Ein solcher Journalismus arbeitet Hand in Hand mit jenen, die Gewalt und Tod verbreiten.

Lassen Sie das nicht zu!

Mohammed Abu Dhess
 JVA
 Rochusstraße 350
 50827 Köln

Den Fall von Mohamed Abu Dhess, in Deutschland inhaftierter Palästinenser (siehe Seite 36), beschreibt Thomas Meyer-Falk, selbst aufgrund seiner politischen Tätigkeiten derzeit in Haft.

Strafprozess gegen Palästinenser in Deutschland

Die Versuche den palästinensischen Widerstand, der sich außerhalb Palästinas zu artikulieren versucht, zu kriminalisieren, lässt sich an einem aktuellen Beispiel in Deutschland beobachten. Dort stehen zur Zeit in Düsseldorf mehrere Palästinenser vor dem Staatsschutzsenat des Oberlandesgerichts unter der Anklage, eine terroristische Vereinigung gegründet und Anschläge auf israelische Einrichtungen in Deutschland geplant zu haben.

Der angebliche „Deutschland-Chef“ von *Al-Thawid*, so der Name der angeblichen Vereinigung, sitzt seit dem Frühjahr 2002 in strenger Isolationshaft, erst im durch die RAF-Zeit in den 70er Jahren bekannt gewordenen Gefängnis Stuttgart-Stammheim und seit der Prozess 2004 begann, nunmehr in Köln, von wo aus er an jedem Prozesstag unter extremen Sicherheitsvorkehrungen nach Düsseldorf gebracht wird.

Für „solche“ Prozesse wurde in der rheinischen Stadt, sonst eher durch Karneval oder Untreueprozesse gegen Großkapitalisten berüchtigt, extra für einen hohen zweistelligen Millionenbetrag in Euro ein Prozessbunker erbaut: Hubschrauberlandeplatz für „gefährliche“ terroristische Angeklagte und Fußwaschbecken für muslimische Prozessbesucher inklusive.

Als ein Genosse vor einigen Monaten den Prozess besuchte, wurde er umgehend vom Gericht mit Ordnungsgeld und Rausschmiss bedroht, denn er hatte ein T-Shirt mit der Aufschrift „Fuck USA“ angezogen. Der Vorgang wurde umgehend in das Gerichtsprotokoll aufgenommen.

Mohamed ist staatenloser Palästinenser, wobei ihm die Bundesrepublik Deutschland vorhält in Wahrheit in Jordanien geboren worden zu sein, weshalb ihm vor Kurzem vor-

sorglich angedroht wurde, er würde nach Prozessende nach Jordanien deportiert werden. Die Europäische Union setzte Mohamed 2003 zudem auf eine „Anti-Terror-Liste“, so dass es seit dem verboten ist, ihm Geld zukommen zu lassen. Wer hiergegen verstößt, kann strafrechtlich belangt werden.

Als ich ihm (über Freunde, denn ich sitze selbst in Haft) vor einiger Zeit zwanzig Euro sowie vier Briefmarken schicken ließ, wurden vom Oberlandesgericht das Geld sowie die Postwertzeichen an mich zurück gesandt. Für die an der juristischen Natur Interessierten: Grundlage ist die Verordnung (EG) Nr. 1724/2003 der EU-Kommission vom 29.9.2003 in deren Anhang Mohamed steht, in Verbindung mit Artikel 2 Abs. 2 der Verordnung (EG) Nr. 881/2002 des Rates der EU vom 27.5.2002.

Als ich 2002 selbst in Stammheim in Isolationshaft saß, bewohnte Mohamed die Nachbarzelle. In den Monaten dort sahen wir uns kein einziges Mal, denn jeder von uns durfte die Zelle jeweils nur alleine und unter Bewachung mehrerer Wärter verlassen, aber wir konnten uns von Fenster zu Fenster verständigen.

Die Isolationshaft bedeutet, dass Mohamed im Grunde 23 Stunden des Tages alleine in der Zelle verbringt und auch die eine Stunde Spaziergang im Knasthof pro Tag muss er alleine absolvieren. Über die zerstörerische Wirkung von Einzelhaft wurde schon viel geschrieben, aktuell z. B. im Zusammenhang mit Guantánamo, dem US-Lager für angebliche Terrorverdächtige auf Kuba.

Mohamed freut sich sicherlich über Solidaritätspost, wobei seine Post, bevor er sie erhält, vom Gericht gelesen wird. Seine Adresse:

Mohamed Abu Dhess, zur Zeit
JVA, Rochusstraße 350, D-50827

Köln, Deutschland

Es heißt so treffend: Solidarität ist eine Waffe! Solidarität ist in diesem Fall umso wichtiger, weil sich die Generalbundesanwaltschaft maßgeblich auf einen Kronzeugen, der sich selbst als Leibwächter Osama Bin Ladens ausgibt, stützt. So mager die tatsächlichen Beweise sind, umso farbenprächtiger sind die Aussagen des Zeugen, der für seine Aussagefreudigkeit 2003 mit einem günstigen Strafurteil belohnt wurde. Bis mindestens April 2005 wird Mohameds Prozess noch andauern.

*Thomas Meyer-Falk,
zur Zeit JVA Bruchsal, Deutschland*

www.freedom-for-thomas.de

Ägypter verliert Stipendium infolge von „Antisemitismus-Vorwurf“

Der aus Ägypten stammende Promotionsstipendiat Mostafa Elhady wurde Anfang September zum Gespräch mit dem Vorstand der den deutschen Grünen nahe stehenden *Heinrich-Böll-Stiftung*, Ralf Fücks, und Studienleiterin Ulrike Siebert bestellt, wo ihm eröffnet wurde: Stipendium beendet, Rauswurf aus der Stiftung,



Begründung: „Antisemitismus, einseitige Kritik an Israel, Holocaust-Relativierung“. Beweise keine, anonym bleibende Beschuldiger, zur Erwidern keine Chance, von rechtllichem Gehör ganz zu schweigen.

Dass Elhady vergeblich das Wort erbat, wird ihm noch zum Nachteil ausgelegt: Er „ließ keinerlei Bereitschaft zur selbstkritischen Reflexion

erkennen“, wie Fücks und Siebert an die protestierenden Mitstipendiaten schrieben, um damit (!) den „Vorwurf, eine offene Aussprache habe nicht stattgefunden“, zurückzuweisen. Auf seinen Hinweis, der Entzug des Stipendiums bedeute den Abbruch der begonnenen Promotion und die Ausweisung aus Deutschland zum Jahresende, meinte die Herrschaft: „Das ist dein Problem“. Ihre Antwort auf die Petition der Stipendiaten schließen Fücks und Siebert mit purem Zynismus: „Dieser Konflikt trägt hoffentlich dazu bei, die gegenseitigen Erwartungen zu klären.“

Elhadys inkriminierter, in freier Rede gehaltener Diskussionsbeitrag in einem Seminar in Köln lautete: „Wenn man in Deutschland das Leiden der Juden, das sechzig Jahre alt ist, in Frage stellt, wird man gerichtlich bestraft und ausgewiesen. Aber deutsche Politiker und Medien leugnen das Leiden der Palästinenser und verfälschen die Wahrheit in diesem Konflikt seit fünfzig Jahren. Und dies wird als Meinungsfreiheit dargestellt! Das ist die Doppelmoral für mich.“ Damit hatte er keine Verbrechen in Abrede gestellt, aber verlangt, dass wegen der deutschen Verbrechen die Leiden der Palästinenser nicht negiert werden dürfen.

Bei einer Konferenz der Stiftung

über „neuen Antisemitismus“, bei der Muslime in Europa als dessen hauptsächliche Quelle genannt wurden, hatte Elhady sich die Kritik erlaubt, dass trotz der zentralen Rolle, die der Islam und die Muslime bei der Konferenz spielten, von den eingeladenen 27 internationalen Referenten kein einziger Muslim war. Danach untersagte der Vorstand der Stiftung Elhadys Beteiligung an der Diskussion.

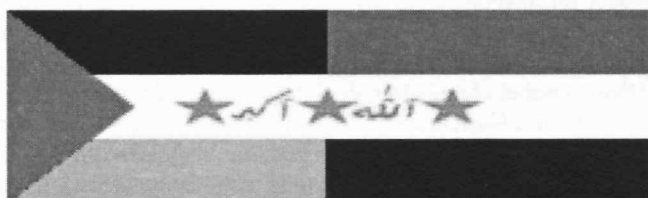
Eine Tagung mit dem Thema Islamphobie lehnte Fücks mit der Begründung ab, man solle der Behauptung der Muslime und Araber, dass sie benachteiligt seien, keinen Vorschub leisten. Als ihm Elhady seinen Vorschlag persönlich vortrug, erfuhr er vor Zeugen den Fücksschen Abwasch: „Ich habe die Nase voll von Arabern und Moslems, die die Rolle der Opfer spielen“.

Klaus Hartmann

Quelle: *Junge Welt*, 18. Dezember 2004

Klaus Hartmann ist Bundesvorsitzender des *Deutschen Freidenker-Verbandes*.

Der Artikel wurde von der Redaktion gekürzt und ist in voller Länge auf www.antiimperialista.org abrufbar.



Deutsches Komitee Freier Irak

www.freeiraq.de

Palästinenser in Wien krankenhausreif geschlagen

Am 12. Juni 2004 wurde ein Aktivist der Gruppe *Frieden für Palästina* am Wiener Stephansplatz brutal niedergeschlagen, er musste ins Krankenhaus gebracht werden.

Beinahe seit dem Beginn der Zweiten Intifada unterhält diese Gruppierung auf dem Stephansplatz einen Informationstisch, auf dem stets eine beträchtliche Anzahl von Artikeln und Analysen über den Nahostkonflikt in Deutsch, aber auch in anderen Sprachen aufgelegt werden. Als pazifistisch ausgerichtete Gruppierung legt sie auch Wert auf die Präsentation deutscher und englischer Übersetzungen von Publikationen aus dem progressiven und Friedenslager in Israel.

Der Überfall vom 12. Juni ist bereits der sechste in einer Kette von Attacken und Sachbeschädigungen bzw. physischen Übergriffen, die gegen diese Gruppierung gerichtet wurden.

Die erste Provokation ereignete sich bereits im Jahre 2000: Eine Person mit einem Pass der Vereinigten Staaten riss zwei Ständer, auf denen sich Bildmaterial befand, nieder, warf die Bilder auf den Boden und trampelte mit den Füßen darauf herum. Im Jänner 2001 versuchten zwei bis drei Jugendliche, Bildmaterial auf den Boden zu werfen und zu zerstören. Im Sommer 2002 wurden zwei Aktivisten des Informationsstandes angegriffen, einer von ihnen bekam einen harten Schlag auf die Nase und musste ärztlich behandelt werden.

Im Herbst desselben Jahres kam eine hebräisch sprechende Jugendgruppe zum Bücherstand und machte sich daran, die Aufschriften und Plakate herunterzureißen. Sie drohten außerdem, die Ständer umzuwerfen. Ende 2002 kam eine russische (ebenfalls hebräisch sprechende) Jugendgruppe vorbei und beschädigte Bilder, die in der Nähe des Standes angebracht waren.

Dass es sich in den beiden letztgenannten Fällen um eindeutig zionistische Provokationen handelte, erhellt

aus der Tatsache, dass die Angreifer sowohl untereinander hebräisch sprachen, als auch, in beiden Fällen, mit einem in Österreich lebenden Juden, der sich zusammen mit den Palästinensern am Stand befand.

Der Überfall vom 12. Juni – der sechste in der Reihe – war noch brutaler als die anderen. Der 58-jährige Palästinenser wurde „zusammengeschlagen und schwer verletzt“, wie die Palästinensische Gemeinde in Österreich berichtet. Dies bestätigt die APA am 12. Juni 2004, die sich ihrerseits auf die *Wafa*, die Palästinensische Nachrichtenagentur, stützt. Das Opfer sei mit Verdacht auf Halswirbelbruch ins Wiener AKH eingeliefert worden.

Und so ereignete sich im Detail: Die Büchertische waren kaum aufgebaut, da wurden sie von einer den Aktivisten unbekannt Person umgestoßen. Die natürliche Reaktion darauf war ein empörter, verbal geäußelter Protest seitens eines der Aktivisten. Daraufhin wurde dem Protestierenden, einem 58-jährigen Palästinenser, ein Kinnschlag versetzt, der derart vehement war, daß der Angegriffene zu Boden fiel und eine Nacht lang im Krankenhaus verbringen musste.

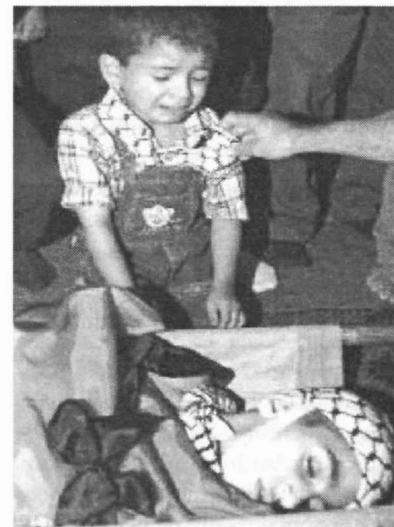
Der Überfallene konnte seinen Mund nicht mehr bewegen. Sein Kopf war drei Tage lang geschwollen, dazu gab es ständig Übelkeit und Schmerzen im Bereich von Mund, Hals und Zähnen. Aus ärztlicher Quelle erfahren wir, dass es sich hierbei um ein so genanntes Peitschenschlagsyndrom handelt, das insofern gefährlich ist, als es, neben den bekannten Symptomen Bewegungslosigkeit und Gefühllosigkeit, zu einem Stillstand der Atemtätigkeit führen kann, oder hätte führen können.

Beim Täter soll es sich um einen

50 bis 55 Jahre alten „Kaufmann“ handeln, eine genauere Zuschreibung ist derzeit nicht möglich. Die Gerichtsverhandlung wird, wie zu hoffen ist, Klarheit in dieses düstere Kapitel bringen, das in Wien nunmehr, ebenso wie in zahlreichen anderen europäischen Großstädten, Kontinuität hat. Über Übergriffe rechtsextremer Zionisten in Paris haben sowohl *Le Monde* als auch *Libération* stets ausführlich berichtet; *il manifesto* beschrieb einen zionistischen Überfall gegen AktivistInnen des italienischen Sozialforums, der in Rom stattfand. Die österreichischen Tageszeitungen sind in dieser Hinsicht zurückhaltend.

Plumpe körperliche Gewalt, das ist die einzige den Zionisten mögliche Antwort auf die Wahrheit. Über einen Diskurs verfügen sie nicht. Auch dieser Fall hat ihr Wesen offengelegt, ihre ultima ratio: nackte rassistische Gewalt. Nicht ohne Grund mitten in Wien. Wer nicht den Kampf um die Öffentlichkeit beginnt, muss sich auf weitere Überfälle und das damit verbundene Schweigen eben dieser Öffentlichkeit gefasst machen.

*Aug und Ohr
Gegeninformationsinitiative*



Zur Krise der Antiglobalisierungsbewegung

Eine Analyse aus antiimperialistischer Sicht

Die Antiglobalisierungsbewegung beherbergte zwei unterschiedliche politische Strömungen, als sie im Dezember 1999 in Seattle entstanden ist. Die Mehrheitsströmung kritisierte ausschließlich die schlimmsten (neoliberalen) Auswirkungen der Globalisierung, besonders die ungerechte Verteilung der Einkommen. Diese gemäßigte Mehrheitsströmung forderte eine „demokratische“ Globalisierung „von unten“ und akzeptierte daher das grundlegende Paradigma der Globalisierung, nach dem nun der Zeitpunkt gekommen wäre sich von den veralteten Nationalstaaten zu befreien, die ein Hindernis für den „Fortschritt“ darstellten. Eine Minderheitsströmung verurteilte nicht nur die Auswirkungen, sondern auch die Natur der Globalisierung, oder besser des Kapitalismus selbst, als Grundlage der immer schärferen Widersprüche zwischen Armen und Reichen.

In den Vereinigten Staaten war die Spaltung der Bewegung gegen die Globalisierung noch nicht so leicht zu erkennen. Hatte diese Bewegung erst einmal nach Europa übersetzt, wurde die Spaltung überdeutlich. Mit den Tagen von Genua im Juli 2001 wurde Europa zum weltweiten Zentrum der Mobilisierung, einer Mobilisierung, die Schichten einer neu radikalisierten Jugend auf die Straßen brachte und die traditionelle Arbeiterbewegung auf die Seite drängte, welche seit einiger Zeit ein Stützpfiler des kapitalistischen Systems geworden war. Auf Grund der politischen Tradition in Europa konnte die Spaltung der Globalisierungsbewegung in Radikale und Gemäßigte nur die alte Dichotomie zwischen sozialdemokratischen Reformisten und der radikalen Linken auf die Bühne rufen. Allerdings fand die Radikalität keinen Ausdruck nicht auf einer politischen und programmatischen Ebene, sondern auf der Ebene der

Kampfformen. Die radikalsten Teile konzentrierten sich tatsächlich darauf, die Bewegung in einen direkten Zusammenstoß mit den staatlichen Polizeikräften zu drängen, in dem sie auf jeder Demonstration Gelegenheit fanden aus dieser ein Spektakel des Straßenkampfes zu machen. Weil diese Radikalität bloß formal und methodologisch war, fiel es den sozialdemokratischen Apparaten leicht den Großteil der Bewegung unter ihrer Hegemonie zu halten. Dabei exponierten sich diese bereits disqualifizierten Apparate niemals selbst, sondern agierten gemeinsam mit Gruppen, welche die Bewegung selbst hervorgebracht hatte, Führungen aus der Neuen Linken nach 1968.

Die Sozialforen, angepriesen als wundersame Organismen der Einheit, der Repräsentativität und der Kraft der Bewegung, waren tatsächlich Koordinationen, in denen die verschiedenen politischen Strömungen um Hegemonie kämpften und versuchten die notwendigen taktischen Kompromisse zu finden, um die Kontinuität der Mobilisierungen zu gewährleisten. Das Weltsozialforum mit seinem Generalrat war von Anfang an nicht nur eine Geisel der großen sozialdemokratischen Apparate, sondern immer ein antideмократisches Führungsgremium, das die Diversität der Bewegung niemals repräsentierte.

Antiimperialistische Kräfte, sei es in Europa, oder in den unterdrückten und semikolonialen Ländern, hatten niemals eine einflussreiche Stimme innerhalb des Weltsozialforums. Einer der wichtigsten Gründe dafür war ein de-facto-Ausschluss, der am ersten Sozialforum in Porto Alegre vorgenommen wurde – gegen alle bewaffneten Bewegungen. Just zu dem Zeitpunkt, als die Zweite Intifada zum Kristallisationspunkt des welt-

weiten antiimperialistischen Kampfes wurde. Nach dem 11. September wurde im Weltsozialforum die Lösung der sozialdemokratischen Apparate „weder Krieg noch Terrorismus“ hegemonial. Und das, während die USA Afghanistan angriffen (Oktober 2001) und die „Schwarze Liste terroristischer Organisationen“ einführten, in der sich nicht nur islamische Kräfte, sondern auch alle revolutionären Befreiungsbewegungen wieder fanden.

Aufgrund der pazifistischen Gründungsklauseln hat sich die Antiimperialistische Koordination immer gewweigert Teil des Weltsozialforums zu werden, obwohl wir an allen Mobilisierungen der Antiglobalisierungsbewegung teilgenommen haben. Dieser Schritt hat sich als notwendig und richtig erwiesen. Der Pazifismus hat nicht nur kämpfende antiimperialistische Organisationen ausgeschlossen, er war auch ein Zeichen dafür, dass die sozialdemokratischen Apparate die Zügel im WSF in der Hand hielten – wodurch es kein Instrument des notwendigen Zusammenhaltes zwischen den politischen und sozialen Kämpfen im Zentrum und den unterschiedener antiimperialistischen der Peripherie werden konnte.

Es war der irakische Widerstand, der die Antiglobalisierungsbewegung mit dem Rücken zur Wand gedrückt hat und sie in ihre aktuelle und irreversible Krise gestürzt hat. Die Antiglobalisierungsbewegung war Führerin der Mobilisierungen gegen die angloamerikanische Aggression und für den Frieden. Aber als Bagdad einmal gefallen war, haben auch die Mobilisierungen aufgehört, genau zu dem Zeitpunkt wo man ihrer am dringendsten bedurft hätte, als der bewaffnete Widerstand des irakischen Volkes erst begann. Nur kleine Minderheiten, und auch diese mit einiger Verspätung, haben den

Vertiefung oder Normalisierung der Revolution?

Eine Analyse der aktuellen Situation in Venezuela

Die unmittelbare Gefahr einer Konterrevolution der traditionellen herrschenden Klassen gegen die nationalistische und anti-imperialistische Regierung von Hugo Chávez scheint momentan für den revolutionären Prozess in Venezuela zweitrangig zu sein. Viel entscheidender ist nun, ob die Dynamik der Situation in Venezuela in Richtung eines echten Übergangs des Staates zur Volksmacht oder in Richtung einer reformistischen Normalisierung mit bürgerlich-institutionellen Einschränkungen geht.

Seit 1999 haben die alten herrschenden Klassen (ein Zusammenschluss der nationalen Bourgeoisie, der Grundbesitzer-Oligarchie, einer breiten parasitischen Mittelklasse und der Arbeiteraristokratie – ein Erbe der mit Erdöleinnahmen finanzierten Massenkorrption – mit Unterstützung des US-Imperialismus) alle juristischen und gewaltsamen Mittel für die Konterrevolution eingesetzt. Prägende Momente in ihrem Kampf für den Sturz der Chávez-Regierung wa-

ren der Militärputsch im April 2002, der lange „Ölstreik“ vom Dezember 2002 bis Februar 2003 und schließlich das gescheiterte Volksbegehren im August 2004. Während dieser angespannten Periode unterstützten die Volksmassen Chávez, siegten über die Konterrevolution und festigten die neue Regierung.

Die letzten Wahlen auf Provinz- und Stadtebene im November 2004 haben die Opposition gegen Chávez aus ihren letzten Bastionen in den

Provinzen und Städten des Landes (inklusive Caracas) gefegt und zu einer völligen Auflösung des konterrevolutionären Oppositionsblocks „*Coordinadora Democrática*“ geführt. Die Opposition ist nun offen gespalten in eine ultra-radikale Minderheit, die in Richtung einer bewaffneten *Contra à la Nikaragua* geht (das hat sie mit dem Mord am Staatsanwalt Danilo Anderson, der Untersuchungen gegen diejenigen, die für den Putsch im April 2002 trugen, leitet, gezeitigt), und einen gemäßigten Flügel, der eine Koexistenz mit der Chávez-Regierung anstrebt und nicht versucht ihren sofortigen Sturz herbeizuführen.

Gleichzeitig mit der Stärkung der



Volksbewegung wurden die inneren Widersprüche des bolivarianischen Lagers deutlich, d.h. die Widersprüche zwischen den institutionell orientierten Kräften der Parteien der Regierungskoalition und der Volksbewegung, die für die Vertiefung der Revolution, für die Veränderung des Staates über den traditionellen Rahmen bürgerlicher Institutionen hinaus kämpft. Derzeit drückt sich die Radikalisierung der Volksmassen gegen die institutionellen Kräfte konkret in unterschiedlichen Formen aus, nämlich im Kampf gegen die Korruption und Unfähigkeit der Verwaltung mehrerer Gemeinden und

Fortsetzung von Seite 40

Widerstand als legitim und unterstützenswert bezeichnet. Der Großteil der „Globalisierungsgegner“ hat geschwiegen und sich geweigert für den Sieg des irakischen Widerstandes einzutreten. Die Stärkung des Widerstandes im Irak selbst, hat dann alle Widersprüche der Antiglobalisierungsbewegung offen gelegt: Die radikalen Teile, auch wenn sie nicht bereit waren den Widerstand offiziell zu unterstützen, waren gezwungen seine Legitimität anzuerkennen.

Der Rückgang der Bewegung wird sehr wahrscheinlich eine definitive Spaltung des Weltsozialforum hervorrufen. Das scheint uns wahrscheinlich, weil jeder Versuch die die Einheit auf künstlicher Grundlage aufrechtzuerhalten zum Scheitern verurteilt ist. Die breitestmögliche Einheit ist wünschenswert und notwendig, aber die Einheit unter der Kontrolle der Sozialdemokraten macht die Bewegung politisch hilflos und impotent. Das wird beim nächsten Weltsozialforum in Porto Alegre noch deutlicher werden, das unter

der Ägide der PT Regierung stattfindet – einer Regierung, die sich der imperialistischen Globalisierung untergeordnet hat, welche die Bewegung zu bekämpfen vorgibt. Weil wir uns als Ziel den Aufbau einer internationalen antiimperialistischen Front gesteckt haben müssen wir unsere Versuche der Einheit mit jenen Kräften stärken, die aus dem WSF ausscheiden und mit den sozialdemokratischen Apparaten brechen. Unser Projekt ist ein schwieriges und langfristiges der Einheit der antagonistischen Kräfte der imperialistischen Länder mit jenen der unterdrückten Länder. Ohne diese Einheit ist nicht nur der Sieg der kämpfenden Kräfte der halbkolonialen Länder unmöglich, auch die Antagonisten im Westen haben ohne diese Perspektive keine Zukunft.

Antiimperialistische Koordination
5. Dezember 2004

Behörden, die von pro-Chávez-Parteien geleitet werden; in der Forderung nach partizipatorischer Demokratie und Kontrolle durch das Volk, wie in der neuen Verfassung von 1999 vorgesehen; in der Kritik an der Ernennung von politischem und administrativem Personal ausschließlich durch die Regierungsparteien ohne Rücksicht darauf, ob sie durch die Volksbewegung legitimiert sind; in der Ablehnung jeglicher Versöhnungsversuche mit Teilen der Opposition; im Kampf für die Verstaatlichung des Bankwesens und nicht zuletzt in der Ablehnung der Unterdrückungsmaßnahmen, die kürzlich einigen Aktivisten der Volksbewegung, die eine Kolumbus-Statue in Caracas zerstört hatten, angediehen waren, sowie der Einschüchterung und der Verfolgung revolutionärer Volksbewegungen, die verdächtigt werden, die bolivariische und anti-imperialistische Guerilla der *Bolivariischen Befreiungskräfte* (FBL-EL) in einigen ländlichen Gebieten wie Apure zu unterstützen.

Angesichts der Kompromissbereitschaft der geschwächten Opposition und der Radikalisierung der Volksbewegung ist es wahrscheinlich, dass die politischen Kräfte, welche die Chávez-Koalition bilden und mit traditionellen politischen Institutionen innerhalb des bürgerlichen Staates verbunden sind, Chávez drängen werden, auf eine weitere Umgestaltung des Staates zu verzichten. Chávez selbst versucht noch immer, eine Mittelposition oder Balance zwischen der Volksbewegung und den Koaliti-



onsparteien zu halten. Dies wurde offensichtlich, als während des Referendums das Comando Maisanta als Ersatz für das Comando Ayacucho, das von den Regierungsparteien gebildet wird, gegründet wurde. Eine Erklärung über die FLB, die Chávez vor kurzem nach der Ermordung von sechs Soldaten in Apure herausgab, gibt Anlass zur Sorge, dass Chávez sich davor fürchtet, über ein Projekt gesellschaftlicher und politischer Reformen hinaus zu gehen und einen neuen Staat auf Grundlage der organisierten Massen zu bilden. Die Ermordung der Soldaten stellt ein Verbrechen dar, für das ganz offensichtlich rechte Paramilitärs verantwortlich waren, das jedoch von der reaktionären Opposition sofort den FBL in die Schuhe geschoben wurde. Chávez bestritt zunächst von der Existenz der FBL und ihrer möglichen Beteiligung zu wissen, um in einer weiteren Erklärung ihre sofortige Entwaffnung zu fordern.



Obwohl das Anwachsen der Volksbewegung ein breites Spektrum neuer Massenorganisationen hervorgerufen hat, gibt es noch immer keine vereinigende politische Kraft oder eine landesweite antiimperialistische Front, welche die große Zahl der Volksorganisationen zusammenfasst und eine „Revolution innerhalb der Revolution“ schaffen könnte. Das Schicksal des bolivariischen Prozesses hängt noch immer stark von der Person Hugo Chávez selbst ab, obwohl der Kampf der Bevölkerung schon eine unabhängige Dynamik aufweist, die in mehreren Punkten und Regionen über die Regierungspolitik hinausgeht.

Die *Antiimperialistische Koordination* begrüßt die bedeutenden Fortschritte der am meisten kämpferischen Teile der bolivariischen Bewegung in Venezuela, wie die *Bewegung der Volksbasen* (MBP), die einen Bürgermeister in Alto Apure stellt, sowie alle Bestrebungen eine landesweite antiimperialistische Front gegen imperialistische Einmischung aufzubauen, gegen konterrevolutionäre Machenschaften und für eine Vertiefung der bolivariischen Revolution, gegen Stagnation in Institutionen zu kämpfen.

Insbesondere sind die internationalistischen und antiimperialistischen Bestrebungen der MBP und anderer Kräfte, ein bolivariisches *Antiimperialistisches Lager* im Februar 2005 abzuhalten, zu begrüßen. Dieses wird nicht nur die antiimperialistische Solidarität mit der revolutionären Volksbewegung in Venezuela stärken, sondern auch dazu beitragen, dass die Entwicklungen in Venezuela zu einer Triebkraft im Aufbau einer internationalen Widerstandsfront gegen den US-Imperialismus werden.

Antiimperialistische Koordination
5. Dezember 2004

Die Vollversion ist unter
www.antiimperialista.org abrufbar.

„Alle Menschen sollten Palästinenser sein“

Interview mit Mufid Nehme

Mufid Nehme ist Komponist, Musikwissenschaftler und politischer Liedermacher aus dem Libanon. Er lebt zur Zeit in Wien und beteiligt sich aktiv am Betrieb des Österreichisch-Arabischen Kulturzentrums (OKAZ). Mit der Intifada sprach er über seine Arbeit, seine Ziele und Ambitionen sowie seine politischen Aktivitäten.

Wie hat alles angefangen? Erzählen Sie uns ein bisschen über Ihre Kindheit und darüber, wer oder was Sie dazu inspiriert hat sich für die Musik bzw. politische Lieder zu interessieren?

Ich bin ein gebürtiger Südlibanese. Meine Familie ist sehr groß und hat immer auf der Seite der nationalen Befreiungsbewegung gestanden. Ich habe den Bürgerkrieg und den Krieg gegen die Besatzung im Libanon erlebt, während dieser Zeit habe ich immer die Lieder von Marcel Khalifa gehört. Sie haben mich inspiriert politische Lieder zu singen, die das Leid unseres Volkes während des Krieges ausdrücken. Ich war auch in vielen Vereinen tätig, dort habe ich mein Talent für die Musik entdeckt. Alles, was um mich herum geschah, hat mich dazu geführt mit der Musik anzufangen. Ich hatte dann ein Ziel, ich wollte nicht mehr Musik nur als Hobby machen. Meine Ambitionen wurden größer. Ich habe am Konservatorium von Beirut studiert und zwei Diplomkurse im Fachbereich „Nahöstliche Laute“, die arabischen 'Ud, abgeschlossen.

Sie haben vorhin erwähnt, dass Sie auch politische Lieder schreiben und singen. Erzählen Sie uns über Mufid, den politischen Sänger und Mufid, den Komponisten.

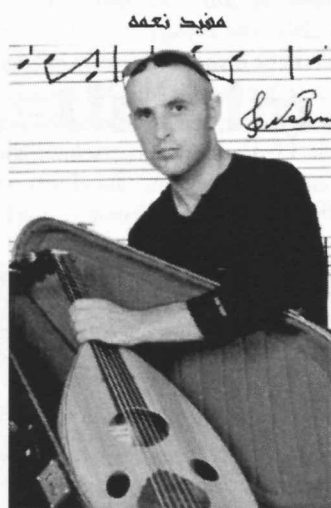
Erstens möchte ich sagen, dass ich gegen den Begriff „politisches Lied“ bin. Es ist eher ein „menschliches Lied“, weil es menschliche Gefühle ausdrückt, es drückt Trauer, Leid, Sorgen, Wut, Verzweiflung usw. aus. Hier spielen Wörter eine sehr wichtige Rolle, die Musik ist nur

ein Hilfsmittel um diese Wörter besser vermitteln zu können.

Sie schreiben doch die meisten Texte für Ihre Lieder. Sind sie auch Lyriker?

Ich bin kein Dichter, aber ich bewundere Gedichte. Ich versuche einfach alle meine Gefühle aufzuschreiben, aber das macht mich nicht zum Poeten. Ein Gedicht hat immer sehr große Bedeutung und braucht hohe Sprachfähigkeiten. Ich weiß, wo meine Grenzen sind und überschreite sie nicht. Ich möchte nebenbei erwähnen, dass dieses Elend überall

Mufid Nehme



auf der Welt alle Menschen zu Poeten macht!

Kommen wir zurück zum Thema und erzählen Sie uns jetzt über Mufid den Komponisten.

Was ich nicht in Worten ausdrücken kann, drücke ich in meiner Musik aus. Meiner Meinung nach ist

Musik wie ein Gefühl. Sie ist abstrakt, man kann sie nicht sehen oder kosten. Sie hat keine Farben, man kann sie nur spüren. In unserer Gesellschaft sind Wörter sehr wichtig, Gedichte und Geschichten gehören nun mal zu unserer Kultur, deswegen ist es auch für mich nicht leicht in unserer Gesellschaft Musik zu schreiben und zu präsentieren. Die Leute sind es einfach nicht gewöhnt Musik ohne Wörter zu hören. Aber für mich ist die Musik sehr wichtig, weil ich so meine Gefühle, Gedanken und Ideen besser vermitteln kann.

Wenn Sie sich entscheiden müssten, bedeutet es Ihnen mehr Komponist oder politischer Sänger zu sein?

Ich könnte mich nicht entscheiden. Beide Rollen sind von großer Bedeutung für mich. Durch die Musik drücke ich meine Gefühle aus und durch das Lied drücke ich meine Gedanken aus. Es kommt auch immer darauf an, wo ich bin und mit wem ich bin, die Umgebung, die Atmosphäre, all das spielt eine wichtige Rolle für mich.

Im Alter von zwölf Jahren haben Sie angefangen auf der Laute, der 'Ud, zu spielen. Stellen Sie uns dieses Instrument vor.

Die Laute ist nicht irgend ein Instrument. Sie ist ein fünftausend Jahre altes orientalisches Instrument, eines der ältesten der Welt! Dieses Instrument ist sehr wertvoll für mich und wenn ich auf der Laute spiele, dann trage ich eine gewisse Verantwortung. Früher war die Laute nur ein Begleitinstrument. Heute ist sie ein selbstständiges Instrument, wie das Klavier oder die Gitarre. Es hat sich für die Laute eine eigene Theorie entwickelt.

Sie bieten im Österreichisch-Arabischen Kulturzentrum OKAZ Musikkurse an.

Soldaten erschossen oder als Selbstmordattentäter umgekommen. Ashraf, den „palästinensischen Romeo“ mit seinen Träumen, sehen wir noch einmal auf einer Videoaufnahme kurz vor seiner Aktion. Er erklärt, dass der Tod besser ist als das Leben in der Hölle unter der Besatzung. Die anderen wurden im Massaker der israelischen Armee im Flüchtlingslager im Jahr 2002 erschossen.

Juliano Mer-Khamis kann bei seinem zweiten Besuch die Kämpfer im Lager ein kurzes Stück begleiten und demaskiert mit seinen Filmausschnitten die israelische Lüge des „notwendigen Kampfes gegen die Terroristen“, die für jede Offensive gegen die Zivilbevölkerung herhalten muss. Die jungen Männer sind keine Monster, keine „Söhne des Todes“, die Terror verbreiten. Sie sind jedoch, mit leichten Waffen ausgerüstet, bereit zur Verteidigung - einer völlig legitimen Verteidigung - der Bewohner und Häuser von Jenin. Sie warten, jederzeit bereit gegen die angreifenden schweren Panzer mit Kalaschnikows und Pistolen vorzugehen. Wir sehen junge Männer voller Leben und Würde. Um diese Würde zu bewahren, gehen sie gegen die Besatzer vor - wissend, dass es auch ihren Tod bedeuten kann.

Der Film ist ein beeindruckendes Zeugnis ihres Mutes und ihres Kampfes um ein menschenwürdiges Leben - als Kinder und als Erwachsene.

Ford Transit

Palästina/NL 2002 (80 Min.)

Regie: Hany Abu-Assad

Wir verbringen achtzig Minuten mit dem Fahrer eines Sammeltaxis, Rajai, und den verschiedenen Fahrgästen, die er zwischen Jerusalem und Ramallah befördert. Der weiße Ford Transit - früher ein Militärfahrzeug der israelischen Armee - ist Alltag des Lebens im Westjordanland, gerade so wie die Checkpoints. Während

die Checkpoints ein normales Fortbewegen verunmöglichen, wird mit den Sammeltaxis, den weißen Ford Transits, der Versuch unternommen, die Mobilität doch noch zu gewährleisten. Die Dokumentation, gedreht auf den wenigen Kilometern zwischen Jerusalem und Ramallah, dauert über eine Stunde und ist keine Sekunde langweilig, weil sie die unendlich schwierige Realität der Fortbewegung im besetzten Westjordanland widerspiegelt: Man weiß nie, wann man wo ankommt, ob die Checkpoints offen sind, ob man kilometerlange Umwege in Kauf nehmen muss, um doch noch weiter zu kommen oder anzukommen. Die Fahrgäste in Rajais Taxi erzählen wie schwierig das Leben ist, wenn man zum Beispiel zur Arbeit fährt und nicht weiß, ob es eine halbe Stunde oder drei Stunden dauert. Ein eigenes Auto, wenn man eines hat, ist nicht mehr zu gebrauchen, weil das Durchkommen bei den Checkpoints zu Fuß immer noch schneller geht. Prominente Fahrgäste wie der palästinensische Knesset-Abgeordnete Azmi Bschara diskutieren über die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Besatzungsmacht, andere kommentieren die US-Außenpolitik, die für Palästina tödlich ist. Und Rajai selber meistert Schwierigkeiten mit Erfindungsreichtum, der notwendig ist um zu überleben.

Mahssomim (Checkpoint)

Israel 2003 (80 Min.)

Regie: Yoav Shamir

„...Und wenn die Araber kommen, inszenieren wir halt unser Spiel.“ Worin besteht dieses „Spiel“? Variantenreich wird den Palästinensern an den Checkpoints, die das gesamte Westjordanland zu einem Gefängnis machen, das Passieren verweigert oder nach erniedrigenden Befragungen und schikanöser Warterei doch noch erlaubt. Der Film ist die

Dokumentation eines israelischen Soldaten an den Checkpoints. Er filmte nicht mit versteckter Kamera sondern mit Wissen der Beteiligten. Aus diesem Grund sehen wir wohl auch keine der Situationen, wo die Soldaten mit Tränengas oder „Sound Bombs“ gegen Ansammlungen von Palästinensern an den Checkpoints vorgehen, die oft genug so lange geschlossen bleiben, dass es zu Menschenansammlungen kommt. Wir sehen auch nicht die Checkpoints wie zum Beispiel einer vor Nablus, wo junge Männer bis dreißig Jahren prinzipiell fünf bis sechs Stunden warten müssen, weil sie als junge Männer potentielle „Terroristen“ sein könnten. Die Dokumentation beschränkt sich auf den ganz alltäglichen Alltag - und der ist schlimm genug. Eine Familie steht im strömenden Regen, weil ein Kind ins Krankenhaus nach Nablus muss. Der Vater will die Familie begleiten. Nach einem langen erniedrigenden Verhör wird es ihm letztlich doch verweigert. Grund dafür muss keiner angegeben werden. Wenn es nass und kalt ist, scheint es den Soldaten besonders wichtig zu sein, das Durchkommen möglichst lange zu verzögern. Man sieht es ihnen an, dass sie sich vor der Kamera um eine korrekte Durchführung ihrer Dienstaufgaben bemühen. Das macht die Dokumentation so sehenswert, denn sie zeigt, dass die ständigen Erniedrigungen an den Checkpoints nicht etwa Entgleisungen oder dem Sadismus Einzelner zuzuschreiben sind, sondern dass sie Teil des Systems sind, das ein normales Leben für die ganz normale Bevölkerung in den besetzten Gebieten unmöglich machen soll. Ein Soldat bringt es auf den Punkt. Er sagt in die Kamera hinein: „Wir hier sind Menschen, die da drüben Tiere. Und die ganze Welt soll es wissen.“

Elisabeth Lindner-Riegler

Eine kurze Geschichte

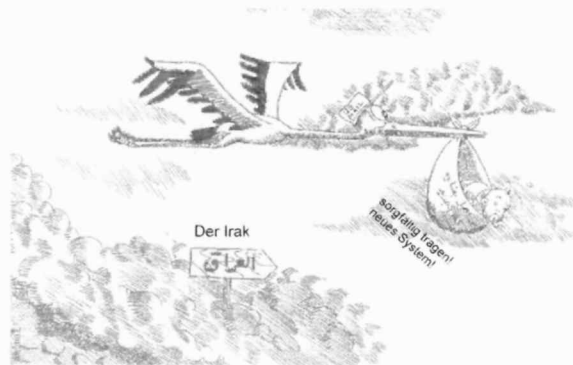
von Kais



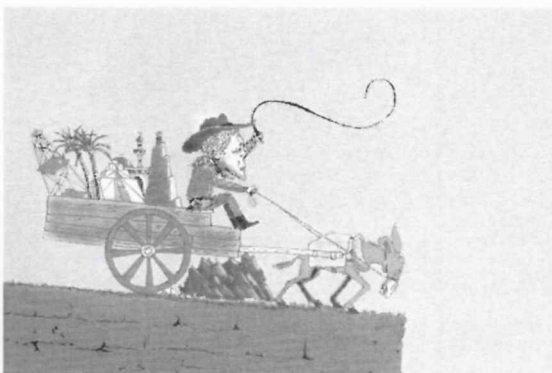
Anfang der Geschichte



Befreiung des Irak



Errichtung einer Regierung



Und die Geschichte geht weiter

AL FALLUJA KÄMPFT WEITER



Die verwundete Löwin. Detail aus einem assyrischen Relief. Nineve bei Mosul.